Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

8/2009

19.08.2009, 15. Jahrgang

Udo Ludwig
Editorial

Brigitte Loose
Aktuelle Trends:
Finanzierungsprobleme der Betriebe des ostdeutschen Produzierenden Gewerbes – auch Ausdruck ihrer wirtschaftlichen Lage

Hans-Ulrich Brautzsch, Cornelia Lang
Im Fokus:
„Atypische“ Beschäftigung breitet sich auch in Ostdeutschland aus

Udo Ludwig, Brigitte Loose, Hardy Gude
Wirtschaftsleistung Sachsen-Anhalts fällt im Jahr 2009 auf den Stand von 2006 zurück

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2009:
Aufholen in der Weltfinanzkrise?
– Rechnerisch scheinbar, in Wirklichkeit nicht!

Marina Gruševaja
Russland: Transformationsopfer oder Finanzkrisenopfer?

Jutta Günther, Hannes Pfeifer
Konferenzbericht: „Analysen und Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH –“

Cornelia Lang
IWH-Industrieumfrage im Juli 2009

Editorial

Ost-West-Rezessionsgefälle – ein Grund zum Durchatmen, mehr nicht!

Deutschland befindet sich mitten in einer schweren Wirtschaftskrise. Auch wenn der Auslöser geographisch in weiter Ferne lag, hineingezogen wurde die ganze entwickelte Welt. Ein Ausweichen war ob der engen internationalen Verflechtung der Finanz- und der Gütermärkte nicht möglich. Dies galt für die Wirtschaft in den Alten wie Neuen Bundesländern. Für letztere stand sogar die Frage, ob der in den vergangenen zwei Jahrzehnten neu entstandene Unternehmenssektor in der Lage sein würde, die Last der Krise auszuhalten und nicht darunter zu zerbrechen. Tritt die in der vom IWH bei Ausbruch der Krise im vergangenen Jahr begründete und jüngst bestätigte Konjunkturprognose ein, so spricht einiges dafür, dass die Nachfrage- und Produktionseinbrüche nicht ganz so stark wie in den Alten Bundesländern ausfallen. Ist dies ein Grund zum Jubeln?

Einerseits spricht diese Entwicklung für Fortschritte im ostdeutschen Aufbauprozess. Es hätte alles viel schlimmer kommen können. Die Turbulenzen während der Transformationskrise Anfang der 90er Jahre sind dem Gedächtnis noch nicht entschwunden. Andererseits ist das Ost-West-Rezessionsgefälle Ausdruck eines Entwicklungsrückstands der ostdeutschen Wirtschaft, insbesondere ihres langjährigen Wachstumsführers, der Industrie. Nach der De-Industrialisierung Anfang der 90er Jahre hat sie in den vergangenen 15 Jahren in einem beispiellosen Aufholprozess einen Teil des herben Rückschlags aus der Transformationskrise wettgemacht. Der Industrialisierungsgrad in Ostdeutschland lag 2008 bei fast drei Vierteln des Westniveaus, in Thüringen bereits auf Augenhöhe mit dem Durchschnitt in Westdeutschland. Zudem ist die Industrie wieder auf den Auslandsmärkten präsent. Die Exportquote der Betriebe lag 2008 bei 72% des Westniveaus. Das Einfalltor für die Konjunkturkrise war damit kleiner als für die westdeutsche Wirtschaft. So fällt der Erstrundeneffekt der Krise für Ostdeutschland etwas weniger drastisch aus, mit einem Rückgang der industriellen Wertschöpfung von 16% im Jahr 2009 aber immer noch dramatisch. Wäre Ostdeutschland in der jüngsten Vergangenheit noch weiter mit der Re-Industrialisierung vorangekommen, wäre der Rückschlag stärker ausgefallen. Wird aber dieser Entwicklungsrückstand in der Zukunft tragen? Wohl kaum, denn auch der nächste, zwar noch nicht sichtbare, aber irgendwann kommende Aufschwung dürfte aus denselben Gründen für Ostdeutschland schwächer ausfallen.

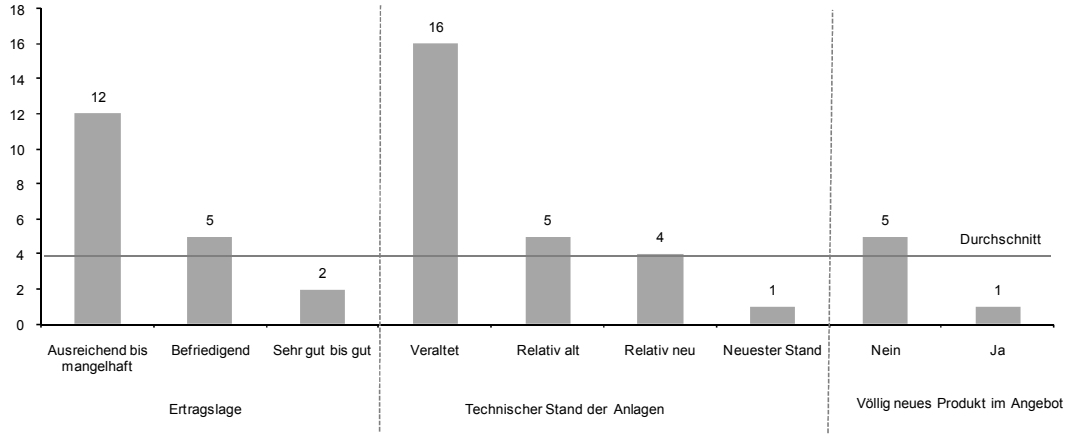
Doch dies allein bestimmt die Zurückhaltung in der Bewertung der jüngsten Entwicklung nicht. Die Krise hat ihre schlimmsten Wirkungen bislang nicht entfaltet. Noch wird die Übertragung des Produktionstiefs auf die Beschäftigung durch das übliche Hortungsverhalten der Unternehmen verzögert und die Arbeitsmarktpolitik abgebremst. Wenn aber die Unternehmen dazu übergehen, den Beschäftigungsüberhang gegenüber der bis auf den Stand von 2006 gefallenen Produktion abzubauen, kommt es zu Zweitrundeneffekten mit sinkenden Arbeitseinkommen und Konsumausgaben. Hält dann die auf das Inland ausgerichtete ostdeutsche Wirtschaft weiter stand? Diese Frage lässt sich heute nicht mit Gewissheit beantworten. Deshalb besteht zwar Anlass zum Durchatmen, zum Aufatmen ist es aber noch zu früh. Jubel oder gar Häme sind nicht angesagt.

Udo Ludwig

Finanzierungsprobleme der Betriebe des ostdeutschen Produzierenden Gewerbes – auch Ausdruck ihrer wirtschaftlichen Lage

Probleme der Betriebe des ostdeutschen Produzierenden Gewerbes bei der Beschaffung von Fremdkapital im Jahr 2007 nach Ertragslage, technischem Stand der Anlagen und Produktinnovation

- Häufigkeiten in % der Betriebe -



Ertragslage: N = 1 326, signifikant auf 0,01-Niveau; Technischer Stand der Anlagen: N = 1 338, signifikant auf 0,01-Niveau; Völlig neues Produkt im Angebot: N = 1 336, signifikant auf 0,05-Niveau.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2008 für das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen ausgereichten Kreditvolumina waren in den Neuen Bundesländern in den Jahren 2003 bis 2007 rückläufig. Im Jahr 2008 blieben sie in etwa stabil, während sie in den Alten Ländern bereits zwei Jahr in Folge konjunkturbedingt stark gestiegen waren.[a] Verschiedene Analysen bringen dies in Verbindung mit den Schwierigkeiten, die Unternehmen aus den Neuen Bundesländern haben, einen Kredit zu erhalten.[b] Multivariate Untersuchungen anhand des IAB-Betriebspanels 2008 – neuere Daten der jährlichen Umfragen des IAB liegen nicht vor – zeigen allerdings, dass dies auch Ausdruck der wirtschaftlichen Lage der Betriebe ist.

Nimmt man die Daten des IAB-Betriebspanels für das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe als Grundlage, so gab es im Jahr 2007 einen signifikanten Zusammenhang zwischen den Finanzierungsproblemen und der Ertragslage der Betriebe. Während bei den Betrieben mit ausreichend bis mangelhafter Ertragslage jeder achte Betrieb von Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital spricht, trifft dies nur für jeden 20. mit befriedigender und für jeden 50. mit guter bis sehr guter Ertragslage zu. Auch der vorhandene technische Stand der Anlagen, der Betriebs- und Geschäftsausstattung steht im Zusammenhang mit den Finanzierungsproblemen. So berichten die Betriebe mit einem weitgehend veralteten technischen Stand der Anlagen im Vergleich zur Konkurrenz signifikant häufiger über Hindernisse bei der Fremdfinanzierung von Investitionen. Ein ähnlicher Zusammenhang kann für das Innovationsverhalten der Betriebe nachgewiesen werden. Die Betriebe, die im Jahr zuvor ein völlig neues Produkt auf den Markt gebracht haben, klagen in deutlich geringerem Umfang über Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital als die übrigen Betriebe. Eine solide Finanzlage, fortschrittliche Produktionstechnik und strategische Produkterneuerungen sind eine wichtige Voraussetzung für ein dauerhaftes betriebliches Wachstum. Dies dürfte wiederum ein bedeutsames Kriterium für die Gewährung von Kreditlinien bzw. deren Bedingungen sein.

Brigitte Loose (Brigitte.Loose@iwh-halle.)

[a] Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR OSTDEUTSCHLAND: Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2009: Aufholen in der Weltfinanzkrise? – Rechnerisch scheinbar, in Wirklichkeit nicht! IWH-Pressemitteilung 46/2009 vom 3. August 2009, Langfassung, S. 5-6. – [b] Vgl. KfW BANKENGRUPPE (Hrsg.): Unternehmensfinanzierung 2009 – deutliche Spuren der Krise: Keine Kreditklemme, aber massive Finanzierungsschwierigkeiten. Frankfurt am Main 2009, S. 20.

Im Fokus:
„Atypische“ Beschäftigung breitet sich auch in Ostdeutschland aus

Der kräftige konjunkturelle Aufschwung im Zeitraum von 2005 bis Anfang 2008 wirkte sich auch auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt positiv aus. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in diesem Zeitraum um 177 000 Personen bzw. 3,2%. In Westdeutschland nahm die Beschäftigung im gleichen Zeitraum um 3,9% zu. Der Zuwachs in Ostdeutschland ist insofern bemerkenswert, als im konjunkturellen Aufschwung zwischen 1998 und 2000 die Zahl der Erwerbstätigen nur in den Alten Ländern kräftig zunahm, während die deutliche Besserung der wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland spurlos am Arbeitsmarkt vorüberging.[1] Dabei stellt sich die Frage, ob und in welchem Maß im jüngsten konjunkturellen Aufschwung der Beschäftigungsaufbau in Ostdeutschland durch die Ausweitung von Normalarbeitsverhältnissen oder durch die Ausdehnung von so genannten „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen[2] erfolgte.

„Atypische“ Beschäftigung versus Normalarbeitsverhältnis

Bislang war das Normalarbeitsverhältnis die Beschäftigungsform, die die Arbeitswelt prägte und von der Mehrzahl der Arbeitnehmer gewünscht und angestrebt wurde. Das Normalarbeitsverhältnis ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- dem Beschäftigungsverhältnis liegt ein auf Dauerhaftigkeit angelegter, d. h. unbefristeter Arbeitsvertrag zugrunde;
- das Arbeitszeitmuster orientiert sich an der Vollzeitbeschäftigung;
- das Arbeitsentgelt ist in aller Regel existenzsichernd;
- der Arbeitnehmer ist in die sozialen Sicherungssysteme integriert;
- es handelt sich um ein abhängiges und weisungsgebundenes Beschäftigungsverhältnis und
- das Arbeitsverhältnis ist mit dem Beschäftigungsverhältnis identisch, wodurch Leiharbeit explizit ausgeschlossen ist.[3]

Das Normalarbeitsverhältnis dient als Leitbild, an dem sich noch immer Gesetzgebung, Rechtsprechung und Exekutive orientieren.[4]

Alle Erwerbsformen, die von diesem als normal definierten Standard abweichen, werden in einer Negativabgrenzung als „atypisch“ bezeichnet.[5] Hierbei handelt es sich um eine Sammelkategorie heterogener Beschäftigungsverhältnisse, deren kleinster gemeinsamer Nenner ihre höhere Flexibilität ist und die damit sowohl den Interessen der Arbeitgeber als auch der Beschäftigten entsprechen können.[6] Dazu zählen üblicherweise die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung, die ausschließlich geringfügige Beschäftigung, die Leiharbeit sowie die befristete Beschäftigung. Da viele Beschäftigungsverhältnisse – seien es sozialversicherungspflichtige, ausschließlich geringfügige oder auch Leiharbeitsverhältnisse – oftmals für einen bestimmten (befristeten) Zeitraum abgeschlossen werden, kann es statistisch zu Überschneidungen bzw. Doppelzählungen bei der Erfassung der Gesamtheit der „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse kommen. Deshalb erscheint es sinnvoll, die befristeten Beschäftigungsverhältnisse in der vorliegenden Untersuchung, die auf der Grundlage aggregierter Daten erfolgt, nicht als gesonderte Gruppe der „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse auszuweisen.

Zunehmende Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse auch in Ostdeutschland

Im Jahr 2008 waren ca. 27% der Arbeitnehmer in Ostdeutschland in einem „atypischen“ Beschäftigungsverhältnis tätig. Damit wurde der westdeutsche Vergleichswert nur noch um reichliche zwei Prozentpunkte unterschritten (vgl. Tabelle 1). Zehn Jahre zuvor

---

1 BRAUTZSCH, H.-U.: Zur Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes im Aufschwung, in: WSI-Mitteilungen 9/2008, S. 486-491.

2 Im Folgenden wird der Begriff „atypisch“ als eine analytische Kategorie genutzt, nicht aber in einem normativen Sinne verwendet.

3 Vgl. u. a. BREHMER, W.; SEIFERT, H.: Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse prekär? Eine empirische Analyse sozialer Risiken, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 4/2008, S. 503. – KELLER, B.; SEIFERT, H.: Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekariat, in: WSI-Mitteilungen 5/2006, S. 235. – HOFFMANN, E.; WALWEI, U.: Wandel der Erwerbsformen: Was steckt hinter den Veränderungen?, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg 2002, S. 135.

4 Vgl. HOFFMANN, E.; WALWEI, U., a. a. O., S. 135.

5 Vgl. dazu SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken, Jahresgutachten 2008/09. Wiesbaden 2008, S. 421.

6 Vgl. BREHMER, W.; SEIFERT, H., a. a. O.

Kasten:
Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot und seine Komponenten

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot kann durch verschiedene statistische Größen gemessen werden. Die Zusammenhänge zwischen diesen Kategorien sind in der folgenden Tabelle dargestellt.[1]

Das Angebot an Arbeitskräften in Ost- und Westdeutschland im Jahr 2008

		Ostdeutschland[a]		Westdeutschland[a]	
		in 1 000 Personen	*in %*	*in 1 000 Personen*	*in %*
	Erwerbstätige (Inland)	5 786	66,3	34 544	75,7
+	Pendlersaldo	394	4,5	−461	−1,0
=	Erwerbstätige (Inländer)	6 180	70,9	34 083	74,7
+	Arbeitslose	890	10,2	2 378	5,2
=	**Erwerbspersonen**	7 070	81,1	36 461	79,9
+	Unterbeschäftigte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen[b] (= Stille Reserve in Maßnahmen)	258	3,0	610	1,3
(−)	(Doppelzählungen[c])	(160)	(1,8)	(298)	(0,6)
+	Stille Reserve im engeren Sinne	97	1,1	305	0,7
=	**Erwerbspersonenpotenzial**	7 265	83,3	37 078	81,3
+	Sonstige Nichterwerbspersonen	1 457	16,7	8 541	18,7
=	**Totales Arbeitskräftepotenzial** (= Erwerbsfähige = Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren)	8 722	100,0	45 619	100,0

[a] Ostdeutschland ohne Berlin; Westdeutschland mit Berlin. – [b] Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III; Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten; Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs-, traditionellen Strukturanpassungs- und Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Ein-Euro-Jobs; Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen (Vollzeitmaßnahmen); Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten; Teilnehmer an sonstigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. – [c] Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten; Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs-, traditionellen Strukturanpassungs- und Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Ein-Euro-Jobs; Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Die Zahl der Erwerbstätigen (Inländer) und die Zahl der Arbeitslosen bilden zusammen die Erwerbspersonen. Diese sind der Teil der Bevölkerung, der einen Arbeitsplatz hat beziehungsweise als arbeitslos bei der Arbeitsagentur registriert ist. Zu den Erwerbspersonen werden die Unterbeschäftigten, die sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beziehungsweise in der so genannten Stillen Reserve im engeren Sinne (i. e. S.).[2] befinden, hinzugezählt. Die Summe aus beiden Größen wird als Erwerbspersonenpotenzial bezeichnet.[3] Um Doppelzählungen zu eliminieren, sind zuvor die Personen, die statistisch sowohl zu den Erwerbstätigen als auch zu den Unterbeschäftigten gezählt wurden, abzuziehen. Dabei handelt es sich – und zwar jeweils in Vollzeitäquivalenten – um die Kurzarbeiter, um die in Arbeitsbeschaffungs-, traditionellen Strukturanpassungs- und Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen tätigen Personen sowie um die in Altersteilzeit befindlichen Personen. Die Differenz zwischen dem Erwerbspersonenpotenzial und dem totalen Arbeitskräftepotenzial stellen die sonstigen Nichterwerbspersonen dar. Zu diesen zählen alle Personen, die keine Arbeit suchen bzw. eine Arbeit aus gesundheitlichen Gründen nicht aufnehmen können. Das totale Arbeitskräftepotenzial ist identisch mit den Erwerbsfähigen, d. h. der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Zu diesen zählen alle Personen zwischen 15 und 64 Jahren.

[1] Vgl. hierzu auch: FUCHS, J.: Erwerbspersonenpozential und Stille Reserve. Konzeption und Berechnungsweise, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 250). Nürnberg 2002, S. 79 ff. – [2] Dabei handelt es sich um Personen, die beschäftigungslos und verfügbar sind sowie Arbeit suchen, ohne als Arbeitslose registriert zu sein, sowie um Personen, die die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage Arbeitsplätze nachfragen würden. Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Arbeitsmarkt 2007. Nürnberg 2008, S. 43. – [3] Vgl. hierzu auch BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009.

Tabelle 1:
Anteil der Normalarbeitsverhältnisse und der „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse insgesamt an den Arbeitnehmern
- in % -

	Ostdeutschland[a]				Westdeutschland[a]			
	1998	2000	2005	2008	1998	2000	2005	2008
Normalarbeitsverhältnisse	85,7	80,8	76,2	72,8	81,2	75,9	71,9	70,4
„Atypische“ Beschäftigungsverhältnisse	14,3	19,2	23,8	27,2	18,8	24,1	28,1	29,6
Arbeitnehmer (Inland)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

[a] Ostdeutschland ohne Berlin; Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle 2:
Zahl der Normalarbeitsverhältnisse und der „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse insgesamt je 1 000 Erwerbsfähige
- in Personen -

	Ostdeutschland[a]				Westdeutschland[a]			
	1998	2000	2005	2008	1998	2000	2005	2008
Normalarbeitsverhältnisse	477	447	412	430	503	491	463	474
„Atypische“ Beschäftigungsverhältnisse	80	106	129	161	116	156	181	200
Insgesamt	557	553	541	591	619	647	644	673

[a] Ostdeutschland ohne Berlin; Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

waren etwa 14% aller Erwerbstätigen in Ostdeutschland nicht in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt; in Westdeutschland waren es knapp 19%.[7] Bei einem regionalen Vergleich muss die Zahl der vorhandenen „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse auf die Zahl der potenziell als Erwerbstätige in Erscheinung tretenden Personen, nämlich die Erwerbsfähigen, bezogen werden. In Ostdeutschland gab es im Jahr 1998 80 „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse je 1 000 Erwerbsfähige (vgl. Tabelle 2). Dies entsprach 69% des westdeutschen Vergleichswertes – hier gab es 116 derartige Jobs. Betrachtet man die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse je 1 000 Erwerbsfähige, so wurden im Jahr 1998 in Ostdeutschland mit 477 bereits 94,8% des Referenzwertes in Westdeutschland (503 Normalarbeitsverhältnisse) erreicht. Zehn Jahre später waren es bei den „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen bereits 80,5%, während bei den Normalarbeitsverhältnissen ein Rückgang um vier Prozentpunkte zu verzeichnen war. Die Zahl der Erwerbstätigen je 1 000 Erwerbsfähige hat sich damit in Ostdeutschland allein dadurch an den westdeutschen Vergleichswert angenähert, dass „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse ausgeweitet wurden.

Im Untersuchungszeitraum von 1998 bis 2008 waren die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten durch zwei konjunkturelle Aufschwungphasen gekennzeichnet. Der erste Aufschwung vollzog sich von 1998 bis 2000, der zweite von 2005 bis 2008. Betrachtet man für diese beiden Aufschwungphasen die jeweiligen Zuwächse der Zahl der Normalarbeitsverhältnisse und der Zahl der „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse in Ost- und Westdeutschland, so ergibt sich folgendes Bild (vgl. Tabelle 3): Im Aufschwung zwischen 1998 und 2000 wurde in Ostdeutschland der Aufbau von „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen durch den Verlust von Normalarbeitsplätzen konterkariert. In Westdeutschland hingegen trat per saldo ein Be-

[7] Bei einem zeitlichen Vergleich muss beachtet werden, dass die gesetzlichen Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung mehrfach geändert wurden.

Tabelle 3:
Veränderung der Zahl der Normalarbeitsverhältnisse und der „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse insgesamt je 1 000 Erwerbsfähige
- in Personen -

	Ostdeutschland[a]		Westdeutschland[a]	
	1998/2000	2005/2008	1998/2000	2005/2008
Normalarbeitsverhältnisse	−29	18	−12	11
„Atypische“ Beschäftigungsverhältnisse	27	32	40	19
Arbeitnehmer (Inland)	−2	50	28	30

[a] Ostdeutschland ohne Berlin; Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle 4:
Anzahl der „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse je 1 000 Erwerbsfähige
- in Personen -

	Ostdeutschland[a]				Westdeutschland[a]			
	1998	2000	2005	2008	1998	2000	2005	2008
Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte	61	62	69	87	70	73	82	92
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	17	41	57	61	43	78	93	96
Leiharbeiter	2	3	3	13	3	5	6	12
Insgesamt	80	106	129	161	116	156	181	200

[a] Ostdeutschland ohne Berlin; Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

schäftigungszugewinn auf, der allein durch die Ausweitung „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse bedingt war.

Im jüngsten konjunkturellen Aufschwung zwischen 2005 und 2008 basierte der Beschäftigungsaufbau in Ost- und Westdeutschland sowohl auf der Ausweitung von Normalarbeitsverhältnissen als auch von „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen. Der Beschäftigungsaufbau war – bezogen auf 1 000 Erwerbsfähige – jedoch in den Neuen Bundesländern in beiden Beschäftigtengruppen deutlich größer als in den Alten Bundesländern. Während im Aufschwung von 1998 bis 2000 der Arbeitsmarkt in Westdeutschland von der Ausweitung „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse mehr als Ostdeutschland profitiert hat, lag Ostdeutschland im jüngsten konjunkturellen Aufschwung vorn.

Mehr Teilzeitbeschäftigung in Ostdeutschland, mehr geringfügig Beschäftigte in Westdeutschland

Nicht nur hinsichtlich des Anteils der „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse an den Erwerbsverhältnissen, sondern auch hinsichtlich deren Struktur unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland voneinander. Während im Jahr 2008 in Westdeutschland die ausschließlich geringfügig Beschäftigten mit 48% den größten Anteil an den „atypisch“ Beschäftigten haben, sind es in Ostdeutschland mit 54% die sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten (vgl. Tabelle 4).

Im Jahr 1998 waren mit 60% auch in den Alten Bundesländern die sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten die größte Gruppe unter den „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen. Dieser Anteil ging jedoch bis zum Jahr 2008 auf 46% zurück.

Die Erklärung für den generell höheren Anteil „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse in den Alten Bundesländern ist darin zu suchen, dass derartige Jobs vorrangig von Frauen besetzt wer-

Tabelle 5:
Veränderung der Anzahl der „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse je 1 000 Erwerbsfähige
- in Personen -

	Ostdeutschland[a]		Westdeutschland[a]	
	1998/2000	2005/2008	1998/2000	2005/2008
Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte	1	18	3	10
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	24	4	35	3
Leiharbeiter	1	10	2	6
Arbeitnehmer (Inland)	26	32	40	19

[a] Ostdeutschland ohne Berlin; Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

den, und zwar unabhängig davon, ob es sich um Teilzeitbeschäftigung oder geringfügige Beschäftigungsverhältnisse handelt.[8] In Westdeutschland betrachten viele Frauen eine solche Tätigkeit als Brücke für einen Wiedereinstieg in das Arbeitsleben, und Ehepaare präferieren hier oftmals ein Zuverdienermodell.[9] Hinzu kommt, dass Frauen bis zum Inkrafttreten der Hartz-Reformen mit einer geringen Zahl von Wochenarbeitsstunden zunächst als sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte tätig waren und aufgrund institutioneller Änderungen nunmehr der Gruppe der ausschließlich geringfügig Beschäftigten zugeordnet sind.

Anders verhält es sich in Ostdeutschland: Hier gelten nach wie vor andere Präferenzen. Aufgrund der kulturell-normativen Vorstellungen von der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Notwendigkeit von zwei Einkommen in der Familie zum Erhalt des Lebensstands sowie aufgrund der besseren Betreuungssituation vor allem für kleinere Kinder bevorzugen Frauen in Ostdeutschland eine Vollzeittätigkeit.[10] So wünschten sich im Jahr 2007 anteilig doppelt so viele abhängig beschäftigte Frauen in den Neuen Bundesländern eine Vollzeittätigkeit wie in den Alten Bundesländern.[11] Oftmals stehen allerdings nicht genügend Vollzeitarbeitsplätze zur Verfügung, sodass Frauen hier unfreiwillig auf eine Teilzeitbeschäftigung ausweichen. Diese umfasst eine längere Wochenarbeitszeit als für Frauen in den Alten Bundesländern. Die mehr oder weniger lange Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten erweist sich dann als Abgrenzungskriterium zwischen einer sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung einerseits und einer ausschließlich geringfügigen Beschäftigung andererseits.

Hans-Ulrich Brautzsch
(Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)

Cornelia Lang
(Cornelia.Lang@iwh-halle.de)

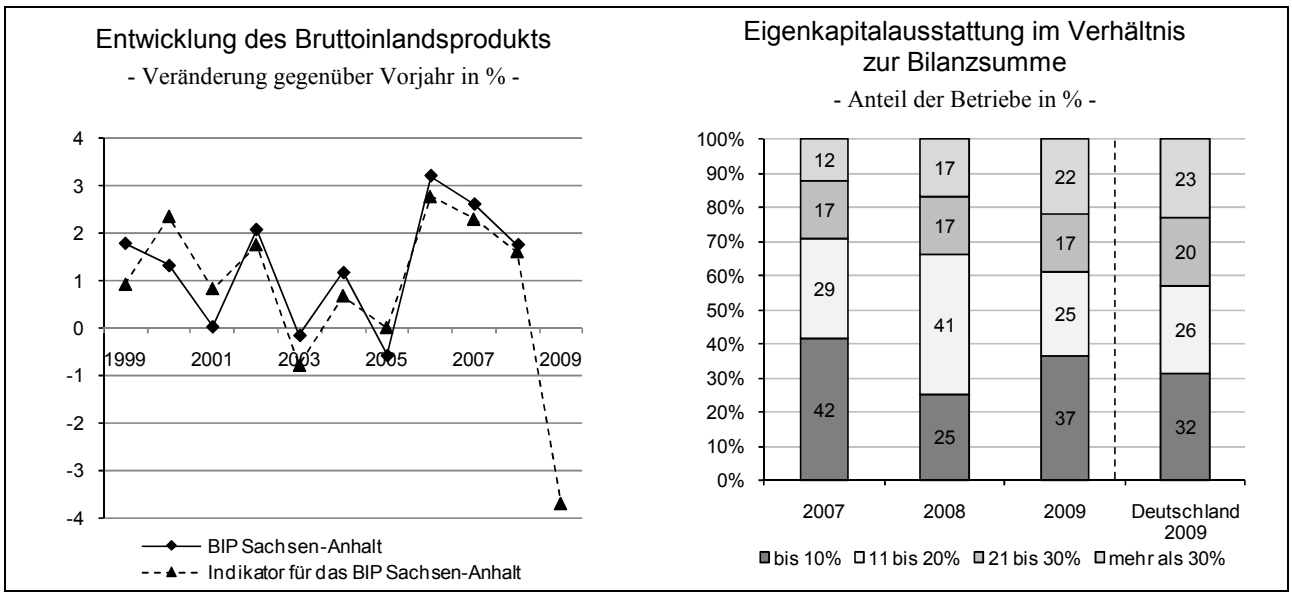
8 Reichlich zwei Drittel der „atypisch“ Beschäftigten in Deutschland sind Frauen. Vgl. LANG, C.: Erwerbsformen im Wandel, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2009, S. 171.

9 Vgl. BEESENTHAL, A.; LANG, C.: Erwerbsorientierung von Frauen und Einstellung zu Erwerbstätigkeit und Familie, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2004, S. 23 ff.

10 Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; FUCHS, J.; LANG, C.: Wie hoch ist die Unterbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland?, in: Wirtschaftspolitische Blätter 2/2007, S. 385 ff. sowie die dort angegebene Literatur.

11 Vgl. HOLST, E.: Vollzeitbeschäftigte wollen kürzere, Teilzeitbeschäftigte längere Arbeitszeiten, in: Wochenbericht des DIW Berlin 25/2009, S. 412 ff.

Wirtschaftsleistung Sachsen-Anhalts fällt im Jahr 2009 auf den Stand von 2006 zurück*



Quellen: Verband der Vereine Creditreform e. V.; Berechnung und Schätzung des IWH.

Sachsen-Anhalt wird in diesem Jahr knapp 4% seiner Wirtschaftsleistung verlieren. Damit fällt die Wirtschaft infolge der globalen Finanz- und Konjunkturkrise in etwa auf den Stand von 2006 zurück. Das ist das Ergebnis einer gemeinsamen Studie des IWH mit dem Verband der Vereine Creditreform. Eingeflossen in die Vorausberechnung sind die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe Sachsen-Anhalts gemäß amtlicher Landesstatistik sowie die Umsatzerwartungen von 450 durch die Creditreform befragten Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe, dem Handel sowie dem privaten Dienstleistungsgewerbe.[12]

Die großen Wirtschaftsbereiche sind von der Krise in unterschiedlichem Maß betroffen. Der konjunkturelle Einbruch trifft vor allem das Verarbeitende Gewerbe, aber auch den Handel. In der Industrie, die jahrelang die Wachstumsführerschaft in Sachsen-Anhalt innehatte, schlägt der Nachfrageeinbruch auf den Auslandsmärkten besonders stark zu Buche, doch auch das Inland ordert inzwischen deutlich weniger. Im Verlauf des zurückliegenden Winterhalbjahres ist hier ein Sechstel der Aufträge aus dem Inland und ein Viertel derer aus dem Ausland weggebrochen.

Der Anteil der Betriebe, die laut Creditreform-Umfrage in den verbleibenden Monaten des Jahres Umsatzrückgänge erwarten, ist von 20% im Jahr 2008 auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Auch im Handel sind die Pessimisten in der Überzahl. Insbesondere der Großhandel rechnet mit starken Umsatzeinbrüchen. Im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor fallen die düsteren Umsatzprognosen nicht ganz so stark ins Gewicht. Das Baugewerbe dürfte insbesondere in der zweiten Jahreshälfte von den Konjunkturpaketen profitieren. Unter den Dienstleistern hat der wirtschaftsnahe Bereich zwar die Rezession bereits zu spüren bekommen, die haushaltsbezogenen Dienste werden davon aber erst mit zeitlicher Verzögerung betroffen sein.

Der kräftige Produktionsrückgang dürfte auch Stellenstreichungen nach sich ziehen. Nachdem drei Jahre lang diejenigen Unternehmen in der Mehrzahl waren, die ihren Personalbestand aufstocken wollten, haben sich die Verhältnisse nun gedreht. Die Pessimisten haben auch hier die Oberhand gewonnen. Für das laufende Jahr plant ein Fünftel der Betriebe einen Stellenabbau, das sind eineinhalb mal so viele wie im Jahr zuvor. Knapp drei Viertel halten derzeitig noch an ihrem Personalbestand fest. Der Stellenabbau läuft typischerweise der Rezession hinterher und wird sich so bis in das Jahr 2010 hineinziehen.

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 41/2009 am 16. Juli 2009 veröffentlicht.

12 Vgl. CREDITREFORM WIRTSCHAFTSFORSCHUNG: Der Mittelstand in Sachsen-Anhalt, Wirtschaftslage und Finanzierung. Neuss, Frühjahr 2009.

Angesichts der tiefen Skepsis über die zukünftige Nachfrage und die wirtschaftliche Entwicklung haben die Unternehmen ihre Investitionspläne deutlich nach unten korrigiert. Um nahezu 20 Prozentpunkte hat der Anteil investitionsbereiter Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Dabei stehen vorwiegend Ersatzinvestitionen auf der Tagesordnung. Als Grund für die Investitionszurückhaltung werden in erster Linie die in den zurückliegenden Jahren aufgebauten und nun ausreichend vorhandenen Kapazitäten genannt. Von Finanzierungsengpässen als Hinderungsgrund für Investitionen spricht nur jeder Dritte. Rund zwei Drittel der befragten Unternehmen wollen ihre Investitionen ausschließlich über Eigenkapital finanzieren. Die mittelständische Wirtschaft Sachsen-Anhalts setzt bei der Finanzierung von Investitionen also weiterhin vor allem auf eigene Mittel.

Gefahren drohen den Unternehmen in der Wirtschaftskrise von der Ertragsseite, zumal die weitgehend mittelständische Wirtschaft in Sachsen-Anhalt bereits im zurückliegenden Jahr Rückschläge hinnehmen musste. Gut die Hälfte der Unternehmen berichtet über gesunkene Erträge, noch nicht einmal jedes zehnte meldet Gewinnsteigerungen. Ausgesprochen schlecht fallen auch die Ertragserwartungen für das laufende Jahr aus. Aufgrund der sehr schwachen Gewinnsituation schmelzen in vielen Unternehmen die Kapitalpuffer. Für die künftige Stabilität des sachsen-anhaltischen Mittelstandes könnte Gefahr drohen, falls die aktuelle Durststrecke über die Jahresmitte hinaus anhält.

Die Eigenkapitalsituation hat sich in den Jahren des Aufschwungs zwar deutlich verbessert: So stieg die durchschnittliche Eigenkapitalquote der hiesigen Unternehmen, die aus der Bilanzdatenbank von Creditreform ermittelt werden kann, von 25,8% im Jahr 2004 auf 33,5% im Jahr 2009. Auch ist der Anteil der eigenkapitalstarken Firmen mit einer Eigenkapitalquote von mehr als 30% in Sachsen-Anhalt bis zuletzt gestiegen und derzeit ähnlich hoch wie im Bundesdurchschnitt. Allerdings konnte die Eigenkapitallücke bis zuletzt nicht geschlossen werden. Immer noch ist ein gutes Drittel der überwiegend kleinen und mittleren Unternehmen Sachsen-Anhalts mit einer Quote von weniger als 10% unterkapitalisiert. Dieser Wert liegt fünf Prozentpunkte über dem deutschlandweiten Anteil. Wie gefährdet kapitalschwache Unternehmen sind, zeigt sich daran, dass ihr Anteil in der derzeitigen Rezession sofort wieder von einem Viertel auf reichlich ein Drittel gestiegen ist. Diese Verschiebung vollzog sich zu Lasten der Unternehmen, die sich zuvor mit einem Eigenkapitalanteil von 10% bis 20% ein geringfügiges Kapitalpolster geschaffen hatten.

Im Baugewerbe ist die Eigenkapitallücke am größten. Hier sind die unterkapitalisierten Unternehmen mit 55% in der Überzahl und überschreiten den deutschlandweiten Anteil um 14 Prozentpunkte. Auch im eigenkapitalstärksten Bereich, dem Verarbeitenden Gewerbe, sind relativ mehr Unternehmen als in Deutschland nicht ausreichend mit Kapital ausgestattet und damit krisenanfällig.

Tabelle:
Eigenkapitalquoten nach Wirtschaftsbereichen
- in % der Befragten, Rest ohne Angabe -

	bis 10%	11% bis 20%	21% bis 30%	mehr als 30%
Verarbeitendes Gewerbe				
Sachsen-Anhalt	27,4	24,8	19,5	28,3
Deutschland	21,9	27,0	20,2	30,9
Baugewerbe				
Sachsen-Anhalt	54,9	22,0	13,2	9,9
Deutschland	40,8	28,6	21,3	9,3
Handel				
Sachsen-Anhalt	34,3	26,9	16,4	22,4
Deutschland	32,7	21,9	18,4	27,0
Dienstleistung				
Sachsen-Anhalt	33,1	25,0	16,9	25,0
Deutschland	32,8	25,8	20,0	21,4

Quelle: Verband der Vereine Creditreform e. V.

Alles in allem kann sich Sachsen-Anhalt der globalen Wirtschaftskrise nicht entziehen, auch wenn der Produktionsrückgang kleiner ausfällt als für Deutschland und die Neuen Bundesländer insgesamt. Sachsen-Anhalt ist aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur den direkten Unbilden der Krise weniger ausgesetzt als die stärker industrialisierten und exportorientierten Bundesländer West- und Süddeutschlands.

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)
Brigitte Loose (Brigitte.Loose@iwh-halle.de)
Hardy Gude (h.gude@verband.creditreform.de)

Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2009: Aufholen in der Weltfinanzkrise? – Rechnerisch scheinbar, in Wirklichkeit nicht!*

– Kurzfassung –

Die ostdeutsche Wirtschaft ist von der globalen Finanz- und Konjunkturkrise voll erfasst worden. Der weltweite Nachfrageeinbruch setzt vor allem dem bisherigen Wachstumsführer, dem Verarbeitenden Gewerbe, stark zu. Die Industrieunternehmen haben Produktion und Investitionen deutlich zurückgefahren. Die industrielle Wertschöpfung wird in diesem Jahr um etwa 15% sinken. Die Rezession greift seit Jahresbeginn auf den gesamten Unternehmenssektor über, wenngleich die Einbußen wegen der geringen Ausrichtung auf die Auslandsmärkte in der Breite moderater ausfallen als in Westdeutschland. Inzwischen hat auch die Beschäftigung reagiert. Allein der Rückstand in der Exportorientierung der Wirtschaft stand bislang einem stärkeren Produktionseinbruch als in Westdeutschland entgegen. Insgesamt wird die Produktion in diesem Jahr um 4,5% sinken und damit leicht unter den Stand im Jahr 2006 zurückfallen.

Auch wenn die Krise vor allem den Unternehmenssektor trifft, so erreichte sie diesen aus der Perspektive des ostdeutschen Aufbauprozesses betrachtet doch in einer recht robusten Lage. Anders als noch vor zehn Jahren liefen die Unternehmen dem gesamtdeutschen wirtschaftlichen Aufschwung nicht hinterher, sondern gingen gestärkt aus ihm hervor. Ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat sich deutlich verbessert, ihr Produktionsapparat ist durch kräftige Investitionen erweitert und Beschäftigung ist aufgebaut worden.

In der Krise wirkt der Staat stabilisierend auf die Konjunktur. Zwar dürfte die seit Jahren anhaltende Konsolidierung im Personalbereich der ostdeutschen Bundesländer fortgesetzt werden und damit sein Beitrag zur Wertschöpfung weiterhin sinken, jedoch wirkt er über die Konjunkturpakete und die Maßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarktes stabilisierend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Produktion.

Der tiefe Fall der wirtschaftlichen Aktivität wird das Ungleichgewicht zwischen Produktion und Nachfrage in Ostdeutschland nach fast zehn Jahren Abbau wieder verstärken. Zwar sinken auch die Anlageinvestitionen kräftig, doch hält der

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Inländische Verwendungskomponenten, real			
Privater Konsum	−1,1	−0,8	0,0
Anlageinvestitionen	2,8	1,5	−8,3
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	5,0	3,0	−13,0
Neue Bauten	0,9	0,2	−4,0
Bruttoinlandsprodukt, real	2,5	1,1	−4,5
Unternehmenssektor (ohne private Dienstleister)	4,1	1,9	−6,3
Verarbeitendes Gewerbe	9,7	3,8	−15,6
Baugewerbe	1,8	0,8	−3,3
Staat (einschließlich private Dienstleister)	−0,3	−0,8	−0,6
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)[a]	5 741	5 786	5 720
Unterbeschäftigte[a]	1 300	1 148	1 174
darunter:			
Arbeitslose, registrierte	1 030	890	935
Arbeitslosenquote[b]	15,2	13,3	14,0
	Produktivität		
BIP (real) je Erwerbstätigen, Zuwachs in %	0,7	0,3	−3,4
BIP (nominal) je Erwerbstätigen, ABL = 100	77,7	78,5	79,6

[a] Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – [b] Registrierte Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). ABL: Alte Bundesländer

Quellen: Arbeitskreise „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: April 2009); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 46/2009 am 3. August 2009 veröffentlicht.

Konsum nicht zuletzt wegen der inzwischen eingezogenen Preisstabilität seinen Stand.

Produktion und Einkommen werden in der Krise pro Kopf sinken, wegen der rückläufigen Einwohnerzahl allerdings weniger stark als im Aggregat. Gegenüber Westdeutschland, in dem die Pro-Kopf-Größen stärker fallen, verkürzt sich damit rechnerisch der Rückstand Ostdeutschlands. Ein wirkliches Aufholen bedeutet das jedoch nicht, da diese Entwicklung mit Wohlstandsverlusten einhergeht.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
(Seite 309)

Russland: Transformationsopfer oder Finanzkrisenopfer?

– Kurzfassung –

Die Weltfinanzkrise hat Schwächen des russischen Wirtschaftssystems offenbart, die mit dem Weg der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft in Zusammenhang stehen und nicht allein auf einen Verfall der Rohölpreise zurückzuführen sind. Die Engpässe bei der Kreditvergabe aufgrund der weltweit gesunkenen Liquidität treffen in Russland noch auf eine besonders hohe kurzfristige Direktverschuldung der Privatunternehmen im Ausland und auf eine einseitige wirtschaftspolitische Orientierung auf die Förderung der Rohstoffindustrie sowie der rohstoffnahen Industriezweige. Bis Mitte 2008 hatte die Auslandsverschuldung der privaten Banken und Nicht-Banken kräftig zugenommen und die Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von den Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten erheblich verstärkt. Diese neue Abhängigkeit verstärkte die Anfälligkeit der Exporteinnahmen für die sinkenden Preise auf den Rohstoffmärkten. Die jüngste Abwertung des Rubel hat das Problem der Direktverschuldung noch verschärft. Die hohe Direktverschuldung des Unternehmenssektors im Ausland und die Abhängigkeit von Rohstoffexporten sind typische Ergebnisse des russischen Transformationswegs. Denn zum einen ist der Bankensektor nicht in der Lage, den Finanzierungsbedarf des Unternehmenssektors außerhalb der Rohstoffindustrien zu finanzieren, sodass die Unternehmen kurzfristig ins Ausland ausweichen müssen. Zum anderen hat die wirtschaftspolitische Strategie der vergangenen 17 Jahre den Einfluss des Staates auf den Rohstoffsektor wieder verstärkt – mit dem Ziel, diesen Sektor vorrangig auszubauen. Die hohe Marktkonzentration wirkt sich daher negativ auf die Anpassungsfähigkeit und -flexibilität des realwirtschaftlichen Sektors in Krisenzeiten aus. Die gegenwärtige Politik der Regierung ist kurzfristig orientiert und zielt auf direkte Finanzhilfen sowie protektionistische Maßnahmen ab. Ihre langfristigen Effekte könnten allerdings in einem stärkeren Eingriff des Staates in die Wirtschaft liegen. Vor diesem Hintergrund wird die Krise in Russland länger andauern als in den anderen Transformationsländern.

Marina Gruševaja (Seite 344)

Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2009: Aufholen in der Weltfinanzkrise? – Rechnerisch scheinbar, in Wirklichkeit nicht!

Die ostdeutsche Wirtschaft ist im vergangenen Aufschwung doch nicht abgehängt worden.[13] Anders als noch in den Jahren 1998 bis 2000 war das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland von 2005 bis 2008 durchschnittlich pro Jahr mit 1,7% fast so stark gestiegen wie in Westdeutschland. Der Unternehmenssektor hatte mit 2,7% sogar um knapp einen halben Prozentpunkt kräftiger zugelegt als dort. Dabei hat die derzeitige Wirtschaftskrise im Jahr 2008 schon deutliche Spurrinnen in der Produktion hinterlassen. Das gilt vor allem für das Verarbeitende Gewerbe, das den weltweiten Nachfrageeinbruch zuerst zu spüren bekam. Seine Wertschöpfung stieg im Durchschnitt des vergangenen Jahres nur noch um 3,8% (vgl. Tabelle A1 im Anhang) und sein Wachstumsbeitrag sank auf 0,8 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 1). Das Verarbeitende Gewerbe behielt zwar über das ganze Jahr betrachtet die Wachstumsführerschaft unter den großen Wirtschaftsbereichen, sein Wachstumsvorsprung schmolz jedoch bereits deutlich. Belastet wurde der Produktionszuwachs im Jahr 2008 von der verschärften Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Personalbereich. Insbesondere betraf das den Bereich Erziehung und Unterricht sowie die allgemeine Verwaltung. So leisteten die Unternehmen bei Ausbruch der Krise mit 1,4 Prozentpunkten noch einen positiven Beitrag zum Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, während es der Staat minderte.

Tabelle 1:
Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung
- in Prozentpunkten des Zuwachses der realen Größe -

	2006	2007	2008
Bruttowertschöpfung insgesamt[a]	3,3	2,9	1,2
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	2,0	2,0	0,8
Baugewerbe	−0,2	0,1	0,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,8	0,0	0,3
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	0,8	0,9	0,3
Öffentliche und private Dienstleister	0,1	−0,1	−0,2
Bruttowertschöpfung der Unternehmen[b]	3,1	3,0	1,4
Nachrichtlich: Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,5	1,1

[a] Die Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts unterscheiden sich aufgrund der Zurechnung der zweigübergreifenden Komponenten des Bruttoinlandsprodukts, d. h. der Gütersteuern und der Gütersubventionen. – [b] Ohne private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Berechnungen des IWH.

Ausstattung mit Arbeit und Sachkapital

Bei sinkendem Arbeitsangebot Ausbau des Produktionsapparats im Vorfeld der Krise

Im ersten Jahr der Wirtschaftskrise nahm das Arbeitsangebot in Ostdeutschland weiter ab. Es schrumpfte – gemessen an der Zahl der Erwerbsfähigen – um 164 000 bzw. 1,8% (vgl. Tabelle 2). Damit setzt sich die seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre beobachtete rückläufige Tendenz fort (vgl. Abbildung 1). Maßgebend dafür war zum einen der Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter. So vollendeten im Jahr 2008 nur 80 000 ostdeutsche Jugendliche das 15. Lebensjahr; im Jahr 2000 waren es noch 190 000 gewesen. Zum anderen schieden infolge des Eintritts in das gesetzliche Rentenalter etwa 170 000 Personen aus. Per saldo verringerte sich dadurch die Zahl der Erwerbsfähigen um 90 000 Personen. Berücksichtigt werden muss jedoch, dass ein Teil der Personen dieser Jahrgänge noch nicht oder nicht mehr erwerbstätig ist und insofern das Arbeitsangebot geringer beeinflusst wird, als es der Saldo zwischen Zu- und Abgangsjahrgängen anzeigt. Werden zur Abschätzung der tatsächlichen Effekte die altersspezifischen Erwerbstätigenquoten[14] herangezogen, so betrug der Rückgang im Jahr 2008 nur etwa 15 000 Personen.

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 46/2009 am 3. August 2009 veröffentlicht.

13 Der Arbeitskreis „VGR der Länder“ hat im Februar dieses Jahres die Produktionsdaten aus der Originärberechnung für das Jahr 2006 vorgelegt. Danach ergab sich eine deutliche Aufwärtskorrektur gegenüber dem vorangegangenen Berechnungsstand. Vgl. LUDWIG, U.: Nach erneuter Datenkorrektur: Ostdeutschland im konjunkturellen Aufschwung 2006 und 2007 doch nicht abgehängt, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2009, S. 107.

14 Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 1, Reihe 4.1. Die Erwerbstätigenquote gibt den Anteil der Erwerbstätigen an den Einwohnern einer Altersgruppe an.

Tabelle 2:
Bevölkerungsprognose für die Neuen Bundesländer (ohne Berlin)

	2007	2008	2009
	in 1 000 Personen		
Einwohnerzahl	13 192	13 097	13 002
darunter:			
Erwerbsfähige[a]	8 886	8 722	8 564
Personen im Rentenalter[b]	2 932	2 975	3 020
Nachrichtlich:			
Einwohnerzahl ABL	69 069	69 054	69 049
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
Einwohnerzahl	−101	−95	−95
darunter:			
Erwerbsfähige[a]	−177	−164	−158
Personen im Rentenalter[b]	75	43	45
Nachrichtlich:			
Einwohnerzahl ABL	−4	−15	−5

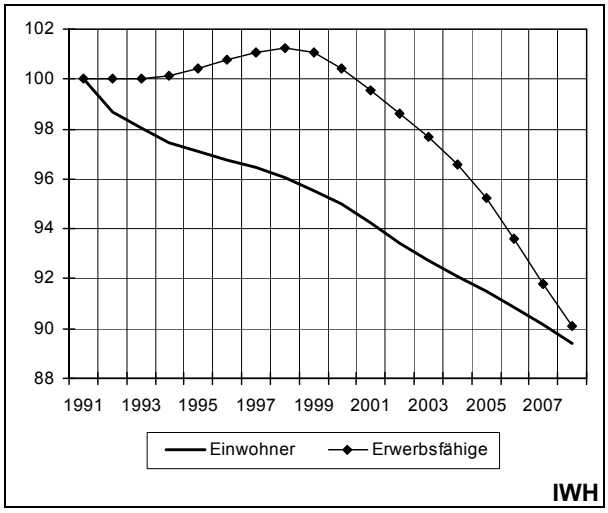
[a] Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – [b] Personen im Alter von 65 Jahren und mehr – ABL: Alte Bundesländer (mit Berlin).

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Verringerung der Zahl der Erwerbsfähigen in Ostdeutschland ist auch auf die anhaltend hohen Wanderungsverluste zurückzuführen.[15] So überstieg im Jahr 2007 – neuere Daten liegen nicht vor – die Zahl der Abwanderer die der Zuwanderer um 56 000 Personen.[16]

Eine engere Abgrenzung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots erfolgt durch das Konzept des Erwerbspersonenpotenzials.[17] Zum Erwerbspersonenpotenzial zählen die Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die in einem Arbeitsverhältnis stehen beziehungsweise eine Arbeitsstelle suchen. Letztere umfassen die Unterbeschäftigten.[18] Zu diesen gehören die registrierten Arbeitslosen, die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie die so genannte Stille Reserve i. e. S.[19] Das so abgegrenzte Erwerbspersonenpotenzial umfasst etwa 83% der Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Abbildung 1:
Zahl der Einwohner und der Erwerbsfähigen[a] in Ostdeutschland[b] von 1991 bis 2007
- 1991 = 100 -



[a] Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – [b] Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2008); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Im Jahr 2008 nahm das Erwerbspersonenpotenzial um 155 000 Personen bzw. 2,1% gegenüber dem Vorjahr ab. Dahinter verbergen sich zwei gegenläufige Tendenzen (vgl. Tabelle 3). Zum einen stieg die Zahl der Erwerbstätigen (Inländer) infolge des Produktionsanstiegs um 22 000 Personen bzw. 0,4% an. Zum anderen sank die Zahl der Unterbe-

[15] Zur Problematik der Abwanderung aus Ostdeutschland vgl. KUBIS, A.; SCHNEIDER, L.: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2008, S. 128-131. – KUBIS, A.; SCHNEIDER, L.: Ist Abwanderung typisch ostdeutsch? Regionale Mobilität im West-Ost-Vergleich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2009, S. 152-156.

[16] Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 1, Reihe 1.2. Die Zahl der Erwerbsfähigen wird zudem durch die Sterbefälle von Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren gemindert. Diese werden hier nicht berücksichtigt.

[17] Vgl. AUTORENGEMEINSCHAFT: Analyse und Vorausschau der kurzfristigen Arbeitsmarktentwicklung, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAb 250), Nürnberg 2002, S. 227 ff.

[18] Vgl. hierzu auch BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009.

[19] Dabei handelt es sich um Personen, die beschäftigungslos und verfügbar sind sowie Arbeit suchen, ohne als Arbeitslose registriert zu sein, sowie um Personen, die die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage Arbeitsplätze nachfragen würden. Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Arbeitsmarkt 2007. Nürnberg 2008, S. 43. Zu den methodischen Problemen bei der Schätzung der „Stillen Reserve i. e. S.“ vgl. FUCHS, J.: Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve. Konzeption und Berechnungsweise, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), a. a. O., S. 79 ff. – HOLST, E.: Die Stille Reserve am Arbeitsmarkt, Größe, Zusammensetzung, Verhalten. Berlin 2000.

Tabelle 3:
Auslastung des Arbeitskräftepotenzials in Ostdeutschland[a]

		2005	2006	2007	2008	*Nachrichtlich:* ABL 2008
		in 1 000 Personen				
1	Erwerbsfähige[b]	9 223	9 063	8 886	8 722	45 619
2	Erwerbstätige (Inland)[c]	5 609	5 646	5 741	5 786	34 544
3	Pendlersaldo	391	401	417	394	461
4	Erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze)[c]	6 000	6 047	6 158	6 180	34 083
5	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 762	1 649	1 413	1 245	3 293
6	Registrierte Arbeitslose	1 295	1 187	1 030	890	2 378
7	Sonstige Unterbeschäftigte[d]	276	307	270	258	610
8	Stille Reserve i. e. S.[e]	191	155	113	97	305
9	Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial)[f]	7 608	7 524	7 420	7 265	37 078
10	Erwerbstätigenquote [(4)/(1)*100]	65,1	66,7	69,3	70,9	74,7
11	Erwerbsbeteiligungsquote [(9)/(1)*100]	80,4	81,3	82,2	82,2	80,6
12	Auslastungsgrad [(4)/(9)*100]	78,9	80,4	83,0	85,1	91,9

[a] Ostdeutschland ohne Berlin. – [b] Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – [c] Einschließlich Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie an Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Kurzarbeiter; Personen in Altersteilzeit; Ein-Euro-Jobs. – [d] Arbeitslose nach § 125, 126 SGB III; Ausfall durch Kurzarbeit (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; Ein-Euro-Jobs; Teilnehmer an Deutschlehrgängen; Vorruheständler; Ausfall durch Altersteilzeit (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – [e] Schätzungen auf der Grundlage von Angaben des IAB zur Stillen Reserve i. e. S. – [f] Summe aus Erwerbstätigen und Unterbeschäftigten. Zur Vermeidung von Doppelzählungen werden die Personengruppen, die in beiden Positionen enthalten sind, herausgerechnet. Dazu zählen: Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie an Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Kurzarbeiter (in Vollzeitäquivalenten), Personen in Altersteilzeit (in Vollzeitäquivalenten) sowie Ein-Euro-Jobs. ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2009); Bach, H.-U.; Gartner, H.; Hummel, M.; Klinger, S.; Rothe, E.; Spitznagel, E.; Zika, G.: Arbeitsmarkt im Sog der Rezession, in: IAB-Kurzbericht 6/2009; Berechnungen des IWH.

schäftigten um 168 000 Personen bzw. 11,9%, woran alle drei Personengruppen – die registrierten Arbeitslosen, die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie die Stille Reserve i. e. S. – Anteil hatten. Letztlich zeigt dies den – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportionalen Rückgang der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter.

Das Erwerbspersonenpotenzial wurde vor der Krise nur zu ca. 85% ausgelastet; der westdeutsche Vergleichswert betrug 92% (vgl. Tabelle 3). Etwa 70% der Unterbeschäftigten sind Personen, die bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos registriert sind. In Ostdeutschland fehlen jedoch mehr Arbeitsplätze, als unterbeschäftigte Personen ausgewiesen werden, da die Zahl der Auspendler nicht gegengerechnet wird. Viele der ostdeutschen Pendler würden vermutlich im Fall des Angebots eines adäquaten, vor allem ähnlich hoch entlohnten Jobs in den Neuen Ländern diesen gegenüber einem Arbeitsplatz in der „Ferne“ präferieren. Der Saldo von Aus- und Einpendlern in den Neuen Bundesländern betrug im Jahr 2008 knapp 400 000 Personen. Zählt man diese den Unterbeschäftigten in Höhe von 1,25 Millionen hinzu, so betrug die Arbeitsplatzlücke in den Neuen Bundesländern – also die Zahl der hier fehlenden Arbeitsplätze – ca. 1,65 Millionen.[20] Der Anteil der fehlenden Arbeitsplätze an der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter lag demnach bei 18,9%.

Anders als von Seiten des Faktors Arbeit sind in den vergangenen Jahren bis zum Ausbruch der Krise die Produktionsmöglichkeiten von Seiten des Faktors Kapital ausgedehnt worden. Die Erweiterung hatte eine starke Ausrüstungskomponente. So schufen die Unternehmen seit dem Jahr 2004 deutlich mehr neue Maschinen und Anlagen an, wenn auch 2008 mit abnehmendem Zuwachs. Bei ge-

[20] Vgl. hierzu auch BRAUTZSCH, H.-U.: Arbeitsplatzlücke im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2004, S. 295-300.

Tabelle 4:
Anlagevermögen und Produktivität in der ostdeutschen Wirtschaft[a]

	2005	2006	2007	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %[b]			Niveau[c] ABL = 100
Insgesamt				
Bruttoanlagevermögen	2,3	2,0	2,1	13,8
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,3	1,0	2,2	14,8
Kapitalproduktivität[d]	−2,1	1,2	0,3	94,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	−1,1	2,3	0,2	88,6
Arbeitsproduktivität[e]	1,0	2,6	0,7	77,7
Kapitalintensität[f]	3,2	1,4	0,4	82,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	2,1	0,4	0,5	87,7
Darunter:				
Produzierendes Gewerbe				
Bruttoanlagevermögen	1,7	1,0	1,5	18,3
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,8	1,0	1,9	17,0
Kapitalproduktivität[d]	1,0	5,1	5,1	67,3
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,9	5,1	4,6	72,5
Arbeitsproduktivität[e]	5,2	6,0	4,0	74,7
Kapitalintensität[f]	4,2	0,8	−1,0	111,1
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	4,3	0,8	−0,6	103,0
Dienstleistungsbereiche einschließlich Staat				
Bruttoanlagevermögen	2,5	2,3	2,3	13,1
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,7	0,7	2,3	12,7
Kapitalproduktivität[d]	−2,3	0,1	−1,1	101,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	−0,5	1,7	−1,0	104,7
Arbeitsproduktivität[e]	0,2	1,4	−0,2	79,2
Kapitalintensität[f]	2,5	1,3	0,9	77,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,7	−0,3	0,8	75,6

[a] Neue Länder ohne Berlin, Alte Länder mit Berlin. – [b] Zu Preisen von 2000. – [c] Zu Wiederbeschaffungspreisen bzw. jeweiligen Preisen. – [d] Reales Bruttoinlandsprodukt bzw. reale Bruttowertschöpfung der Bereiche bezogen auf den Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens. – [e] Reales Bruttoinlandsprodukt bzw. reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Inland). – [f] Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens je Erwerbstätigen. ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2009); Berechnungen des IWH.

werblichen Bauten trat die Wende zum Positiven zwar erst 2007 ein, doch auch im Jahr darauf ist verstärkt investiert worden. Im Ergebnis wurde der Produktionsapparat erweitert. Der Bestand an Ausrüstungen und sonstigen Anlagen stieg im Jahr 2007 um 2,2% an (vgl. Tabelle 4). Allerdings hat sich das Aufbautempo in der Gesamtwirtschaft trotz kräftiger Zugänge nur wenig geändert. Hier dürfte eine Rolle gespielt haben, dass nun zunehmend die in der Anfangsphase des wirtschaftlichen Aufbaus in Betrieb genommenen neuen Produktionsanlagen ihre normale Nutzungsdauer erreicht haben und ausgesondert werden. Im Produzierenden Gewerbe ist dagegen der Produktionsapparat im Jahr 2007 – neuere Daten liegen nicht vor – beschleunigt erweitert worden.

Mit der Ausdehnung des Produktionsapparats sind neue Arbeitsplätze entstanden, und die Unternehmen haben im vergangenen Aufschwung ihre Beschäftigung aufgestockt. Da der Stellenaufbau in der Gesamtwirtschaft hinter der Erweiterung des Kapitalstocks zurückblieb, ist die Ausstattung der Arbeitsplätze mit Maschinen und Anlagen im Schnitt zwar weiter gestiegen, das jedoch deutlich langsamer. Dies gilt auch für den gesamten Dienstleistungsbereich. Anders verlief die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe. Vor allem die Industrieunternehmen stellten im Aufschwung so viel Personal zusätzlich ein, dass die Kapitalintensität der Arbeitsplätze im Schnitt sogar gesunken ist. Sie übertrifft den westdeutschen Stand aber nach wie vor, und zwar beim Anlagevermögen insgesamt um 11%, bei Ausrüstungen und sonstigen Anlagen um 3%. Im Dienstleistungssektor liegen die Verhältnisse umgekehrt. Dort bleibt Ostdeutschland um reichlich ein Fünftel bzw. ein Viertel zurück.

Die wachsende Kapitalintensität ist eine wichtige Voraussetzung für die Steigerung der Produktivität der Arbeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Im Zusammenhang mit dem differenzierten Anstieg der Produktion in den großen Wirtschaftsbereichen haben sich die Produktivitäten des Faktors Arbeit und des Faktors Kapital unterschiedlich entwickelt. Im Produzierenden Gewerbe, dem Kernbereich des vergangenen Aufschwungs, haben sich die Produktivitätsverhältnisse von Arbeit und Kapital trotz gesunkener Kapitalintensität deutlich verbessert. Ausschlaggebend waren wohl die Produktivitätsreserven, die in der wirtschaftlichen Schwächephase davor geschaffen, aber nicht ausgeschöpft worden sind. So konnten im vergangenen Aufschwung die gestiegene Nachfrage und Produktion aus dem vorhandenen Potenzial heraus

bedient werden. Die Produktivitätsabstände verharrten gegenüber Westdeutschland bei einem Drittel bezüglich des Faktors Kapital und einem Viertel bezüglich des Faktors Arbeit.

Im Dienstleistungssektor stagnierte die Arbeitsproduktivität und lag bei knapp 80% des Niveaus in Westdeutschland. Der Leistungszuwachs wurde fast ausschließlich über Neueinstellungen erwirtschaftet. Die Erweiterung des Produktionsapparats hat jedoch keine Entsprechung in der Produktivität des eingesetzten Sachkapitals gefunden. Die Kapitalproduktivität ging sogar zurück. Allerdings übertraf sie den Stand in Westdeutschland nach wie vor leicht.

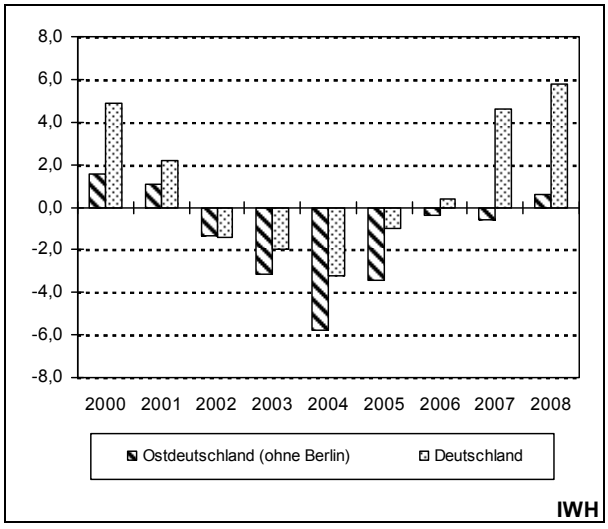
Finanzierungsaspekte

Weniger Gefahren durch Finanzierungsengpässe

Die Kreditvergabe der Banken in Deutschland nahm am Ende des vergangenen Aufschwungs zu. Der Bestand an Forderungen von Banken gegenüber Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen stieg im Jahr 2008 insgesamt mit 5,8% sogar um knapp 1,3 Prozentpunkte stärker an als im Jahr davor (vgl. Abbildung 2). Wie auch schon in den Vorjahren fiel jedoch der Zuwachs in den Neuen Bundesländern mit 0,6% sehr viel schwächer aus als in Gesamtdeutschland. Immerhin wurde nach sechs aufeinanderfolgenden Jahren in Ostdeutschland wieder ein – wenn auch sehr geringer – Zuwachs erreicht. Allerdings sind in den vergangenen zehn Jahren die entsprechenden Forderungsbestände in Gesamtdeutschland um insgesamt rund 10% gestiegen, während sie in Ostdeutschland um insgesamt 11% zurückgegangen sind. Angesichts dieses Gesamtbildes ist es bemerkenswert, dass im Verlauf des Krisenjahres 2008 die Zuwächse bei Kreditforderungen in Ostdeutschland entgegen der Entwicklung in Deutschland insgesamt zugenommen haben, wenn auch nur graduell.

Obgleich die Kreditvolumina in den Jahren 2007 und 2008 in Ostdeutschland nahezu unverändert geblieben und in Westdeutschland gestiegen sind, nahm die Bedeutung der Darlehensfinanzierung im Vergleich zum Jahr 2004 nach Angaben des IAB-Betriebspanels in den Alten Ländern weiter ab, während sie in den Neuen Ländern zunahm (vgl. Tabelle 5). Gleichzeitig ging der Anteil der Unternehmen, die über Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital klagten, auf 4% (Neue Bundesländer) bzw. auf 5% (Alte Bundesländer) zurück, von 8% im Jahr 2004. Insbesondere für die Unternehmen in Ostdeutschland ist zudem deren Stärkung der Eigenkapitalbasis vor Ausbruch der Krise hervorzuheben; so stieg der Eigenmittelanteil trotz des Rückgangs der Bedeutung laufender Einnahmen bei der Investitionsfinanzierung. Die wachsende Bedeutung von Darlehen und Krediten sowie von Eigenmitteln bei gleichzeitigem Rückgang des Anteils von Fördermitteln lässt darauf schließen, dass Unternehmen in Ostdeutschland zunehmend privatwirtschaftliche Finanzierungsquellen erschlossen haben. Alles in allem deuten diese Indikatoren darauf hin, dass der den Finanzmarktturbulenzen vorangegangene konjunkturelle Aufschwung dazu genutzt wurde, die Bilanzen weiter zu konsolidieren.

Abbildung 2:
Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Tabelle 5:
Anteile alternativer Finanzierungsformen an der Investitionsfinanzierung in den Neuen und Alten Bundesländern in den Jahren 2004 und 2007
- in % -

	NBL		ABL	
	2004	2007	2004	2007
Eigenmittel	52,2	58,4	65,8	80,8
Nachrichtlich: davon laufende Einnahmen	80,2	77,6	72,9	80,3
Darlehen und Kredite	20,1	25,3	24,2	16,4
Fördermittel	27,7	16,3	9,9	2,7

NBL: Neue Bundesländer; ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: IAB-Betriebspanel, Berechnungen des IWH.

Die Beschleunigung des Bankkreditwachstums im Jahr 2008 dürfte maßgeblich dadurch geprägt worden sein, dass die Unternehmen den rezessionsbedingten Einbruch der laufenden Einnahmen durch eine verstärkte Schuldenaufnahme zum Teil zu kompensieren suchten. Es ist wohl vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen, dass dies trotz der erheblichen krisenbedingten Verschlechterungen in den Finanzierungsbedingungen möglich war. Zum einen traf die Rezession der Weltwirtschaft in Deutschland auf Unternehmen, deren Eigenkapitalbasis in den Vorjahren in nicht unbeträchtlichem Umfang gestärkt wurde; dies dürfte jedoch für Unternehmen in Westdeutschland einen größeren Vorteil bieten als für jene in Ostdeutschland. Zum anderen dürften vor allem die Unternehmen mit Sitz in Ostdeutschland aufgrund ihrer geringen Größe und vergleichsweise geringen Integration in internationale Unternehmensverbünde nur wenig von den Wertverlusten an den internationalen Finanzmärkten betroffen sein. Zusätzliche Probleme bei der Stellung von Kreditsicherheiten (wie sie von den Banken sowohl nach Angaben des EZB Bank Lending Survey, der KfW-Unternehmensbefragung oder auch der ifo-Kredithürde zunehmend gefordert werden) dürften trotz der dramatischen Entwicklungen an den Vermögensmärkten daher kaum entstehen.

Kasten:
Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Der Welthandel nimmt in diesem Jahr um 15% ab.
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt im zweiten Halbjahr 2009 bei 70 US-Dollar pro Barrel.
- Der US-Dollar-Kurs des Euro beträgt 1,40 im zweiten Halbjahr 2009.
- Die Europäische Zentralbank senkt den maßgeblichen Leitzins nicht weiter, hält jedoch an unkonventionellen Maßnahmen zur Stabilisierung der Unternehmensfinanzierung durch private Banken fest.
- Der Tariflohn steigt in Ostdeutschland im Jahr 2009 um 2,5%.
- Die Konjunkturpakete werden vom Bund und von den Ländern zügig umgesetzt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich das Finanzierungsumfeld für die Unternehmen auch in Ostdeutschland aufgrund der Weltfinanzkrise sehr verschlechtert hat. Doch die mit der vorangegangenen finanziellen Konsolidierung der Unternehmen geleistete Vorsorge dürfte für einige Zeit dazu beitragen, dass die Unternehmen ihre wirtschaftlichen Aktivitäten nicht primär wegen aufkommender Schwierigkeiten bei der Finanzierung einschränken müssen.

Entwicklung der Nachfrage

Ostdeutscher Exportboom vorerst zu Ende

Die mit dem Aufkommen der globalen Finanzkrise im Jahr 2007 in wichtigen Industrieländern einsetzende konjunkturelle Abkühlung hat sich im vergangenen Jahr dramatisch verschärft. Infolgedessen legten insbesondere die Lieferungen der ostdeutschen Unternehmen in die alten EU-Mitgliedstaaten nur noch verhalten zu. In die USA und nach Japan konnten zwar aufgrund des guten Jahresbeginns noch relativ hohe Exportzuwächse erzielt werden, im Jahresverlauf schwächte sich die Exportdynamik aber auch in diese Länder deutlich ab. Anders als noch ein Jahr zuvor beschränkte sich die Finanzkrise 2008 jedoch nicht mehr auf die westlichen Industrieländer, sondern griff auf Mittel- und Osteuropa sowie die Schwellenländer über. Zwar weiteten viele dieser Länder ihre Nachfrage nach ostdeutschen Gütern immer noch überdurchschnittlich aus, gleichwohl aber deutlich schwächer als in den Jahren zuvor, in denen die Lieferungen in diese Regionen eine wesentliche Triebfeder der ostdeutschen Exporte waren. Zusätzlich zur konjunkturellen Abschwächung im Zuge der Weltfinanzkrise belastete im vergangenen Jahr der starke Euro die Ausfuhren in Länder außerhalb der Währungsunion. Folglich expandierten die ostdeutschen Warenexporte mit gut 7% nur noch halb so stark wie im Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre. Trotz deutlich verlangsamten Tempos konnten die Neuen Bundesländer ihre Warenausfuhren im vergangenen Jahr, nicht zuletzt aufgrund der immer noch vergleichsweise robusten konjunkturellen Entwicklung in den für die Neuen Bundesländer wichtigen mittel- und osteuropäischen Zielmärkten, dennoch mehr als doppelt so stark ausweiten wie die westdeutschen Länder.

Die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise zeigen sich auch in der Entwicklung der Warenstruktur der ostdeutschen Exporte. So

gingen die Lieferungen in der für den Export wichtigsten Gütergruppe *Fahrzeuge und Fahrzeugteile*, die besonders vom weltweiten Nachfrageeinbruch betroffen ist, deutlich zurück. Zudem mussten bei den gerade für den ostdeutschen Export relativ bedeutenden Gütern der Rundfunk- und Nachrichtentechnik Exporteinbußen hingenommen werden. Gestützt wurden die Ausfuhren dagegen durch Chemische Erzeugnisse und Nahrungsgüter, und auch die Ausfuhren von Maschinen legten nochmals überdurchschnittlich zu (vgl. Tabelle 6).

Im laufenden Jahr wird die ostdeutsche Exportwirtschaft infolge der dramatischen Nachfrageeinbrüche auf den Weltmärkten erstmals seit Anfang der 1990er Jahre wieder Absatzeinbußen auf den Auslandsmärkten hinnehmen müssen. Dies betrifft zum einen die Lieferungen in die westlichen Industrieländer, die ihre Nachfrage insbesondere nach Investitionsgütern und Vorleistungen für die Exportgüterproduktion weiter einschränken. So sind die Auftragseingänge aus dem Ausland bereits im vierten Quartal 2008 um 21% unter das Vorjahresniveau gesunken (bei Investitionsgütern gar um 27%, bei Vorleistungsgütern um 16%). In den ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich dieser Abwärtstrend weiter fortgesetzt. Zum anderen profitiert Ostdeutschland, anders als in den vergangenen Jahren, nicht mehr von der vergleichsweise starken Fokussierung der Exporte auf Wachstumsregionen, da insbesondere die osteuropäischen Staaten, in die fast ein Viertel der ostdeutschen Warenexporte fließt, im Jahr 2009 mit voller Wucht von den realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise erfasst worden sind. Wäh-

Tabelle 6:
Export der Neuen Bundesländer in das Ausland nach Warengruppen im Jahr 2008
- in jeweiligen Preisen -

	in Mio. Euro	*Zuwachs ggü. Vorjahr in %*	Exportanteil	
			NBL	D
Ausfuhr insgesamt	64 941	7,7	100	100
darunter:				
Kraftwagen und Teile	10 788	−3,9	16,6	18,5
Chemische Erzeugnisse	9 789	24,7	15,1	13,8
Maschinen	6 935	10,8	10,7	14,8
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	4 030	−1,1	6,2	4,2
Metalle	4 948	0,5	7,6	5,0
Nahrungsgüter	3 484	15,0	5,4	3,6

NBL: Neue Bundesländer; D: Deutschland.

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH. Aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit für die Alten Bundesländer muss Gesamtdeutschland als Vergleichsgröße herangezogen werden. Da jedoch auf Ostdeutschland weniger als 6% der gesamtdeutschen Warenexporte entfallen, sind die Werte für Gesamtdeutschland mit denen Westdeutschlands nahezu identisch.

Tabelle 7:
Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Handelspartner und Warenexporte Ost- und Westdeutschlands

	Realer BIP-Zuwachs in %			Exportanteile in %			
				Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	2007	2008	2009[a]	2007	2008	2007	2008
Europa				75,5	74,9	75,3	74,9
EU-15 (ohne Deutschland)	2,7	0,5	−3,8	53,8	52,5	47,7	45,1
Neue EU-Mitglieder	6,2	4,1	−2,9	11,0	11,3	16,9	17,8
Russland	8,1	5,6	−6,0	2,9	3,2	3,0	3,9
Amerika				10,6	10,3	8,8	9,2
USA	2,0	1,1	−2,8	7,7	7,2	6,4	6,5
Asien				11,2	11,8	13,2	13,3
Südostasien[b]	5,8	3,4	−2,5	2,3	2,3	4,0	3,1
Japan	2,4	−0,6	−6,2	1,4	1,3	1,0	1,0
China	13,0	9,0	6,5	3,1	3,4	3,0	3,4

[a] Prognosen des IWF; Berechnungen des IWH. – [b] Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen.

Quellen: IWF; Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Berechnungen des IWH.

rend die Bruttoinlandsprodukte der neuen EU-Mitgliedstaaten, Russlands und Südostasiens einschließlich Chinas in den vergangenen zwei Jahren noch deutlich stärker zunahmen als die der westlichen Industrieländer, wird die Wirtschaftsleistung in diesen Staaten, mit der Ausnahme Chinas, laut Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) im laufenden Jahr kaum weniger zurückfallen als in den hochentwickelten Industrieländern (vgl. Tabelle 7). Damit erweist sich die auch im vergangenen Jahr weiter gestiegene Bedeutung der mittel- und osteuropäischen Märkte (einschließlich Russlands) nun nicht mehr als deutlicher Vorteil für die ostdeutschen Exporteure.

Tabelle 8 zeigt die exportgewichtete Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 36 wichtiger ost- und westdeutscher Handelspartnerländer seit dem Jahr 2007. Während der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts der Handelspartnerländer mit den ostdeutschen Exportanteilen gewichtet im Jahr 2007 noch um fast vier zehntel und im vergangenen Jahr immer noch um drei zehntel Prozentpunkte höher lag als bei Gewichtung mit den Exportanteilen Westdeutschlands, liegt im laufenden Jahr der prognostizierte Rückgang des exportgewichteten Bruttoinlandsprodukts der Handelspartner für Ostdeutschland nur um einen zehntel Prozentpunkt niedriger als für Westdeutschland.

Tabelle 8:
Exportgewichtete Auslandsnachfrage

	Exportgewichtetes Bruttoinlandsprodukt der Handelspartner *(reale Veränderungen gegenüber Vorjahr in %)*[a]		
	2007	2008	2009[b]
Westdeutschland	3,76	1,82	−3,05
Ostdeutschland	4,14	2,12	−2,96

[a] Gegenüber 36 Ländern. – [b] Prognosen des IWF; Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IWF; Berechnungen des IWH.

Trotz dieser verschlechterten Perspektiven werden die ostdeutschen Ausfuhren aber nicht in dem Maß einbrechen wie die der Alten Bundesländer. Dazu trägt, neben der nach wie vor leicht begünstigenden Regionalstruktur der Exporte, die vorteilhafte Position der Neuen Bundesländer bei den Lohnstückkosten sowie das starke Streben ostdeutscher Exportgüterproduzenten auf die Auslandsmärkte, das als wesentliche Ursache für den höheren Wachstumspfad der ostdeutschen Exporte in den vergangenen Jahren anzusehen ist, bei. Zudem werden aufgrund der geringeren Exportorientierung der ostdeutschen Industrie die Rückwirkungen des globalen Nachfrageeinbruchs auf die ostdeutsche Produktion geringer ausfallen als in Westdeutschland. Alles in allem werden die ostdeutschen Ausfuhren im laufenden Jahr um 12% zurückgehen.

Moderater Einbruch der Warenlieferungen in die Alten Bundesländer dank Konsumstabilisierung

Der konjunkturelle Einbruch hat auch Spuren in den Warenlieferungen der Unternehmen nach Westdeutschland hinterlassen. Auf das gesamte Jahr 2008 bezogen gab es zwar noch Zuwächse um 4%, die Steigerungsraten haben sich jedoch mehr als halbiert. Sie waren allerdings doppelt so hoch wie bei den Lieferungen in das Ausland (vgl. Tabelle 9). Ausschlaggebend dürfte der relativ hohe Anteil von Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes gewesen sein, deren Absatz weniger unter der Krise leidet als Kraftfahrzeuge und Maschinen sowie deren Zulieferproduktion.

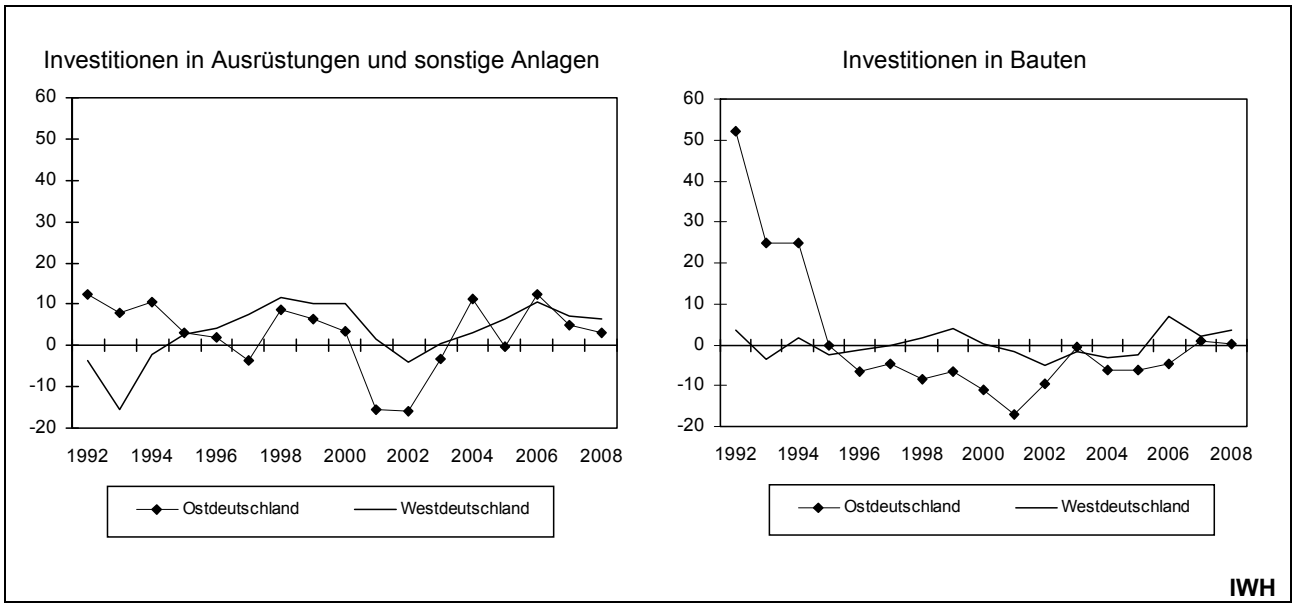
Tabelle 9:
Regionale Entwicklung des Umsatzes der ostdeutschen[a] Industrie[b]

	2006	2007	2008
	in Mio. Euro		
Westdeutschland	49 082	54 004	56 165
Ostdeutschland	38 252	42 259	44 129
Inland	87 334	96 263	100 294
Ausland	39 759	46 068	47 046
Insgesamt	127 093	142 331	147 340
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Westdeutschland	-	10,0	4,0
Ostdeutschland	-	10,5	4,4
Inland	-	10,2	4,2
Ausland	-	15,9	2,1
Insgesamt	-	12,0	3,5

[a] Neue Bundesländer ohne Berlin. – [b] Betriebe von Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel 2007 und 2008; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Abbildung 3:
Entwicklung der Investitionen in Ausrüstungen, sonstige Anlagen und Bauten im Ost-West-Vergleich[a]
- Investitionen in Preisen von 2000, Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



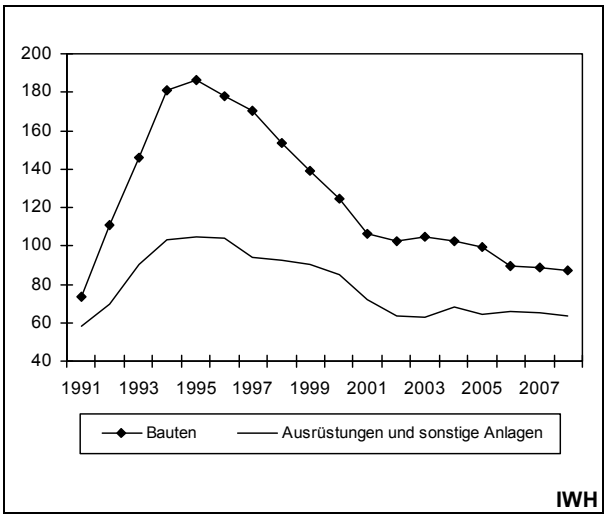
[a] Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2009); Statistisches Bundesamt; 2007 und 2008: Schätzung des IWH; Darstellung des IWH.

Investitionslücke bei den Ausrüstungen wurde auch im jüngsten Aufschwung nicht kleiner

Die Bruttoanlageinvestitionen der Neuen Bundesländer haben nach zehn Jahren Rückgang im Jahr 2006 – aktuellere amtliche Angaben liegen nicht vor – zugelegt. Dies ist ausschließlich einer kräftigen Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen zuzuschreiben (vgl. Abbildung 3). Die Diskussion um die Verlängerung der Investitionszulage hatte hier im Jahr 2006 zu deutlichen Vorzieheffekten geführt. So wurden mit einer Rate von fast 13% die Ausrüstungen im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands mehr als doppelt so kräftig erhöht wie in Westdeutschland. Im Aufschwung legten sie darüber hinaus im Handel, Gastgewerbe und Verkehr und nach langjähriger Zurückhaltung auch im Baugewerbe zu. In den beiden Jahren danach schwächte sich der Investitionsanstieg zwar etwas ab, die Investitionen blieben jedoch vor allem im Sog der kräftigen Exportkonjunktur aufwärtsgerichtet. Trotz der bereits ins Jahr 2006 vorgezogenen Investitionen ist es im Verarbeitenden Gewerbe nochmals zu Ausweitungen der Ausrüstungen gekommen,[21] im Jahr 2007 auch deshalb, weil die günstigen degressiven Abschreibungsbedingungen mitgenommen werden konnten. Bei Kapazitätserweiterungen zog dies auch den Wirtschaftsbau mit. Angesichts einer noch relativ guten Einnahmesituation konnte der öffentliche Sektor seine Investi-

Abbildung 4:
Ausrüstungs- und Bauinvestitionen pro Kopf[a]
- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -



[a] Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2009); Statistisches Bundesamt; Berechnungen, Schätzungen und Darstellung des IWH.

[21] Laut ifo-Konjunkturtest war die Kapazitätsauslastung in der ostdeutschen Industrie in den Jahren 2007 und 2008 mit 86% bzw. 84% immer noch sehr hoch und veranlasste die Unternehmen, Erweiterungsinvestitionen durchzuführen.

tionsausgaben in etwa auf Vorjahresniveau halten. Dagegen wirkten sich im Wohnungsbau immer noch die Entzugseffekte infolge der Abschaffung der Eigenheimzulage und der Mehrwertsteuererhöhung negativ aus.

Alles in allem blieb das Investitionstempo für Aufschwungphasen aber eher verhalten. Pro Einwohner betrachtet besteht nach wie vor eine Investitionslücke gegenüber den Alten Bundesländern (vgl. Abbildung 4). Ausschlaggebend sind die deutlich geringeren Investitionsausgaben für Ausrüstungen, doch auch bei den Bauten besteht inzwischen eine Kluft gegenüber den Alten Ländern.

Unternehmen reagieren auf Krise mit Kürzung der Investitionen

In der Krise kürzen die ostdeutschen Unternehmen ihre Investitionsbudgets deutlich.[22] Die Produktionskapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe unterschreiten inzwischen erheblich ihren durchschnittlichen Auslastungsgrad.[23] Die Nachfrage aus dem Ausland ist im Sog der internationalen Wirtschaftskrise regelrecht eingebrochen, auch die Bestelltätigkeit aus dem Inland hat im vergangenen Winterhalbjahr deutlich nachgelassen. Angesichts der Gewinneinbrüche und der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Konjunktur reduzieren die Unternehmen ihre Investitionspläne in erheblichem Maß, zumal die Finanzierungsbedingungen angespannt bleiben. Die stark verschlechterte Geschäftslage schmälert die Kreditwürdigkeit vieler Unternehmen und zieht Risikoaufschläge nach sich. Besonders kräftig werden die Ausgaben für Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten im laufenden Jahr reduziert (vgl. Tabelle 10).

Die öffentliche Hand wird die Investitionen im Prognosezeitraum ausweiten. Mit den Mitteln der Konjunkturpakete I und II werden Länder und Kommunen in die Lage versetzt, die Modernisierung ihrer Infrastruktur und die energetische Sanierung voranzutreiben. Wegen notwendiger Planungsvorarbeiten dürften sofort nur die Mittel aus dem Konjunkturpaket I, und davon wohl nur Teile, wirksam werden, erst im späteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr beginnt das Paket II zu wirken.

Der Wohnungsbau bleibt rückläufig. Sowohl die Einkommens- und Vermögensentwicklung als auch die Verringerung der Zahl der Haushalte sprechen dafür, dass in diesem Jahr weniger Wohnungen neu gebaut werden. Die Nachfrage der privaten Haushalte nach Modernisierungsleistungen dürfte dagegen nur leicht nachgeben.

Tabelle 10:
Anlageinvestitionen in Ostdeutschland[a]
- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 2000 -

	2006	2007	2008	2009
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	12,3	5,0	3,0	−13,0
Neue Bauten insgesamt	−4,5	0,9	0,2	−4,0
davon:				
Wohnbauten	−4,8	−1,5	−1,5	−3,5
Nichtwohnbauten	−4,3	2,6	1,4	−4,3
Anlageinvestitionen	2,0	2,8	1,5	−8,3

[a] Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2009); Statistisches Bundesamt; ab 2007: Schätzung und Prognose des IWH.

Privater Konsum auch in der Krise schwach, bremst jedoch den Produktionsrückgang

Die weltweite Finanz- und Konjunkturkrise wirkt mit zeitlicher Verzögerung auch auf Beschäftigung und Einkommen in Ostdeutschland. So nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland im Jahr 2008 zwar noch um 0,8% zu. In diesem Jahr wird sie aber fast wieder auf das Niveau von 2007 sinken.

Diese Entwicklung schlägt sich direkt in der Höhe der Löhne und Gehälter nieder. Wuchsen diese im vergangenen Jahr aufgrund der insgesamt guten Beschäftigungslage noch um 3,1%, so wird deren Summe im Jahr 2009 schrumpfen. Der Rückgang wird dabei im Vergleich zu Westdeutschland abgemildert, da die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur weniger auf die Auslandsmärkte ausgerichtet ist.

[22] Laut IWH-Industrieumfrage waren die Unternehmen mit steigenden Investitionsausgaben im Jahr 2008 immer noch in der Mehrzahl, im laufenden Jahr befinden sich diese Unternehmen allerdings eindeutig in der Minderheit (Saldo aus Zunahme und Abnahme 2008: +2 Saldenpunkte, 2009: −20 Saldenpunkte). Eine solche Tendenzwende ist in allen fachlichen Hauptgruppen zu beobachten, mit −36 ist der Saldo aus Zunahme und Abnahme allerdings im Investitionsgütergewerbe außergewöhnlich hoch. Maßgeblich dafür dürfte der Nachfrageeinbruch besonders aus dem Ausland sein. So zeigt sich, dass signifikant häufiger Exportunternehmen ihre Investitionstätigkeit einschränken.

[23] Die Kapazitätsauslastung liegt im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe laut ifo-Konjunkturtest inzwischen bei 73%, nach durchschnittlich 84% im Jahr zuvor.

Außerdem wird in der derzeitigen Krise besonders häufig auf Kurzarbeit zur Sicherung von Beschäftigung zurückgegriffen. Wenngleich dieses Instrument insbesondere in den industriellen Zentren in Süddeutschland genutzt wird, so findet es in geringerem Maß auch in Ostdeutschland Einsatz. Hinzu kommen der Abbau von Überstunden, die Streichung von Sonderzahlungen, aber auch zunehmend Entlassungen. All diese Maßnahmen werden letztlich zu einem Rückgang der insgesamt anfallenden Lohn- und Gehaltszahlungen führen (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11:
Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland[a]

	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	3,5	3,1	−1,7
Monetäre Sozialleistungen	−3,3	−0,5	5,9
Selbstständigen- und Vermögenseinkommen	4,2	4,6	−0,3
Bruttoeinkommen insgesamt	1,4	2,3	1,2
Nachrichtlich: Masseneinkommen[b] (brutto)	0,7	1,7	1,6

[a] Ohne Berlin. – [b] Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern und den monetären Sozialleistungen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2009); Angaben für 2008 und 2009 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

Einkommenssteigernd wirken hingegen die vereinbarten Tarifverdiensterhöhungen. Sie lagen im Jahr 2008 bei über 4,2% je Stunde (vgl. Tabelle 12, Abbildung 11). Die besonders hohen Steigerungsraten in Ostdeutschland waren das Ergebnis einzelner Tarifabschlüsse, die eine Angleichung an das westdeutsche Niveau vorsehen. Die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter je Beschäftigten stiegen jedoch weniger. Der Abstand der Bruttoverdienste vom Westniveau hat sich nicht verändert. (vgl. Abbildung 5).

Im Jahr 2009 wird sich der Anstieg der ostdeutschen Tarifverdienste je Stunde aufgrund der Krisensituation in Deutschland verringern. Zwar wirkt ein Teil der im Jahr 2008 vereinbarten Tarifsteigerungen noch bis in das Jahr 2009, und die zu Beginn dieses Jahres abgeschlossenen Tarifvereinbarungen haben sich teilweise an denen des Vorjahres orientiert, doch die danach erzielten Abschlüsse sehen bereits geringere Steigerungsraten vor. Die effektiv gezahlten Verdienste je Beschäftigten werden hingegen aufgrund von Kurzarbeit und betrieblich vereinbarter Arbeitszeitverkürzung oder Lohnverzicht insgesamt stagnieren (vgl. Tabelle 12).

Tabelle 12:
Verfügbare Einkommen, Konsumausgaben und Ersparnis der privaten Haushalte in Ostdeutschland[a]

	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Verfügbare Einkommen, nominal	0,6	2,1	0,0
real	−0,7	-0,2	0,0
Private Konsumausgaben, nominal	0,7	1,5	0,0
real	−1,1	−0,8	0,0
Ersparnis	1,0	9,6	1,1
Sparquote[b]	9,3	9,9	10,0
Konsumdeflator	1,9	2,3	0,0
Nachrichtlich: Tariflöhne je Stunde	1,8	4,2	2,5
Effektivlöhne je Arbeitnehmer	1,5	2,2	0,2
Bruttolöhne und -gehälter (Inland)	3,4	3,1	−1,1
Reale private Konsumausgaben je Einwohner	−0,4	−0,1	0,8

[a] Ohne Berlin. – [b] Ersparnis in % der verfügbaren Einkommen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2009); Angaben für 2008 und 2009 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

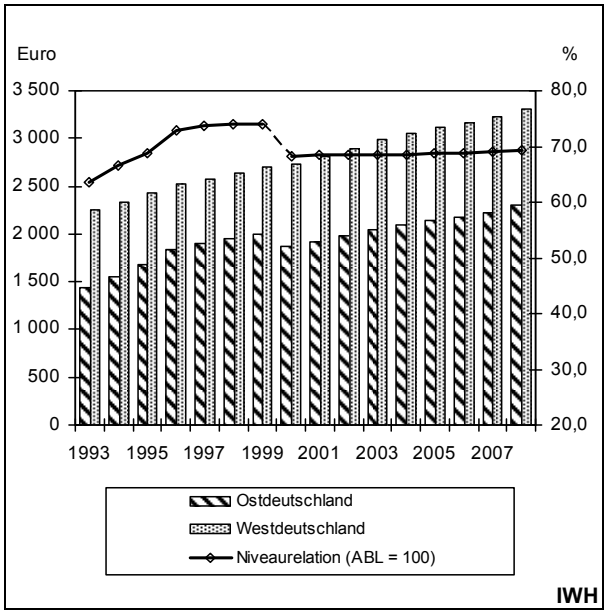
Die Einkommen der Selbstständigen und die Einkommen aus Vermögen sind im Jahr 2008 trotz Finanzkrise weiter stark gewachsen. Wegen der geringen ostdeutschen Vermögen dürfte dazu der hohe Anteil der Selbstständigeneinkommen beigetragen haben. So konnten beispielsweise realisierte Vermögensverluste durch die im vergangenen Jahr noch hohen Einkommenszuwächse aus selbstständiger Tätigkeit überkompensiert werden. 2009 wandelt sich jedoch auch hier das Bild. Durch die Wirtschaftskrise werden diese Einkommen ebenfalls zurückgehen.

Die monetären Sozialleistungen sind im vergangenen Jahr noch einmal gesunken – wenngleich nur sehr gering. In diesem Jahr wird sich jene Entwicklung allerdings nicht fortsetzen. Vielmehr ist eine Umkehr der Tendenz zu erwarten. So sind in

Ostdeutschland zum 1. Juli 2009 die Renten um 3,38% angehoben worden. Diese Erhöhung ergibt sich aufgrund der vergangenen Anstiege der Bruttolöhne und -gehälter, die als Berechnungsgrundlage für die Rentenzahlungen dienen. Mit der Anhebung der Renten ist ebenfalls ein Anstieg der ALG-II-Sätze verbunden. Das Kindergeld wurde bereits erhöht.

Ebenfalls stark steigen in diesem Jahr die Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. Sie gleichen allerdings nur teilweise den Ausfall an Lohn- und Gehaltszahlungen der betroffenen Personen aus. Der kräftige Anstieg der monetären Sozialleistungen trägt in der gegenwärtigen Krise zu einer Stabilisierung der verfügbaren Einkommen bei. Diese bilden die Grundlage für die Konsumausgaben der Haushalte und die finanziellen Rücklagen (Sparen).

Abbildung 5:
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[a] in Ost- und Westdeutschland[b]



[a] Produzierendes Gewerbe, Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen. – [b] Regionale Abgrenzung: bis 1999 Ostdeutschland mit Berlin-Ost, ab 2000 Ostdeutschland ohne und Westdeutschland einmit Berlin. – ABL: Alte Bundesländer.

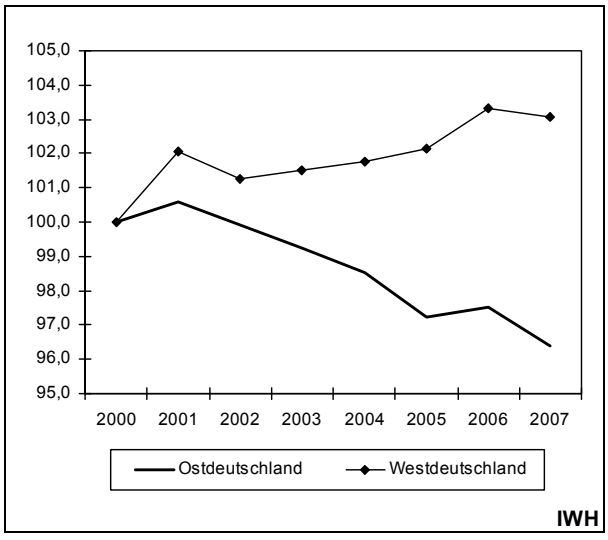
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Käufe der privaten Haushalte von Waren und Dienstleistungen bilden die größte Komponente des Bruttoinlandsprodukts. Bleiben die Einkommen der Haushalte und daraus folgend auch der private Konsum stabil, so kann die Übertragung der Krise aus dem Exportgeschäft auf die Binnenwirtschaft zumindest abgemildert werden.

Allerdings sanken in den vergangenen Jahren in Ostdeutschland regelmäßig die real verfügbaren Einkommen und damit einhergehend auch die Konsumnachfrage (vgl. Abbildung 6). Einfluss darauf hatte nicht zuletzt die sinkende Einwohnerzahl im östlichen Deutschland. Zudem konnten beispielsweise im vergangenen Jahr die Haushalte trotz höherer Ausgaben weniger Waren und Dienstleistungen verbrauchen, da die Preise 2008 stark gestiegen waren. Dieser Preisauftrieb ist gegenwärtig vollständig zum Erliegen gekommen. Konstante Preise und stabile Einkommen stützen die Konsumnachfrage in diesem Jahr.

Insbesondere wirkt hier ein Impuls aus dem Konjunkturprogramm: In Ostdeutschland stieg die Nachfrage nach Pkw, die über die so genannte „Abwrackprämie“ subventioniert werden, besonders stark. Nicht unproblematisch hierbei ist, dass die starke Zunahme des Pkw-Umsatzes gleichzeitig in anderen Bereichen die Nachfrage sinken lässt. Geht man davon aus, dass viele Haushalte den Kauf eines neuen Pkw auf Kredit finanzieren, so schränkt dies zudem deren finanzielle Möglichkeiten in der Zukunft ein.

Abbildung 6:
Entwicklung der realen privaten Konsumausgaben
- Index 2000 = 100 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Wenig Rückhalt von der Vermögenssituation der privaten Haushalte in der Krise

In der Krise ist das Risiko für Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit besonders hoch. In dieser Situation bestimmt das vorhandene finanzielle Vermögen der privaten Haushalte den Grad der Abhängigkeit

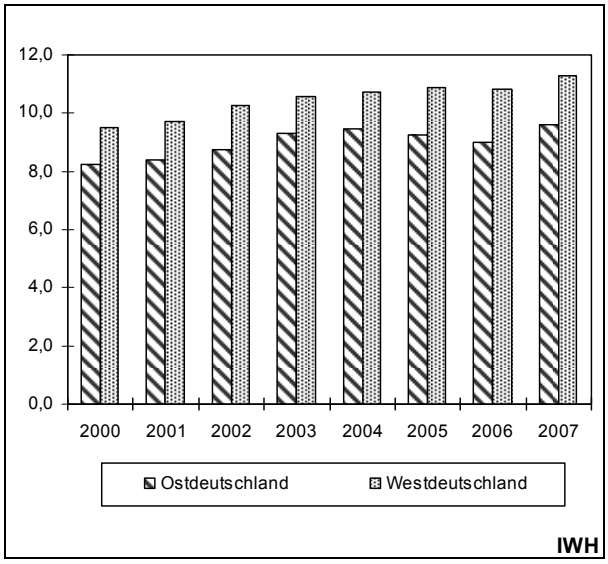
von öffentlichen sozialen Transfers, um laufenden Ausgaben (z. B. Mieten) und Zahlungsverpflichtungen (z. B. Kredite) weiter nachzukommen. Auch hängen von dem vorhandenen finanziellen Vermögen oft die Handlungsmöglichkeiten für eine Neuorientierung – sei es in Form von Weiterbildung oder Mobilität – ab, die notwendig sein können, um die Erwerbstätigkeit zu sichern oder neu aufzunehmen.

Die privaten Haushalte in Ostdeutschland verfügten im Jahr 2007 durchschnittlich über 6 909 Euro an Nettovermögen je Person ab 17 Jahren.[24] Bei dieser Größe handelt es sich um den Median-Wert, der den Schwellenwert anzeigt, bei dem 50% der Bevölkerung ein geringeres Nettovermögen besitzen und 50% ein höheres. Von der Hälfte der Bevölkerung, die weniger als 6 909 Euro Nettovermögen ihr Eigen nennen können, verfügen knapp zwei Drittel über gar kein Nettovermögen oder sind sogar im Saldo verschuldet.[25] Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Ostdeutschland kein bzw. kaum Vermögen besitzt. Die Abhängigkeit von Sozialtransfers oder von der finanziellen Unterstützung durch Verwandte und Bekannte ist bei diesen Personen schon kurzfristig akut. Kürzungen an dieser Stelle führen hier schnell zu einer existenziellen Notsituation.

Doch auch der wohlhabendere Teil der Bevölkerung verfügt über ein vergleichsweise geringes Nettovermögen. So besitzen die reichsten 10% aller Personen in Ostdeutschland mindestens 90 505 Euro je Person.[26] In Westdeutschland beträgt das Nettovermögen des reichsten Dezentils jedoch mindestens 250 714 Euro je Person.[27] Ursächlich für den Rückstand in Ostdeutschland ist neben dem geringeren Anfangsbestand der Vermögen im Jahr 1990 auch der wirtschaftliche Umbau, der letztlich die geringeren Erwerbseinkommen und die niedrigeren Immobilienpreise in Ostdeutschland mit verursacht. Zudem ist die Sparquote fast über den gesamten Zeitraum nach 1990 niedriger als die in Westdeutschland geblieben (vgl. Abbildung 7), was dem Vermögensaufbau nicht dienlich war. Vergleicht man die absolut gesparten Beträge in Ost- und Westdeutschland, zeigt sich der Unterschied noch deutlicher (vgl. Abbildung 8).

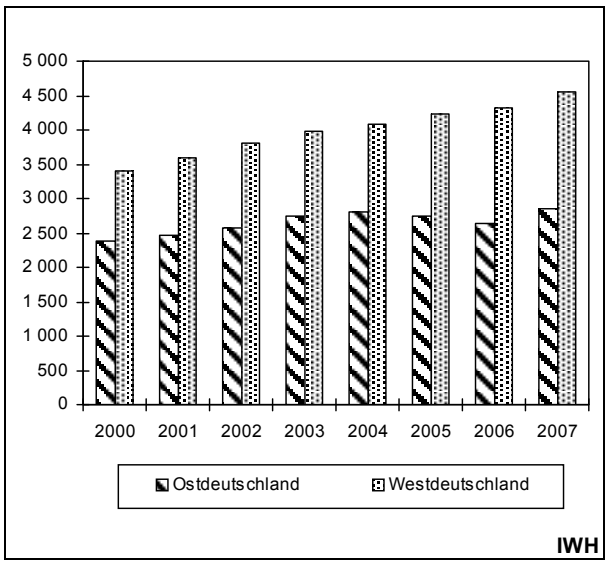
Auch in diesem Jahr steigt die Sparquote nur minimal, da mit dem Konjunkturprogramm Ausgaben für Pkw-Käufe angeregt werden. Dies dürfte die bereits bestehenden Vermögensunterschiede weiter verfestigen. So hatten die Ostdeutschen im Jahr 2007 durchschnittlich 11 000 Euro als Geldvermögen sowie in Versicherungen und Bauspar-

Abbildung 7:
Sparquote der privaten Haushalte
- in % des verfügbaren Einkommens -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

Abbildung 8:
Ersparnis je Haushalt und Monat
- in Euro -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

[24] Vgl. FRICK, J. R.; GRABKA, M.: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. Wochenbericht des DIW Berlin 4/2009, S. 57. In diesen Wert fließen neben dem finanziellen Vermögen auch die Immobilienwerte mit ein. Schulden werden abgezogen.

[25] Ebenda.

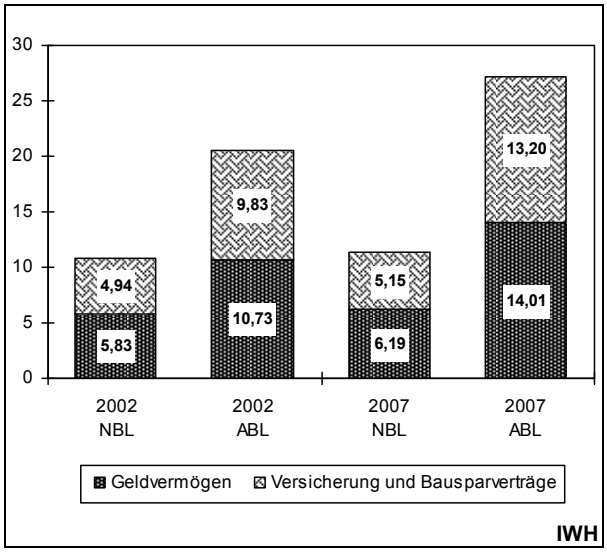
[26] Ebenda.

[27] Ebenda.

verträgen angelegt (vgl. Abbildung 9).[28] In Westdeutschland hingegen besaß die Bevölkerung durchschnittlich mehr als 27 000 Euro an diesen Vermögensarten.[29] Die Verteilung innerhalb der Bevölkerung ist dabei sehr ungleich. Jeweils ca. die Hälfte aller Personen hat kein Eigentum an Geld bzw. in Form von Versicherungen.

Bislang haben sich die ostdeutschen Haushalte weniger verschuldet als die westdeutschen (vgl. Abbildung 10). Ausschlaggebend dafür sind weniger die Konsumentenkredite als vielmehr die Finanzierungen zum Kauf von Immobilien, da in Ostdeutschland die Immobilienpreise oft niedriger sind. Alles in allem weisen die wesentlich geringeren Vermögenswerte der ostdeutschen Haushalte, die zudem noch sehr ungleich verteilt sind, auf ein hohes Risiko in der tiefen Rezession hin.

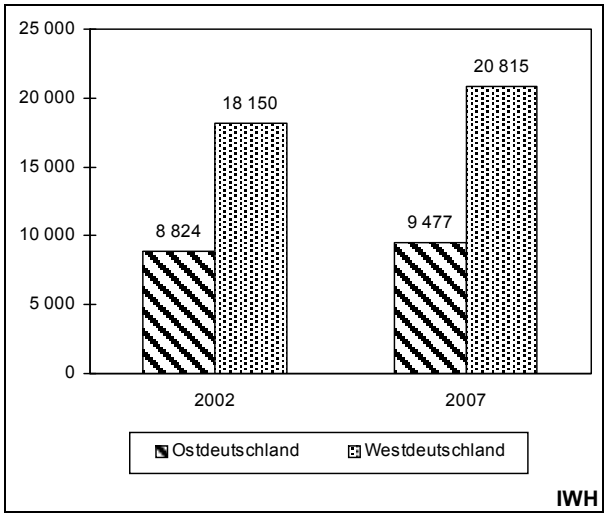
Abbildung 9:
Geldvermögen[a] und Höhe von Versicherung und Bausparverträgen[b] (pro Person)
- in 1 000 Euro -



[a] Durchschnittlich; Geldvermögen = Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien und Investmentanteile. – [b] Durchschnittliche Höhe der Rückkaufwerte von Lebensversicherungen, Rentenversicherungen und angesparten Beträgen in Bausparverträgen. NBL: Neue Bundesländer; ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Abbildung 10:
Schulden aus Hypotheken und Konsumentenkrediten (pro Person)
- in Euro -



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Entwicklungen im Unternehmenssektor

Die ostdeutschen Unternehmen haben zwar im Durchschnitt des vergangenen Jahres ihre Wertschöpfung noch einmal erhöht, mit dem Übergreifen der Weltfinanzkrise auf die Realwirtschaft hat sich die Situation im späten Verlauf des Jahres jedoch grundlegend geändert. Die Produktion wurde zurückgefahren, und der drei Jahre anhaltende Beschäftigungsaufbau lief aus. In diesem Jahr wird die Produktion der Unternehmen infolge der Verschärfung des Nachfrageeinbruchs in den ersten Monaten um 6% unter den Vorjahresstand fallen.

Infolge der üblichen Verzögerung bei der Anpassung der Beschäftigung an das gesunkene Produktionsniveau stieg die Arbeitsproduktivität im Jahresdurchschnitt 2008 deutlich langsamer als zuvor (vgl. Tabelle 15). Der Produktivitätsabstand gegenüber Westdeutschland verringerte sich jedoch ein weiteres Mal, da dort der Produktionsrückgang schärfer ausfiel (vgl. Tabelle A5 im Anhang). Die Arbeitskosten legten in Ostdeutschland unvermindert zu, sodass auch die Lohnstückkosten das zweite Jahr in Folge zunahmen. Allerdings blieb der Zuwachs abermals gegenüber Westdeutschland zurück, und die Position der ostdeutschen Unternehmen im Kostenwettbewerb verbesserte sich weiter. Der Vorsprung des ostdeutschen Unternehmenssektors belief sich im Jahr 2008 auf 9%.

Tariflohnanstieg in der Krise verlangsamt

Trotz Zunahme der Arbeitskosten konnten die ostdeutschen Unternehmen ihren Lohnvorteil auch im

[28] Ebenda, S. 60, und Berechnungen des IWH (arithmetisches Mittel).

[29] Ebenda und Berechnungen des IWH (arithmetisches Mittel).

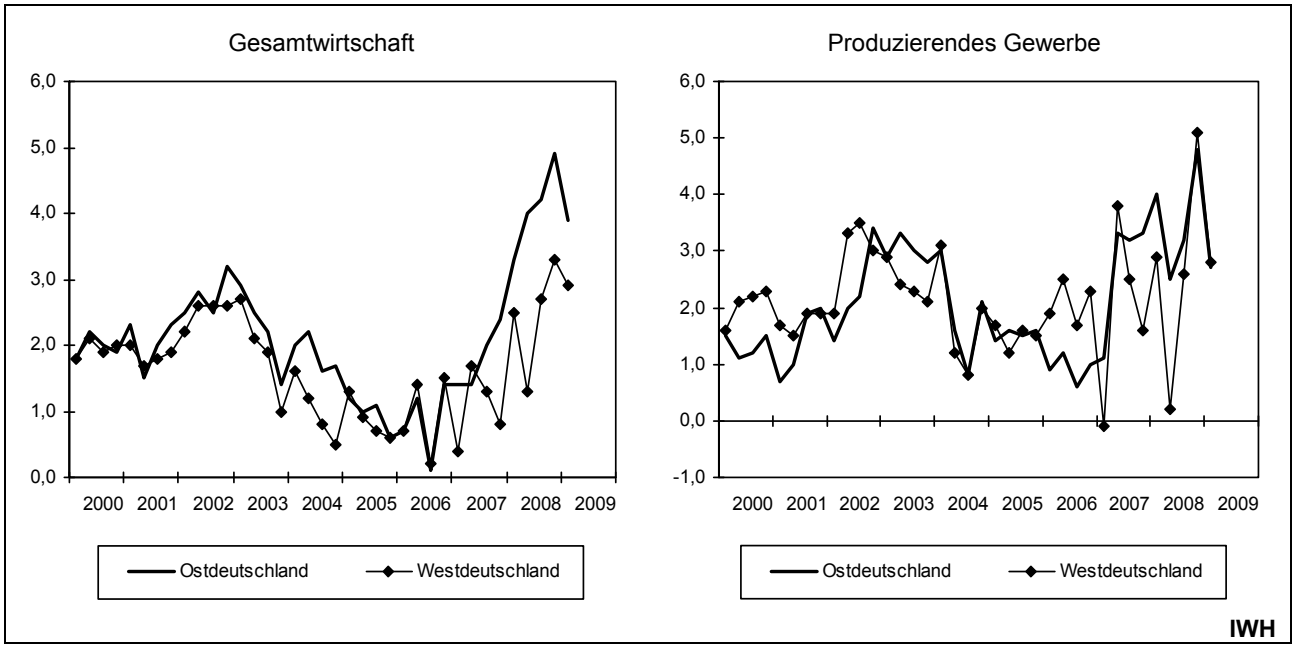
Tabelle 13:
Tariforientierung in den Betrieben Ostdeutschlands[a] im Jahr 2008
- Anteil der Betriebe in % -

	Branchentarif-vertrag	Haustarif-vertrag	Vergleichbare tarifliche Entlohnung	Ohne Orientierung
Landwirtschaft	8	4	27	61
Bergbau/Energie/Wasser	38	16	19	27
Verarbeitendes Gewerbe	18	4	37	41
Ernährungsgewerbe	27	2	39	32
Verbrauchsgüter	9	3	28	60
Vorleistungsgüter	20	4	34	42
Investitions-/Gebrauchsgüter	15	6	38	41
Baugewerbe	38	3	32	27
Handel/Reparatur	16	5	32	47
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	13	6	29	52
Kredit-/Versicherungsgewerbe	28	5	20	47
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	13	4	23	60
Sonstige Dienstleistungen	22	3	32	43
Organisationen ohne Erwerbszweck	20	11	18	51
Ostdeutschland insgesamt 2008	21	4	30	45
Nachrichtlich 2007	20	4	31	45
Nachrichtlich Westdeutschland: 2008	34	3	26	37

[a] Ostdeutschland hier mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2008; Berechnungen des IWH.

Abbildung 11:
Tariflohnentwicklung auf Stundenbasis in der Gesamtwirtschaft und dem Produzierenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands
- Veränderung gegenüber Vorjahresquartal -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Darstellung des IWH.

Jahr 2008 behaupten. Je Arbeitnehmer fielen in den Unternehmen wie im Jahr zuvor 30% weniger Arbeitskosten als in Westdeutschland an. Inzwischen haben die Tarifparteien auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage reagiert. Der seit 2007 beobachtete raschere Anstieg der Tariflöhne in Ostdeutschland hat sich zu Beginn dieses Jahres abgeschwächt. Allerdings übertraf er in der Gesamtwirtschaft die Verhältnisse in Westdeutschland aufgrund von Nachholeffekten erneut deutlich.

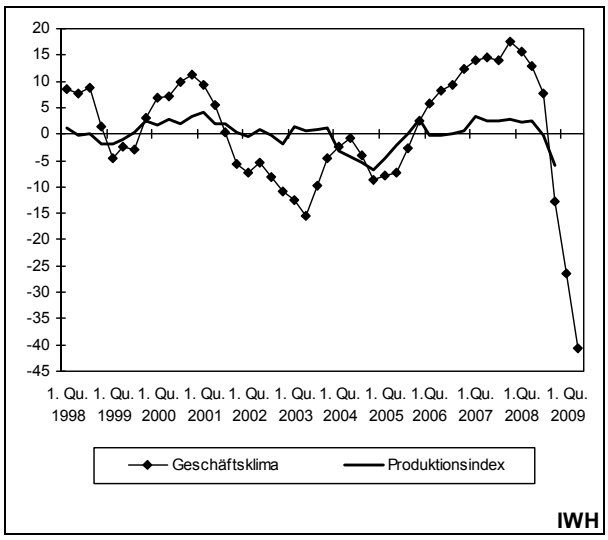
Eine Vielzahl von Betrieben in Ostdeutschland beschäftigt die Arbeitnehmer ohne Tarifvertrag. Die Tarifflucht ist nach wie vor beträchtlich und deutlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Sie hat sich im Jahr 2008 jedoch nicht verstärkt (vgl. Tabelle 13). Reichlich die Hälfte der Betriebe entlohnt nach einem Branchentarifvertrag bzw. orientiert sich zumindest an einem Flächen- oder Haustarifvertrag. Besonders hoch ist die Tarifflucht im Dienstleistungssektor und dort unter den Anbietern unternehmensnaher Dienste. Auch die Hersteller industrieller Güter erzielen in großer Zahl ihren Arbeitskostenvorteil durch Lohnzahlungen ohne Orientierung an Tarifverträgen.

Im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands ist die Tariflohnentwicklung nach der Aufholphase im Jahr 2007 ab Mitte des vergangenen Jahres ähnlich wie in Westdeutschland verlaufen. Erste Krisensignale haben in beiden Gebietsteilen ähnlich dämpfend gewirkt. Auch hatten die Tarifparteien entsprechende Klauseln in den Verträgen vereinbart. Hinzu kommt, dass die Steigerungen der Tariflöhne gerade in der Krise nicht voll wirksam werden dürften. Die tatsächlich gezahlten Löhne werden in dieser Phase langsamer als tariflich vereinbart steigen. Der Lohnabstand Ostdeutschlands wird sich in der Krise gegenüber dem Westdeutschlands nicht verringern. Ein Vollzeitbeschäftigter im Unternehmenssektor Ostdeutschlands kam mit seinem monatlichen Bruttoverdienst im Jahr 2008 auf knapp 70% des Standes in Westdeutschland (vgl. Abbildung 5).

Industrie – Verlierer in der Krise

Das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe – seit dem Jahr 2000 der Wachstumsführer in der ostdeutschen Wirtschaft – war bereits in den letzten Monaten des vergangenen Jahres der globalen Finanz- und Konjunkturkrise hart ausgesetzt. Die Produktion sank infolge des tiefen Nachfrageeinbruchs – zunächst im Ausland, dann aber auch im Inland – dramatisch, und der Rückgang setzte sich im gesamten Winterhalbjahr forciert fort (vgl. Abbildung 12),

Abbildung 12:
Geschäftsklima und Produktionsindex[a] im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



[a] Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen, Berechnungen und Darstellung des IWH.

bevor er, wie die aktuellen Konjunkturindikatoren zeigen, an Kraft verlor. Im zweiten Quartal stabilisierte sich die Nachfrage auf niedrigem Niveau, und die Erwartungen der Unternehmen sanken nicht weiter. Wegen der geringeren Orientierung auf die Auslandsmärkte und des kleineren Gewichts der von der Krise am stärksten erfassten Branchen fällt zwar der Absturz der industriellen Produktion in Ostdeutschland nicht ganz so stark wie in Westdeutschland aus, ein solcher Rückschlag ist jedoch seit der Transformationskrise Anfang der 90er Jahre nicht mehr beobachtet worden. In diesem Jahr wird die industrielle Wertschöpfung den Vorjahresstand um rund 16% unterschreiten. Mit den größten Einbußen müssen die Hersteller von Kraftwagen und Teilen, die Maschinenbauer, die Elektrotechnik, die Metallindustrie und die in Ostdeutschland überdurchschnittlich präsente Chemische Industrie rechnen.

Der Wachstumsführer unter den Industriebranchen, die Produzenten von Elektrotechnik, und darunter die Solarindustrie, mussten sich infolge der nachlassenden öffentlichen Förderung und des eingeschränkten Zugangs zu privaten Mitteln in der Finanzkrise bereits gegen Ende 2008 auf deutlich

Tabelle 14:
Entwicklung der Produktion im ostdeutschen Produzierenden Gewerbe[a]
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

		2007	2008
Produzierendes Gewerbe ohne Bau		7,2	1,7
Vorleistungsgüter		13,0	3,2
Investitionsgüter		10,7	6,0
Konsumgüter		1,0	−2,9
Ausgewählte Branchen			
DK	Maschinenbau	10,6	11,7
DJ	Metallindustrie	10,1	6,9
DL	Elektrotechnik	23,3	6,4
CB	Gewinnung Steine/Erden	−12,3	6,3
DH	Gummi-, Kunststoffindustrie	9,4	3,1
DG	Chemische Industrie	10,4	0,7
DN	Möbelherstellung u. a.	3,6	0,6
DM	Fahrzeugbau	11,9	0,3
DI	Verarbeitung Steine/Erden	1,8	−4,3
DA	Ernährungsgewerbe, Tabak	1,1	−4,8
DD	Holzgewerbe	−1,5	−5,3

[a] Ostdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

schrumpfende Absatzmärkte einstellen. Dagegen wird dem größten Industriebereich in Ostdeutschland, dem Ernährungsgewerbe, die Stabilisierung des privaten Konsums in der Krise zugutekommen.

Der Krisenbeginn schlug sich im vergangenen Jahr nicht nur in der Abflachung des industriellen Wachstums nieder, sondern auch in Kostenbelastungen und Produktivitätsentwicklungen. Trotz deutlicher Verringerung der Produktionszunahme wurde die Beschäftigung nochmals deutlich ausgeweitet (vgl. Tabelle 15). Auf 1 000 Einwohner kamen inzwischen wieder 71 Industriebeschäftigte. Das entsprach 72,5% des Standes in Westdeutschland. Die Produktivität stieg wesentlich langsamer als in den vorangegangenen Jahren. In Westdeutschland ist sie sogar wegen der verzögerten Anpassung der Beschäftigung an den Produktionseinbruch gesunken, sodass sich die Produktivitätslücke Ostdeutschlands auf 22% verringert hat. Auch der Anstieg der Arbeitskosten ließ in Ost wie West nach. Ein Arbeitnehmer kostete die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland allerdings nach wie vor rund ein Drittel weniger Lohn- und Lohnnebenkosten als in

Tabelle 15:
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten in ausgewählten Wirtschaftsbereichen[a]
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2005	2006	2007	2008
Verarbeitendes Gewerbe				
Bruttowertschöpfung[b]	8,0	10,4	9,7	3,8
Beschäftigung	−0,7	1,0	3,6	2,9
Produktivität[c]	8,8	9,3	5,9	0,8
Arbeitskosten[d]	1,2	3,3	2,2	1,1
Lohnstückkosten[e]	−7,0	−5,5	−3,5	0,3
Baugewerbe				
Bruttowertschöpfung[b]	−9,1	−2,8	1,8	0,8
Beschäftigung	−5,4	−1,0	0,9	−1,7
Produktivität[c]	−3,9	−1,8	0,9	2,5
Arbeitskosten[d]	0,1	2,1	3,0	2,0
Lohnstückkosten[e]	4,2	4,0	2,1	−0,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr				
Bruttowertschöpfung[b]	−2,2	4,5	−0,2	1,7
Beschäftigung	−1,6	−0,1	1,5	0,3
Produktivität[c]	−0,6	4,6	−1,7	1,4
Arbeitskosten[d]	1,7	2,1	1,1	2,5
Lohnstückkosten[e]	2,3	−2,4	2,8	1,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister				
Bruttowertschöpfung[b]	2,6	3,3	3,8	1,3
Beschäftigung	0,2	4,8	4,4	2,1
Produktivität[c]	2,3	−1,5	−0,5	−0,8
Arbeitskosten[d]	1,2	−1,7	2,2	2,1
Lohnstückkosten[e]	−1,1	−0,2	2,7	3,0
Unternehmen insgesamt[f]				
Bruttowertschöpfung[b]	0,6	4,3	4,1	1,9
Beschäftigung	−1,8	0,9	2,5	1,1
Produktivität[c]	2,4	3,4	1,6	0,8
Arbeitskosten[d]	1,4	1,8	2,1	2,1
Lohnstückkosten[e]	−1,0	−1,6	0,5	1,3

[a] Neue Länder ohne Berlin. – [b] Reale Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet, Basis = 2000). – [c] Reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – [d] Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – [e] Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – [f] Ohne private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2009); Berechnungen des IWH.

Westdeutschland. Für die Lohnstückkosten bedeutete die schnellere Steigerung der Arbeitskosten gegenüber der Arbeitsproduktivität erstmalig seit 1996 keinen Rückgang mehr. Infolge des Produktivitätsrückgangs im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe vergrößerte sich jedoch der Vorteil der ostdeutschen Anbieter bei den Lohnstückkosten weiter. Sie fielen im Jahr 2008 auf rund 82% des Standes in Westdeutschland (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

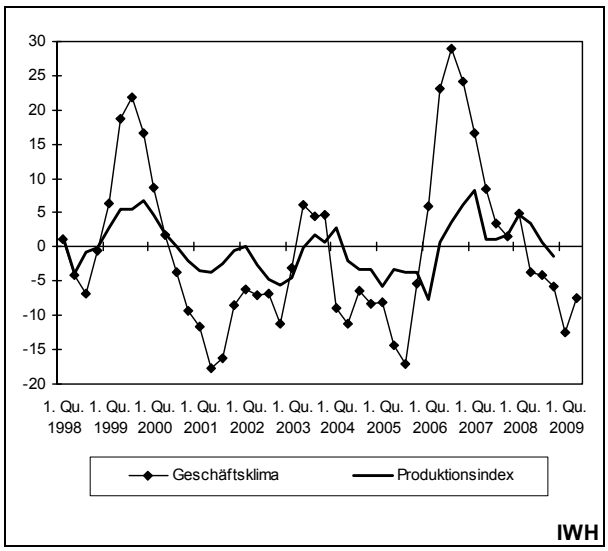
Gegenüber den Anbietern industrieller Produkte aus Mittelosteuropa verlief die Kostenentwicklung in den vergangenen Jahren dagegen sehr differenziert. Mit Ausnahme von Polen sind auch dort die Lohnstückkosten gesunken. Lediglich in Slowenien, Tschechien und Rumänien übertrafen sie im Jahr 2006 – aktuellere Angaben liegen nicht vor – den Stand im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Tabelle A4 im Anhang).

Bauproduktion profitiert von Konjunkturpaketen

Das ostdeutsche Baugewerbe hat im Zuge des deutschlandweiten Aufschwungs in den beiden zurückliegenden Jahren zulegen können. Allerdings fiel der Zuwachs an Beschäftigung im Jahr 2007 geringer aus als im Jahr zuvor, und 2008 wurde sogar Personal abgebaut. So stieg die Produktivität in beiden Jahren. Bei steigenden Arbeitskosten hatten sich im Jahr 2007 die Lohnstückkosten zwar nochmals kräftig erhöht. Im zurückliegenden Jahr konnte dieser Trend jedoch gebrochen werden: Die Arbeitskosten stiegen weniger stark als die Produktivität, und die Lohnstückkosten gingen erstmals seit 2002 wieder zurück. Da das westdeutsche Baugewerbe bei der Produktivität jedoch deutlich kräftiger zulegte, konnte es die Vorteile im Kostenwettbewerb – wie Tabelle A5 im Anhang ausweist – nochmals ausbauen.

Für das erste Quartal 2009 signalisieren die amtlich erhobenen Konjunkturdaten und die IWH-Bauumfrage einen Produktionseinbruch, bedingt durch Ausfälle wegen des langanhaltenden harten Winters bei gleichzeitig rückläufigem Orderfluss. Diese Tendenz wird sich jedoch nicht fortsetzen: Zum einen werden die witterungsbedingten Produktionsausfälle zügig nachgearbeitet. Zum anderen haben die Auftragseingänge und damit auch die Zuversicht der Unternehmen zuletzt wieder etwas zugenommen. Erste Mittel des Konjunkturpakets I werden wirksam, und im späteren Verlauf dieses Jahres erwarten die Unternehmen weitere Impulse aus dem Paket II. Nach wie vor dürften

Abbildung 13:
Geschäftsklima und Produktionsindex[a] im ostdeutschen Baugewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



[a] Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich für das Bauhauptgewerbe veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen, Berechnungen und Darstellung des IWH.

Tabelle 16:
Regionale Umsatzstruktur des Baugewerbes außerhalb der Neuen Bundesländer
- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

	Baugewerbe		darunter			
	Ausland	ABL	Hoch- und Tiefbau		Ausbau	
			Ausland	ABL	Ausland	ABL
2000	0,9	12,7	1,1	12,0	0,6	13,6
2002	1,4	16,6	2,9	14,6	1,0	19,3
2003	2,2	16,4	2,2	14,5	0,3	19,4
2004	2,8	18,5	4,1	14,3	0,9	25,2
2005	2,4	19,0	3,1	14,3	1,5	25,5
2006	1,2	20,9	1,2	16,5	1,2	27,4
2007	2,8	24,8	3,9	19,0	1,4	31,5

ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2001, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008 (auf Grundgesamtheit hochgerechnet); ab 2005: ohne Berlin-Ost; Berechnungen des IWH.

die ostdeutschen Bauunternehmen auch von der Baunachfrage in den Alten Bundesländern profitieren. Im Jahr 2007 realisierten sie laut IAB-Betriebspanel dort reichlich ein Fünftel des Umsatzes, das Ausbaugewerbe sogar knapp ein Drittel. Dabei konnten sowohl der Hoch- und Tiefbau als auch das Ausbaugewerbe ihre Marktposition in den Alten Bundesländern im zuletzt erfassten Jahr 2007 weiter ausdehnen.

Alles in allem werden die kräftig steigenden Ausgaben des Staates für Bauten die Nachfrageausfälle von Seiten der privaten Haushalte und Unternehmen im Durchschnitt dieses Jahr jedoch nur zum Teil ausgleichen können. Im nächsten Jahr dürfte die Bauproduktion allenfalls stagnieren. Die gesamtwirtschaftliche Erholung ist zu schwach, um Unternehmen und private Haushalte zur Aufstockung ihrer Investitionsbudgets anzuregen. Außerdem macht sich dann die angespannte Finanzlage der Kommunen zunehmend bemerkbar.

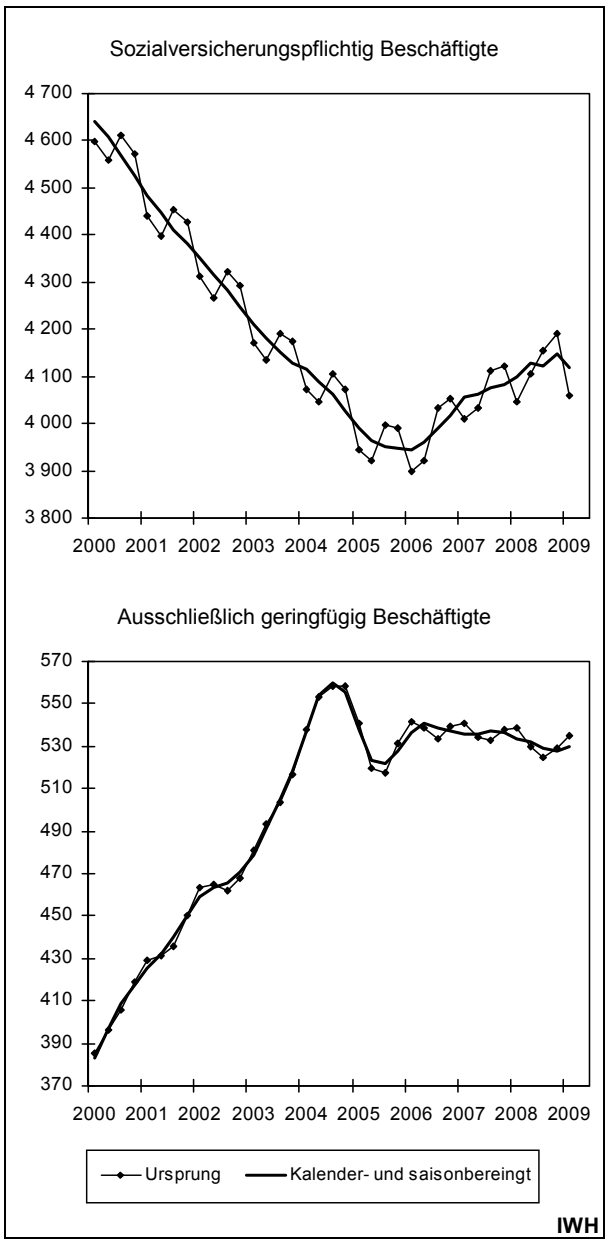
Unternehmensdienstleister im Sog der Krise

Mit Ausnahme des Kredit- und Versicherungsgewerbes spürten die privaten Dienstleister in Ostdeutschland im vergangenen Jahr recht wenig von der sich ausbreitenden Krise. Zwar bekamen das im Produktionsverbund mit dem Produzierenden Gewerbe stehende Verkehrs- und Nachrichtengewerbe sowie die Unternehmensdienstleister den Nachfragerückgang gegen Ende des Jahres zu spüren, die Entwicklung flachte jedoch lediglich ab. Mit der Verschärfung der Krise wird die Leistung im Verkehrs- und Nachrichtengewerbe deutlich um 8% sinken, bei Unternehmensdienstleistern mit 2% weniger stark.

Im Handel und Gastgewerbe dämpfte indes die anhaltende Konsumflaute die Entwicklung. Dagegen befanden sich die Gesundheits- und Pflegedienste weiter im Aufwind. Mit der Stabilisierung des privaten Konsums in diesem Jahr dürfte sich die Wertschöpfung in den konsumnahen Bereichen nur geringfügig ändern.

Insgesamt halbierte sich im vergangenen Jahr der Anstieg der Wertschöpfung im Dienstleistungssektor. Ausschlaggebend dafür war jedoch die Konsolidierung im Personalbereich der öffentlichen Verwaltung und des Erziehungs- und Unterrichtswesens. Auch wenn die Konsolidierung in diesem Jahr anhält, dürfte der Sektor der öffentlichen Dienstleistungen stabilisierend auf die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung wirken.

Abbildung 14:
Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Ostdeutschland[a]
- in 1 000 Personen -



[a] Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Der verhaltene Leistungsanstieg im Handel, Gastgewerbe und Verkehr wurde im vergangenen Jahr zumeist mit dem vorhandenen Personal abgedeckt. Beschäftigung wurde nur wenig aufgebaut, sodass die Produktivität im Durchschnitt stieg. Bei kräftig anziehenden Verdiensten erhöhten sich auch die Lohnstückkosten in diesem Bereich. Viel intensiver reagierten die Finanz-, Vermietungs-

Tabelle 17:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland[a] 2007 und 2008

	2007	2008	Veränderung
	in 1 000 Personen		
Arbeitnehmer	5 105	5 152	47
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4 067	4 125	58
Geförderte[b]	89	99	10
Nicht geförderte	3 978	4 025	47
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	537	530	−7
Ein-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	114	114	0
Sonstige	387	383	−4
Selbstständige einschließlich mithelfende Familienangehörige	636	634	−2
Geförderte Selbstständigkeit	66	44	−22
Ich-AG	18	24	6
Überbrückungsgeld	1	0	−1
Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit)	42	15	−27
Gründungszuschuss	6	5	−1
Nicht geförderte Selbstständigkeit	570	590	20
Erwerbstätige (Inland)	5 741	5 786	45
Darunter:			
Geförderte Erwerbstätige[c]	269	257	−12
Nachrichtlich:	*in Mio. Stunden*		
Arbeitsvolumen	8 561	8 602	41

[a] Ostdeutschland ohne Berlin. – [b] Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen; Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen; durch Personal-Service-Agenturen (PSA) betreute Personen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegsgeld für abhängig Beschäftigte; Ein-Euro-Job (Entgeltvariante). – [c] Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung) sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2009); Berechnungen des IWH.

und Unternehmensdienstleister mit Neueinstellungen auf den Nachfrageanstieg. Sie stockten das Personal in einem Ausmaß auf, dass die Produktivität je Erwerbstätigen ein weiteres Jahr sank. Bei unvermindert starkem Anstieg der Verdienste erhöhten sich hier die Lohnstückkosten kräftig. Verglichen mit den Entwicklungen in Westdeutschland führte dies jedoch nicht zu einem Wettbewerbsverlust. In beiden Sektoren blieben die Lohnstückkosten infolge des geringeren Verdienstniveaus in Ostdeutschland unter dem Stand in Westdeutschland. Im Handel, Gastgewerbe und Verkehr verharrten sie 2008 bei 93% und im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister nahe 90% (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

Arbeitsmarkt

Konjunktureller Einbruch erreicht ostdeutschen Arbeitsmarkt

Der ausgesprochen kräftige Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat im vergangenen Winterhalbjahr auch den ostdeutschen Arbeitsmarkt erreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen sank im vierten Quartal saisonbereinigt um 13 000 Personen bzw. 0,4% gegenüber dem Vorquartal, und im ersten Quartal dieses Jahres setzte sich die Abwärtstendenz fort: Die Zahl der Erwerbstätigen ging saisonbereinigt nochmals um 36 000 Personen bzw. 0,6% gegenüber dem Vorquartal zurück, in Westdeutschland waren es 0,3%. Der Rückschlag wäre deutlich stärker ausgefallen, wenn nicht durch den Abbau von Überstunden, das Abschmelzen von Arbeitszeitkonten und die Inanspruchnahme der großzügigen Regelungen von Kurzarbeit die Arbeitszeit drastisch verringert und ein großer Teil des scharfen konjunkturellen Einbruchs abgefangen worden wäre. So verringerte sich die geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen in Deutschland – regional getrennte Daten für Ost- und Westdeutschland liegen nicht vor – im ersten Vierteljahr 2009 saison- und kalenderbereinigt um 1,9%, die Zahl der Erwerbstätigen nahm hingegen nur um 0,3% ab.

Damit ging eine längere Phase der Besserung der Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt zu Ende, die dadurch gekennzeichnet war, dass zum ersten Mal seit der Vereinigung der ostdeutsche Arbeitsmarkt von einem konjunkturellen Aufschwung profitiert hatte:[30] Dies zeigte sich vor allem darin, dass zehn (!) Quartale in Folge die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland gestiegen war.

[30] BRAUTZSCH, H.-U.: Zur Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes im Aufschwung, in: WSI-Mitteilungen 9/2008, S. 486-491.

Insgesamt nahm zwischen den Jahren 2005 und 2008 die Zahl der Erwerbstätigen um 3,2% zu. Dabei sank die Zahl der staatlich subventionierten Beschäftigungsverhältnisse erheblich. Befördert wurde dies dadurch, dass im Vergleich zu den Jahren zuvor mehr Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt angeboten wurden.[31] Das geleistete Arbeitsvolumen, das seit Mitte der 90er Jahre stetig zurückgegangen war, stieg um 2%, und die Unterbeschäftigung nahm – nicht zuletzt auch wegen des starken Rückgangs des Arbeitsangebots – um ein Viertel ab. Insgesamt wurde diese positive Tendenz durch die moderate Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren sowie die Senkung der Lohnnebenkosten begünstigt.

Die Ende des Jahres 2008 eingetretene Eintrübung der Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich bis Mitte dieses Jahres fortgesetzt; ein – verglichen mit dem drastischen Produktionsrückgang – erdrutschartiger Einbruch blieb jedoch bislang aus. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ging weiter zurück. Dies betraf vor allem das Baugewerbe, den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung und den öffentlichen Sektor. Auch bei den unternehmensnahen Dienstleistern sank die Beschäftigung wegen des Abbaus von Leiharbeitern.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg saisonbereinigt im ersten Quartal um 21 000 Personen bzw. 2,5% (Westdeutschland: 5,1%) gegenüber dem Vorquartal an, nachdem sie im vierten Quartal noch um 14 000 Personen abgenommen hatte. Im zweiten Quartal nahm sie um 9 000 Personen bzw. 1,0% (Westdeutschland: 5,1%) zu. Für diesen – gemessen am Beschäftigungsabbau – vergleichsweise schwachen Aufbau der registrierten Arbeitslosigkeit ist neben dem starken Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots vor allem die erhebliche Ausweitung der Kurzarbeit maßgebend. Viele Beschäftigte werden dadurch vor der offenen Arbeitslosigkeit bewahrt. Im ersten Quartal waren in Ostdeutschland knapp 140 000 Personen in Kurzarbeit. Bei einer durchschnittlichen Ausfallzeit von etwa 40% waren dies ca. 58 000 Personen in Vollzeitäquivalenten. In dieser Größenordnung wäre die Zahl der registrierten Arbeitslosen höher ausgefallen, sofern dieses arbeitsmarktpolitische Instrument nicht zur Verfügung gestanden hätte. Zudem hat die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente mit Wirkung zum 1. Januar 2009 Einfluss auf die Messung der registrierten Arbeitslosigkeit. Personen, für deren Vermittlung bisher Dritte beauftragt wurden, sind während der Beauftragung weiter als arbeitslos registriert worden. Diese Regelung entfiel, sodass diese Personen nicht mehr im Bestand der registrierten Arbeitslosen sind.[32]

Auch die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots weist auf eine deutliche Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt hin. Im Durchschnitt des Jahres 2008 lag es um 18% unter dem Vorjahresstand; in Westdeutschland waren es knapp 10%. Das Stellenangebot am ersten Arbeitsmarkt ging sogar um fast 23% zurück (Westdeutschland: 10,1%).[33] Im ersten Quartal sank das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot hingegen in Westdeutschland erheblich stärker als in den Neuen Bundesländern.[34] Bis Mitte 2009 hat sich diese Tendenz fortgesetzt.

In der zweiten Jahreshälfte wird sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt deutlich verschlechtern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird wegen des anhaltend niedrigen Produktionsniveaus stark zurückgehen. Viele Unternehmen, die sich bisher vor allem mit dem arbeitspolitischen Instrument der Kurzarbeit dem kräftigen Nachfragerückgang entgegengestellt haben, müssen ihren Personalbestand anpassen. Da eine grundlegende Besserung der Konjunktur nicht in Sicht ist und damit dauerhafte Beschäftigungsperspektiven fehlen, können die Arbeitsplätze nicht nachhaltig gesichert werden.[35] Daran kann auch die vollständige Übernahme der Sozialabgaben durch den Staat

[31] Vgl. hierzu KETTNER, A.; SPITZNAGEL, E.: Stellenangebot geht zurück, bleibt aber auf hohem Niveau, in: IAB-Kurzbericht 7/2008.

[32] Im April 2009 waren Dritte für etwa 37 000 Personen in Ostdeutschland mit der Vermittlung nach § 37 SGB III alter Fassung beauftragt. Die Teilnahmen an diesem Instrument laufen ab Mai dieses Jahres sukzessive aus, und parallel erhöht sich die Zahl der Teilnehmer an den neuen Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung. Vgl. in diesem Zusammenhang den ausführlichen Methodenbericht BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009.

[33] Vgl. HECKMANN, M.; KETTNER, A.; REBIEN, M.: Einbruch in der Industrie – Soziale Berufe legen zu, in: IAB-Kurzbericht 11/2009, S. 2.

[34] Vgl. IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots 2005 bis 2009.

[35] Vgl. CRIMMANN, A.; WIESSNER, F.: Verschnaufpause dank Kurzarbeit, in: IAB-Kurzbericht 14/2009. – EICHHORST, W.; MARX, P.: Kurzarbeit – Sinnvoller Konjunkturpuffer oder verlängertes Arbeitslosengeld, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 5/2009, S. 322-328.

wenig ändern. Dies liegt darin begründet, dass die zunehmende Kostenbelastung insgesamt die Unternehmen zum Personalabbau zwingen wird, um eine Insolvenz abzuwenden.

Tabelle 18:
Prognose des ostdeutschen Arbeitsangebots und dessen Auslastungsgrads[a]

		2008	2009
		in 1 000 Personen	
1	Erwerbsfähige[b]	8 722	8 564
2	Erwerbstätige (Inland)[c]	5 786	5 720
3	Pendlersaldo	394	330
4	Erwerbstätige (Arbeitsplätze)[c]	6 180	6 050
5	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 244	1 271
6	Registrierte Arbeitslose	890	935
7	Sonstige Unterbeschäftigte[d]	258	239
8	Stille Reserve i. e. S.[e]	97	97
9	Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial)[f]	7 269	7 321
10	Erwerbstätigenquote [(4)/(1)*100]	70,9	70,6
11	Erwerbsbeteiligungsquote [(9)/(1)*100]	82,2	82,5
12	Auslastungsgrad [(4)/(9)*100]	85,0	82,6

Erläuterung der Fußnoten vgl. Tabelle 3.

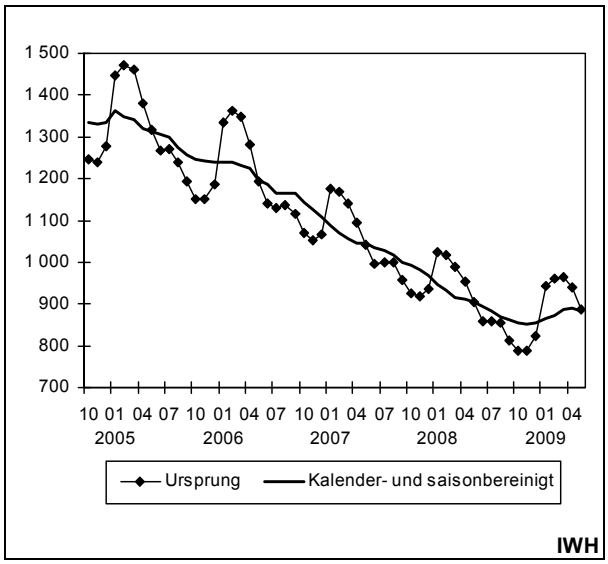
Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2009); Bundesagentur für Arbeit; Bach, H.-U.; Gartner, H.; Hummel, M.; Klinger, S.; Rothe, E.; Spitznagel, E.; Zika, G.: Arbeitsmarkt im Sog der Rezession, in: IAB-Kurzbericht 6/2009; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Auch während der Kurzarbeit durchgeführte Weiterbildungsmaßnahmen können nicht per se Beschäftigung garantieren. Dies liegt insbesondere daran, dass Weiterbildung dann ihren größten Nutzen entfaltet, wenn das betriebsspezifische Know-how am angestammten Arbeitsplatz erhöht wird.[36] Kann dieser Arbeitsplatz trotz aller Gegenmaßnahmen nicht erhalten werden, wird die Beschäftigungsmöglichkeit der Betroffenen durch betriebs- und arbeitsplatzspezifische Bildungsinvestitionen nicht wesentlich verbessert. Letztendlich bedeutet dies für den Einzelnen den Verlust des Arbeitsplatzes und für das Unternehmen den Zwang zur Anpassung des Personalbestandes an die veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Alles in allem wird die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr in Ostdeutschland sinken.[37] Wenn der Rückgang mit 66 000 Personen bzw. 1,2% etwas geringer ausfällt als in Westdeutschland, ist dies insbesondere darauf zurückzuführen, dass in den Neuen Bundesländern das Gewicht der Exportwirtschaft, die besonders unter der Krise leidet, geringer ist als in Westdeutschland. Vielmehr sind die Unternehmen stärker auf lokale Märkte ausgerichtet, die bislang weniger von der Krise betroffen sind. Hinzu kommt, dass sich die Zentren der Finanzwirtschaft in Westdeutschland befinden. Diese sind in besonders hohem Maß von den krisenbedingten Umstrukturierungen betroffen.

Der Rückgang der Beschäftigung wird sich nicht in vollem Umfang in einem Anstieg der Un-

Abbildung 15:
Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen 2006 und 2007 in Ostdeutschland[a]
- in 1 000 Personen -



[a] Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

[36] Vgl. CRIMMANN, A.; WIESSNER, F., a. a. O., S. 8.

[37] Vgl. auch: BACH, H.-U.; GARTNER, H.; HUMMEL, M.; KLINGER, S.; ROTHE, T.; SPITZNAGEL, E.; ZIKA, G.: Arbeitsmarkt im Sog der Rezession, in: IAB-Kurzbericht 6/2009. – BACH, H.-U.; GARTNER, H.; HUMMEL, M.; KLINGER, S.; SPITZNAGEL, E.; ZIKA, G.: Zwischenbericht zur IAB-Arbeitsmarktprojektion 2009 und 2010, 10.06.2009.

terbeschäftigung niederschlagen. Zum einen verringert sich – wie bereits in den Jahren zuvor – wegen der demographischen Entwicklung und der Wanderungsverluste das Arbeitsangebot. Zum anderen dürfte auch künftig die geänderte statistische Erfassung der Arbeitslosen, mit deren Vermittlung Dritte beauftragt werden, den Anstieg der registrierten Arbeitslosen dämpfen. Insgesamt dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in diesem Jahr um 45 000 Personen gegenüber dem Vorjahr steigen. Die Arbeitslosenquote wird von 13,3% im Jahr 2008 auf 14,0% in diesem Jahr zunehmen. Sie wird damit weiterhin etwa doppelt so hoch sein wie in Westdeutschland.

Fazit

Wirtschaftsstrukturelle Gründe bremsen Konjunktureinbruch

Die globale Finanz- und Konjunkturkrise hat auch die ostdeutsche Wirtschaft voll erfasst. Mit dem Nachfrageeinbruch auf den Auslandsmärkten und seinen Folgen für die Binnenkonjunktur wird die Produktion in diesem Jahr um 4,5% sinken (vgl. Tabelle 19). Dieser Rückgang fällt geringer als in Westdeutschland aus. Dies hat vor allem strukturelle Gründe. Die ostdeutsche Wirtschaft bietet infolge des niedrigeren Industrialisierungsgrads und der weniger entwickelten Orientierung auf die Auslandsmärkte geringere Angriffsflächen für Nachfrageeinbrüche aus der internationalen Wirtschaft. Hinzu kommen Vorteile aus der erneut gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Anbieter gegenüber westdeutschen.

Trotz geringerer Anfälligkeit gegenüber der derzeitigen Wirtschaftskrise bleiben andere längerfristig wirkende strukturelle Belastungen bestehen. Das betrifft vor allem die Folgen der demographischen Entwicklung für Nachfrage und Produktion, aber auch die anhaltende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Personalbereich. Die Wertschöpfung im Sektor Staat wird zwar weiter sinken. In dieser Krise wird das jedoch stabilisierend wirken, da der Produktionsrückgang im Unternehmenssektor deutlich schärfer ausfällt.

Regionales Leistungsbilanzdefizit steigt in der Konjunkturkrise

Die Konjunkturkrise führt auch zu einem Bruch in der bisherigen Entwicklung von Produktion und Absorption in Ostdeutschland. Im Unterschied zur steigenden Produktion war die Binnennachfrage seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gesunken, zunächst im Bereich der Anlageinvestitionen bis zum Jahr 2005, dann aber auch beim Konsum. So

Tabelle 19:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Inländische Verwendungskomponenten, real			
Privater Konsum	−1,1	−0,8	0,0
Anlageinvestitionen	2,8	1,5	−8,3
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	5,0	3,0	−13,0
Neue Bauten	0,9	0,2	−4,0
Bruttoinlandsprodukt, real	2,5	1,1	−4,5
Unternehmenssektor (ohne private Dienstleister)	4,1	1,9	−6,3
Verarbeitendes Gewerbe	9,7	3,8	−15,6
Baugewerbe	1,8	0,8	−3,3
Staat (einschließlich private Dienstleister)	−0,3	−0,8	−0,6
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)[a]	5 741	5 786	5 720
Unterbeschäftigte[a]	1 300	1 148	1 174
darunter:			
Arbeitslose, registrierte	1 030	890	935
Arbeitslosenquote[b]	15,2	13,3	14,0
	Produktivität		
BIP (real) je Erwerbstätigen, Zuwachs in %	0,7	0,3	−3,4
BIP (nominal) je Erwerbstätigen, ABL = 100	77,7	78,5	79,6

[a] Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – [b] Registrierte Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). ABL: Alte Bundesländer

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: April 2009); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Tabelle 20:
Pro-Kopf-Größen im Ost-West-Vergleich[a]
- in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -

	2006	2007	2008	2009
Verfügbare Einkommen pro Einwohner	79,3	79,1	79,2	79,6
Privater Konsum pro Einwohner	79,8	79,8	79,7	80,2
Sparen pro Einwohner	67,8	65,3	66,7	65,3
BIP pro Einwohner	68,0	68,7	69,3	71,2
BIP pro Erwerbstätigen	77,5	77,7	78,5	79,9
BIP pro Arbeitsstunde der Erwerbstätigen	73,5	74,2	75,1	-

[a] Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Berechnungen und Prognose des IWH.

wurde während der Wachstumsjahre bis 2008 der Nachfrageüberhang in Ostdeutschland seit dem Jahr 1995 kontinuierlich und seit dem Jahr 2001 sehr deutlich abgebaut. Vor der Krise lag er bei weniger als 10% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A2 im Anhang). Im Jahr 2009 kommt es zu einer Umkehr der Verhältnisse. Die Nachfrage steigt zwar nicht, sie sinkt jedoch dank der Stabilisierung der Konsumausgaben weniger stark als die Produktion. Damit nimmt der Überhang zu, und das Defizit an Waren und Dienstleistungen in der regionalen Leistungsbilanz erhöht sich.

In der Krise verringern sich Ost-West-Abstände bei den Pro-Kopf-Größen

Sinkende Produktion und Erwerbseinkommen signalisieren Wohlstandsverluste für die Einwohner in Ost- wie Westdeutschland. Der tiefere Einbruch der Konjunktur in Westdeutschland führt rein rechnerisch zu einer Annäherung der Pro-Kopf-Größen im Ost-West-Vergleich (vgl. Tabelle 20). So verringert sich der Rückstand Ostdeutschlands beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf knapp 30%. Dies bedeutet jedoch kein Aufholen Ostdeutschlands. Der „Schein des Aufholens“ wird zudem auch in der Krise von der gegenläufigen Entwicklung der Einwohnerzahl im Osten und Westen Deutschlands genährt.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de),

Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich,
Franziska Exß, Brigitte Loose, Birgit Schultz,
Götz Zeddies

Tabelle A1:
Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 2001 bis 2008

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bruttowertschöpfung	*Veränderung gegenüber Vorjahr in %*							
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	7,4	−9,5	−6,8	38,7	−25,7	−10,0	18,1	5,6
Produzierendes Gewerbe	−2,5	0,1	1,8	3,9	2,7	6,2	6,6	2,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	−38,4	8,0	8,0	−7,3	−30,7	11,4	15,4	−17,4
Verarbeitendes Gewerbe	4,0	2,5	4,7	8,4	8,0	10,4	9,7	3,8
Energie- und Wasserversorgung	3,4	0,8	2,3	3,6	2,9	−1,3	−3,3	0,5
Baugewerbe	−13,3	−5,2	−5,1	−5,7	−9,1	−2,8	1,8	0,8
Dienstleistungsbereiche	2,4	2,3	0,6	0,5	0,2	2,4	1,2	0,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,6	2,4	0,4	2,4	−2,2	4,5	−0,2	1,7
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	2,9	0,7	1,6	−0,5	−1,5	3,6	−3,6	1,0
Gastgewerbe	2,7	−5,9	−0,5	1,9	2,7	2,0	−1,4	−0,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,2	7,3	−1,3	6,9	−4,3	6,6	5,1	3,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstl.	6,3	4,5	2,1	0,0	2,6	3,3	3,8	1,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	−4,9	3,2	−10,0	−5,4	−2,2	3,4	10,5	−3,0
Vermietung, Unternehmensdienstleister	7,8	4,7	3,7	0,8	3,3	3,3	3,0	1,8
Öffentliche und private Dienstleister	−0,6	0,5	−0,5	−0,2	−0,4	0,4	−0,3	−0,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	−0,6	0,9	−1,2	−2,8	−2,2	−1,4	0,4	−0,9
Erziehung und Unterricht	−0,4	−0,1	−2,4	1,3	0,1	−0,4	−6,0	−6,2
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	0,6	4,4	2,1	1,0	2,9	3,0	2,9	2,5
Sonstige öffentliche und private Dienstleister	−2,6	−5,3	−0,5	0,4	−3,0	0,4	1,2	1,3
Häusliche Dienste	6,6	2,2	5,5	5,9	0,3	2,2	1,7	4,4
Bruttowertschöpfung insgesamt	1,2	1,4	0,8	2,1	0,3	3,3	2,9	1,2
Erwerbstätige	*Veränderung gegenüber Vorjahr in %*							
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	−5,0	−3,1	−2,3	−1,1	−6,9	−3,4	1,2	1,0
Produzierendes Gewerbe	−5,6	−5,3	−3,2	−1,8	−2,4	0,2	2,5	1,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	−2,1	−0,7	−0,9	0,3	−1,1	−1,1		
Verarbeitendes Gewerbe	0,8	−0,6	−1,1	−0,3	−0,7	1,0	3,6	2,9
Energie- und Wasserversorgung	−4,1	−2,4	−1,2	−4,2	−2,4	−2,8		
Baugewerbe	−13,3	−12,2	−6,9	−4,2	−5,4	−1,0	0,9	−1,7
Dienstleistungsbereiche	0,2	−0,1	−0,4	0,9	0,0	1,0	1,4	0,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	−1,2	−1,5	−0,9	0,9	−1,6	−0,1	1,5	0,3
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	−2,2	−1,8	−1,1	0,4	−1,8	−0,5		
Gastgewerbe	1,1	0,8	0,2	3,1	0,3	1,2		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	−0,6	−2,6	−1,2	0,4	−2,5	−0,1		
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstl.	2,6	1,4	2,0	3,4	0,2	4,8	4,4	2,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	−1,1	−0,9	−1,5	−1,1	−2,8	−1,3		
Vermietung, Unternehmensdienstleister	3,3	1,9	2,6	4,2	0,7	5,9		
Öffentliche und private Dienstleister	0,3	0,4	−0,9	−0,1	1,1	0,1	0,1	0,2
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	−0,6	−0,4	−2,0	−3,5	−0,6	−1,8		
Erziehung und Unterricht	−1,0	0,3	−2,3	−0,3	−0,1	0,2		
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2,3	2,5	1,6	1,6	2,9	1,5		
Sonstige öffentliche und private Dienstleister	−0,6	−1,7	−2,1	2,3	2,2	0,2		
Häusliche Dienste	8,7	1,9	4,8	3,9	−1,2	3,5		
Erwerbstätige insgesamt	−1,6	−1,6	−1,2	0,1	−0,8	0,6	1,7	0,8

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2009).

Tabelle A2:
Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (ohne Berlin) und ausgewählte Nachfragekomponenten 1991 und 2001 bis 2008

	1991	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mio. Euro (jeweilige Preise)								
Bruttoinlandsprodukt	107 253	240 379	247 021	250 671	257 541	258 796	268 625	280 874	289 554
Privater Konsum	96 841	174 367	174 548	175 773	176 696	177 336	180 407	181 677	184 420
Staatskonsum	41 429	67 240	68 372	68 623	67 517	67 162	67 289	67 206	67 928
Anlageinvestitionen	46 214	65 035	56 629	55 512	55 621	53 583	55 188	58 263	59 842
Neue Ausrüstungen[a]	20 010	26 061	21 557	20 419	22 589	22 341	24 839	25 722	26 179
Neue Bauten	27 033	40 719	36 740	36 497	34 612	32 757	32 063	34 352	35 521
Inlandsverwendung[b]	184 484	306 643	299 550	299 908	299 833	298 080	302 884	307 146	312 190
Saldo[c]	−77 231	−66 263	−52 529	−49 237	−42 292	−39 284	−34 259	−26 272	−22 636
	Anteile am BIP in %								
Bruttoinlandsprodukt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Privater Konsum	90,3	72,5	70,7	70,1	68,6	68,5	67,2	64,7	63,7
Staatskonsum	38,6	28,0	27,7	27,4	26,2	26,0	25,0	23,9	23,5
Anlageinvestitionen	43,1	27,1	22,9	22,1	21,6	20,7	20,5	20,7	20,7
Neue Ausrüstungen[a]	18,7	10,8	8,7	8,1	8,8	8,6	9,2	9,2	9,0
Neue Bauten	25,2	16,9	14,9	14,6	13,4	12,7	11,9	12,2	12,3
Inlandsverwendung[b]	172,0	127,6	121,3	119,6	116,4	115,2	112,8	109,4	107,8
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (preisbereinigt, verkettet, Basis 2000 = 100)								
Bruttoinlandsprodukt		0,9	1,2	0,7	1,7	0,1	3,3	2,5	1,1
Privater Konsum		0,6	−0,7	−0,7	−0,7	−1,3	0,3	−1,1	−0,8
Staatskonsum		−1,3	−0,3	−0,8	−2,6	−1,1	−0,7	−0,8	−0,6
Anlageinvestitionen		− 16,8	− 12,2	− 1,1	− 0,4	− 3,9	2,0	2,8	1,5
Neue Ausrüstungen[a]		− 15,6	− 16,1	− 3,2	11,1	− 0,4	12,3	5,0	3,0
Neue Bauten		− 16,8	− 9,5	− 0,7	− 6,3	− 6,2	− 4,5	0,9	0,2
Inlandsverwendung[b, d]		− 4,2	− 3,1	− 0,8	− 1,1	− 1,8	0,4	−0,2	−0,3

[a] Einschließlich sonstiger Anlagen. – [b] Summe der ausgewiesenen Verwendungsaggregate: privater Konsum, Staatskonsum und Anlageinvestitionen, d. h. Inlandsverwendung ohne Vorratsveränderungen. – [c] Saldo aus Inlandsverwendung (ohne Vorratsveränderungen) und Bruttoinlandsprodukt. – [d] Die durch Verkettung der Volumenwerte entstehenden Differenzen wurden nicht bereinigt.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2009); Schätzung des privaten Konsums für 2008 und der übrigen Nachfrageaggregate für 2007 bzw. 2008 durch das IWH.

Tabelle A3:
Warenexport der Neuen Bundesländer nach Regionen

	2008		2006	2007	2008
	in Mio. Euro	*Anteil in %*	*Veränderung gegenüber Vorjahr in %*		
Ausfuhr insgesamt	64 941	100,0	21,4	17,7	7,7
Europa	48 617	74,9	23,0	19,8	6,8
darunter: Europäische Union (EU-15)	29 297	45,1	18,0	18,3	1,7
darunter:					
Frankreich	4 981	7,7	12,9	37,5	6,5
Italien	3 974	6,1	7,9	23,4	−2,0
Großbritannien	4 006	6,2	34,9	11,2	−3,4
Niederlande	3 198	4,9	17,9	11,6	3,1
Österreich	2 955	4,6	19,0	13,5	7,2
darunter: Neue EU-Länder[a]	11 562	17,8	37,1	23,4	13,3
Estland	77	0,1	27,8	9,9	5,2
Lettland	119	0,2	95,3	19,8	−22,7
Litauen	179	0,3	25,9	45,3	2,9
Polen	5 751	8,9	44,0	24,9	21,3
Tschechien	3 118	4,8	32,7	21,3	7,1
Slowakei	909	1,4	36,1	40,6	13,7
Ungarn	1 111	1,7	26,4	11,0	0,3
Slowenien	299	0,5	14,3	27,7	21,2
Russland	2 515	3,9	42,9	28,0	40,1
Amerika	5 947	9,2	−0,9	4,4	12,1
darunter: USA	4 211	6,5	−5,4	0,1	9,5
Asien	8 609	13,3	33,2	17,8	7,7
darunter: Südostasien[b]	2 019	3,1	22,7	28,7	−15,9
Japan	678	1,0	17,4	3,5	13,7
China	2 194	3,4	46,0	26,2	20,0
Übrige Länder	1 768	2,7	24,7	7,4	16,9

[a] Ohne Malta und Zypern. – [b] Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Republik Korea.

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Berechnungen des IWH.

Tabelle A4:
Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe im Jahr 2000, 2005 und 2006: ausgewählte Länder im Vergleich mit den Neuen Bundesländern

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer[a]			Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen[a]			Lohnstückkosten[b]		
	2000[c]	2005	2006	2000[c]	2005	2006	2000[c]	2005	2006
Verarbeitendes Gewerbe									
Neue Bundesländer (VGR)	27 992	30 416	31 433	36 947	47 745	50 863	75,8	63,7	61,8
Neue Bundesländer (Unternehmensstatistik)	28 965	31 925	32 463	47 200	57 569	58 156	61,4	55,5	55,8
Bulgarien	2 006	2 427	2 566	2 974	4 974	5 394	67,4	48,8	47,6
Tschechien	6 716	9 849	11 100	10 711	16 769	19 562	62,7	58,7	56,7
Ungarn	5 743	10 361	10 379	12 398	21 141	22 069	46,3	49,0	47,0
Polen	5 617	7 604	8 921	10 483	19 526	17 538	53,6	38,9	50,9
Rumänien	2 081	3 377	4 107	3 505	5 632	7 001	59,4	60,0	58,7
Slowakei	4 741	7 710	8 559	7 438	14 494	16 837	63,7	53,2	50,8
Slowenien	14 164	17 176	17 828	17 411	24 913	27 266	81,4	68,9	65,4
Baugewerbe									
Neue Bundesländer (VGR)	22 541	23 898	24 393	26 177	28 494	28 721	86,1	83,9	84,9
Bulgarien	2 862	2 242	2 355	3 003	4 645	5 698	95,3	48,3	41,3
Tschechien	6 036	9 780	10 955	6 158	11 077	13 450	98,0	88,3	81,4
Ungarn	4 320	6 703	7 085	7 926	9 923	9 839	54,5	67,6	72,0
Polen	5 813	6 576	8 086	7 395	11 171	13 302	78,6	58,9	60,8
Rumänien	2 094	3 209	3 761	3 161	5 112	6 523	66,2	62,8	57,7
Slowakei	4 515	6 800	7 845	4 686	11 756	13 707	96,3	57,8	57,2
Slowenien	12 494	17 653	15 226	12 984	18 097	19 781	96,2	97,5	77,0

[a] Niveau in jeweiligen Preisen. – [b] Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)*100. – [c] Tschechien: Verarbeitendes Gewerbe 2001, Polen: 1998, Slowenien: 2002.

Quellen: Eurostat: Strukturelle Unternehmensstatistik; Statistisches Bundesamt: Kostenstrukturerhebung; Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: März 2009); Berechnungen des IWH.

Tabelle A5:
Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands (ohne Berlin) 2006 bis 2008

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer[a]	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen[a]	Lohnstückkosten[b]
	in Euro		
Verarbeitendes Gewerbe			
2006	31 433	50 863	61,8
2007	32 125	54 379	59,1
2008	32 493	55 038	59,0
Baugewerbe			
2006	24 393	28 721	84,9
2007	25 130	30 640	82,0
2008	25 637	32 668	78,5
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2006	20 728	31 975	64,8
2007	20 953	31 854	65,8
2008	21 477	33 134	64,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister			
2006	24 361	74 751	33,0
2007	24 897	73 960	32,6
2008	25 432	74 445	33,7
Unternehmen insgesamt[c]			
2006	25 002	46 854	53,4
2007	25 515	48 090	53,1
2008	26 057	49 344	52,8
	Westdeutschland[d] = 100		
Verarbeitendes Gewerbe			
2006	67,2	75,9	88,5
2007	67,5	76,8	87,9
2008	67,1	78,2	85,8
Baugewerbe			
2006	79,6	73,4	108,5
2007	80,7	73,4	110,0
2008	80,9	72,0	112,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2006	75,7	81,6	92,7
2007	75,7	80,9	93,6
2008	75,5	81,2	93,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister			
2006	69,2	77,8	89,7
2007	69,4	77,3	89,0
2008	69,7	77,6	89,8
Unternehmen insgesamt[c]			
2006	69,9	75,8	92,2
2007	70,3	76,1	92,3
2008	70,3	77,0	91,4

[a] Niveau in jeweiligen Preisen. – [b] Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)*100. – [c] Ohne private Dienstleister. – [d] Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: März 2009); Berechnungen des IWH.

Tabelle A6:
Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands[a]
- in 1 000 Personen -

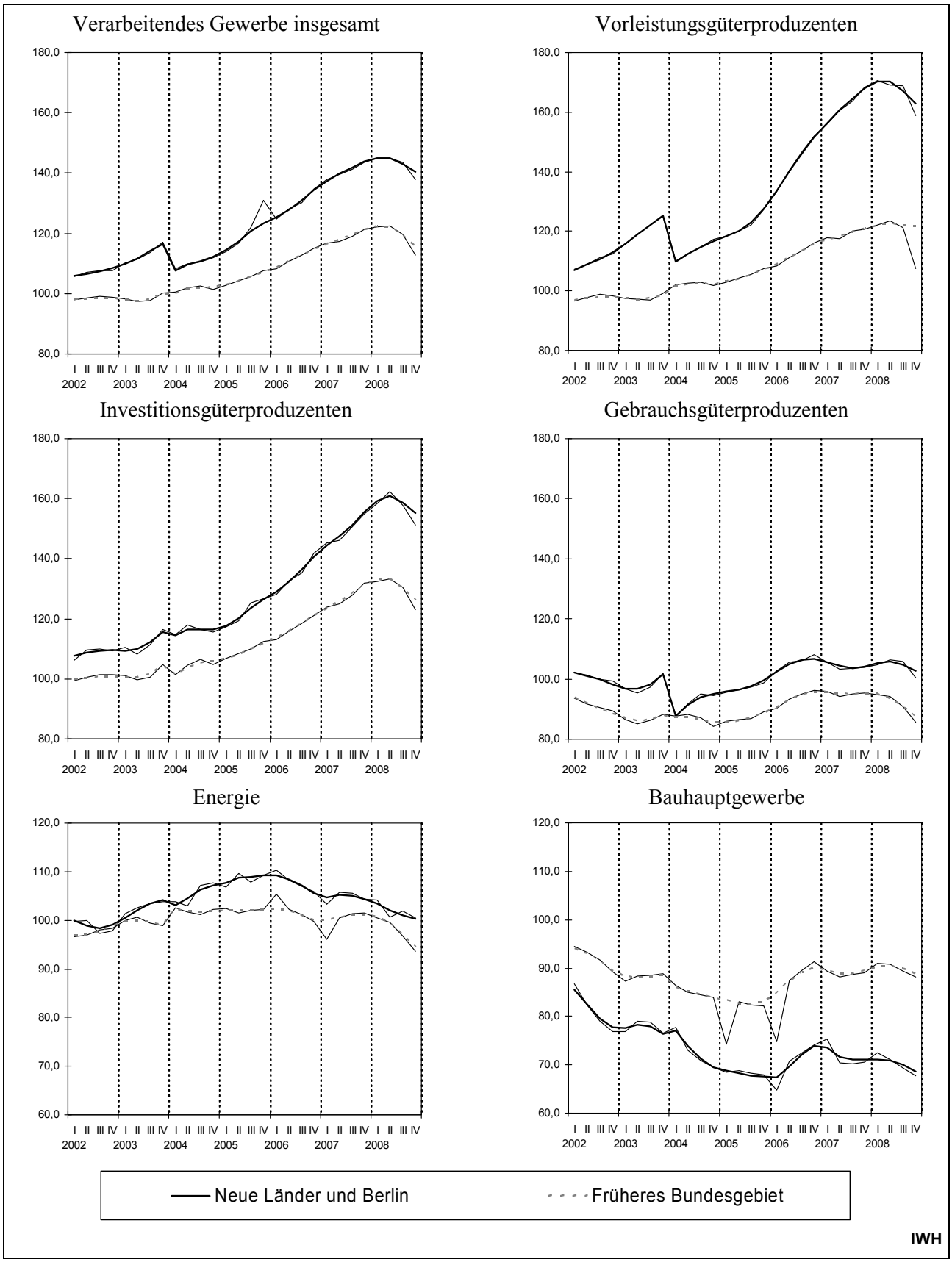
	NBL					ABL
	2004	2005	2006	2007	2008	2008
Erster Arbeitsmarkt	157	177	134	125	112	272
Empfänger direkter Eingliederungshilfen[b]	127	114	51	58	78	131
Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Programmen	30	63	83	67	44	141
Personal-Service-Agenturen (PSA)	3	8	1	1	0	5
Förderung der Selbstständigkeit[c]	27	55	82	66	44	136
Zweiter Arbeitsmarkt	91	99	160	140	139	223
Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	90	80	35	26	25	16
Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“	1	14	1			
„Zusatzjobs“		5	124	114	114	207
Teilnehmer an Maßnahmen insgesamt	248	276	294	265	251	495
Anteil[d] in %	4,4	4,9	5,2	4,6	4,3	1,5
Nachrichtlich: Erwerbstätige (Inland)	5 656	5 609	5 646	5 741	5 786	34 102

[a] Ostdeutschland ohne Berlin. – [b] Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschüssen für Ungelernte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bzw. JUMP+ sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – [c] Ich-AGs, Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit), Gründungszuschuss. – [d] Anteil der Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt an den Erwerbstätigen (Inland). NBL: Neue Bundesländer; ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2009); Berechnungen des IWH.

Übersicht 1: Produktionsindex im Produzierenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands[a]

- 2000 = 100; kalender- und saisonbereinigte Werte sowie Trend-Konjunktur-Komponente -

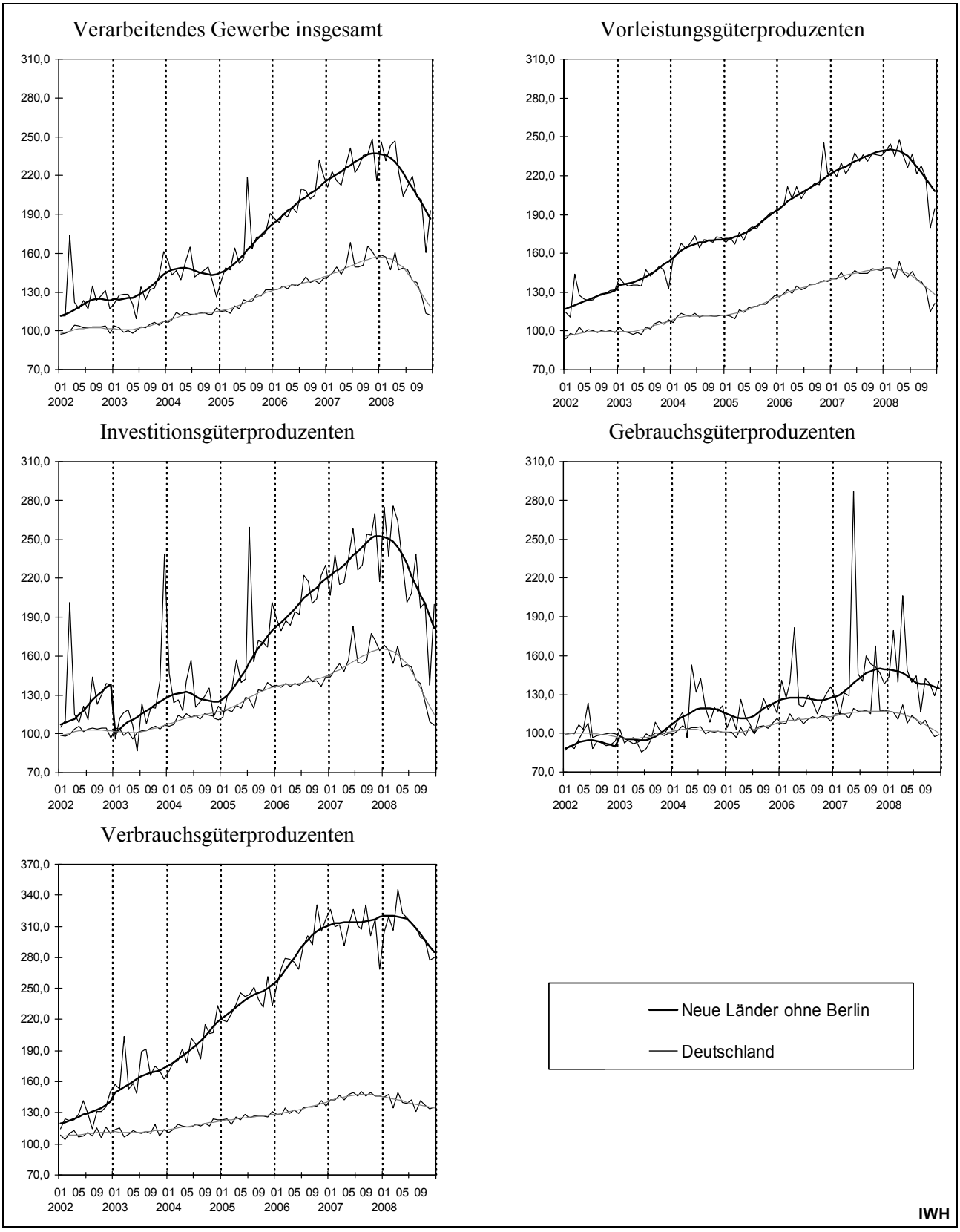


[a] Ostdeutschland bis 2003 mit Berlin-Ost, ab 2004 mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Übersicht 2: Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands[a]

- 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -

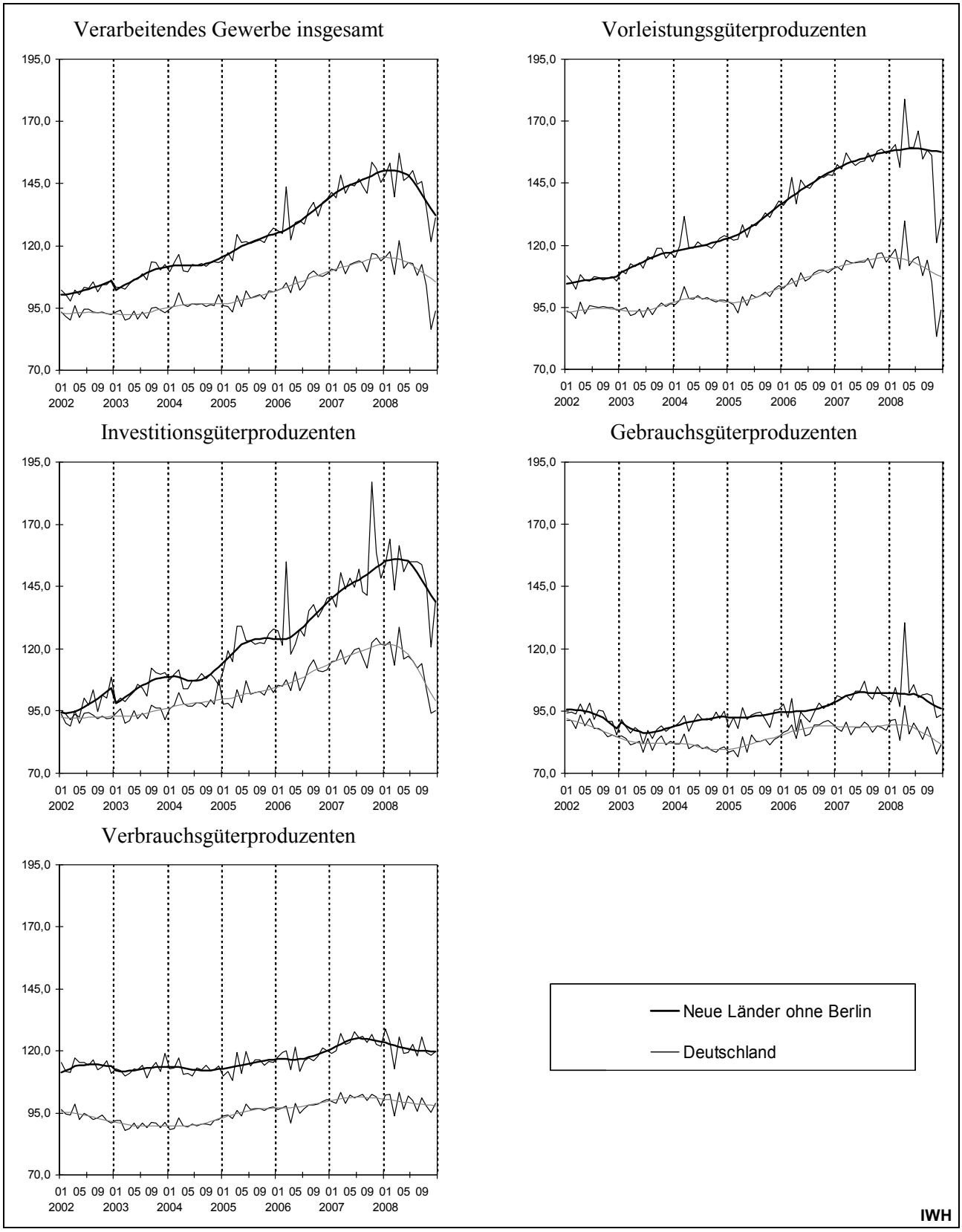


[a] Ostdeutschland bis 2002 mit Berlin-Ost, ab 2003 ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Übersicht 3: Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands[a]

- 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -

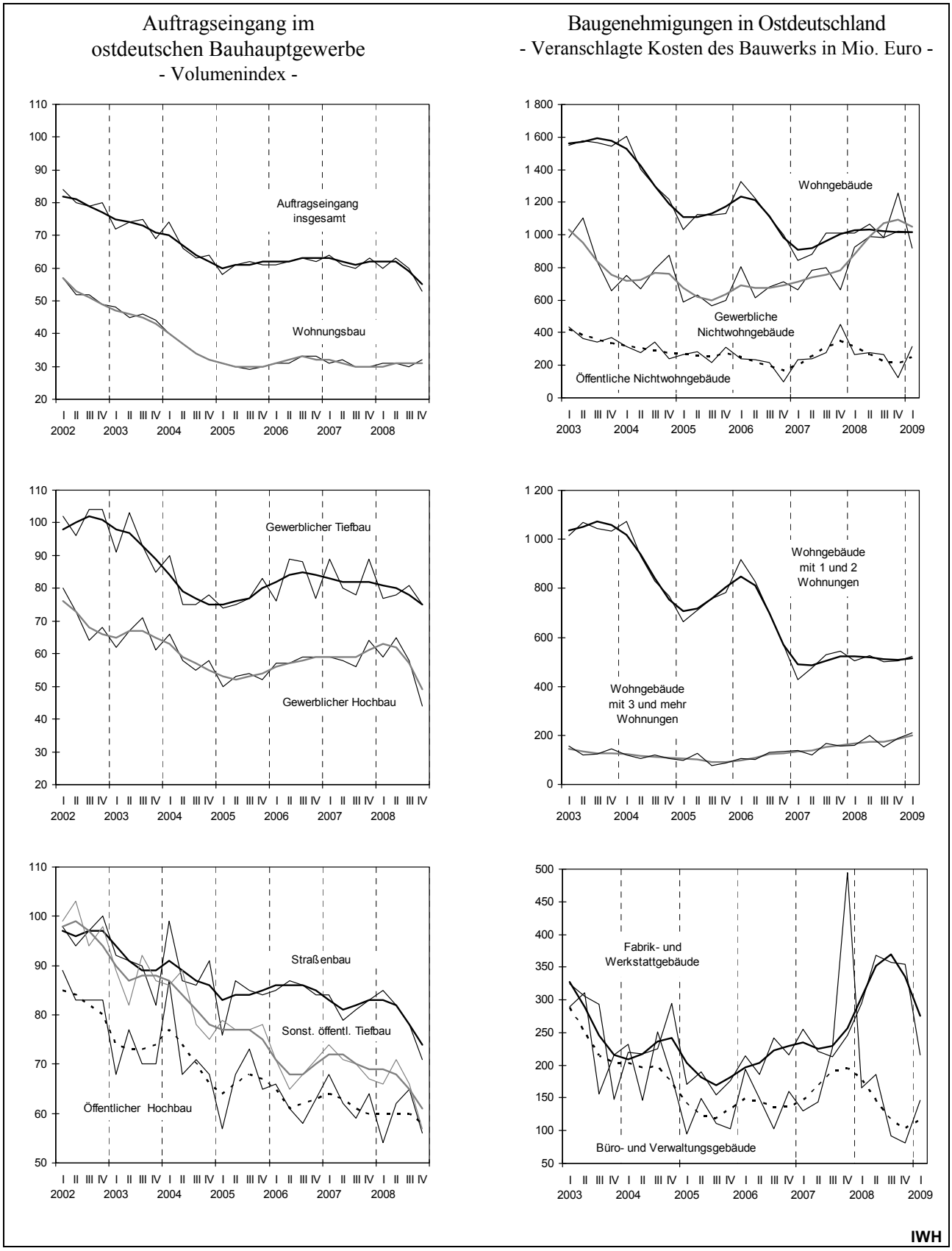


[a] Ostdeutschland bis 2002 mit Berlin-Ost, ab 2003 ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Übersicht 4: Auftragseingang im Bauhauptgewerbe und Baugenehmigungen in Ostdeutschland[a]

2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -

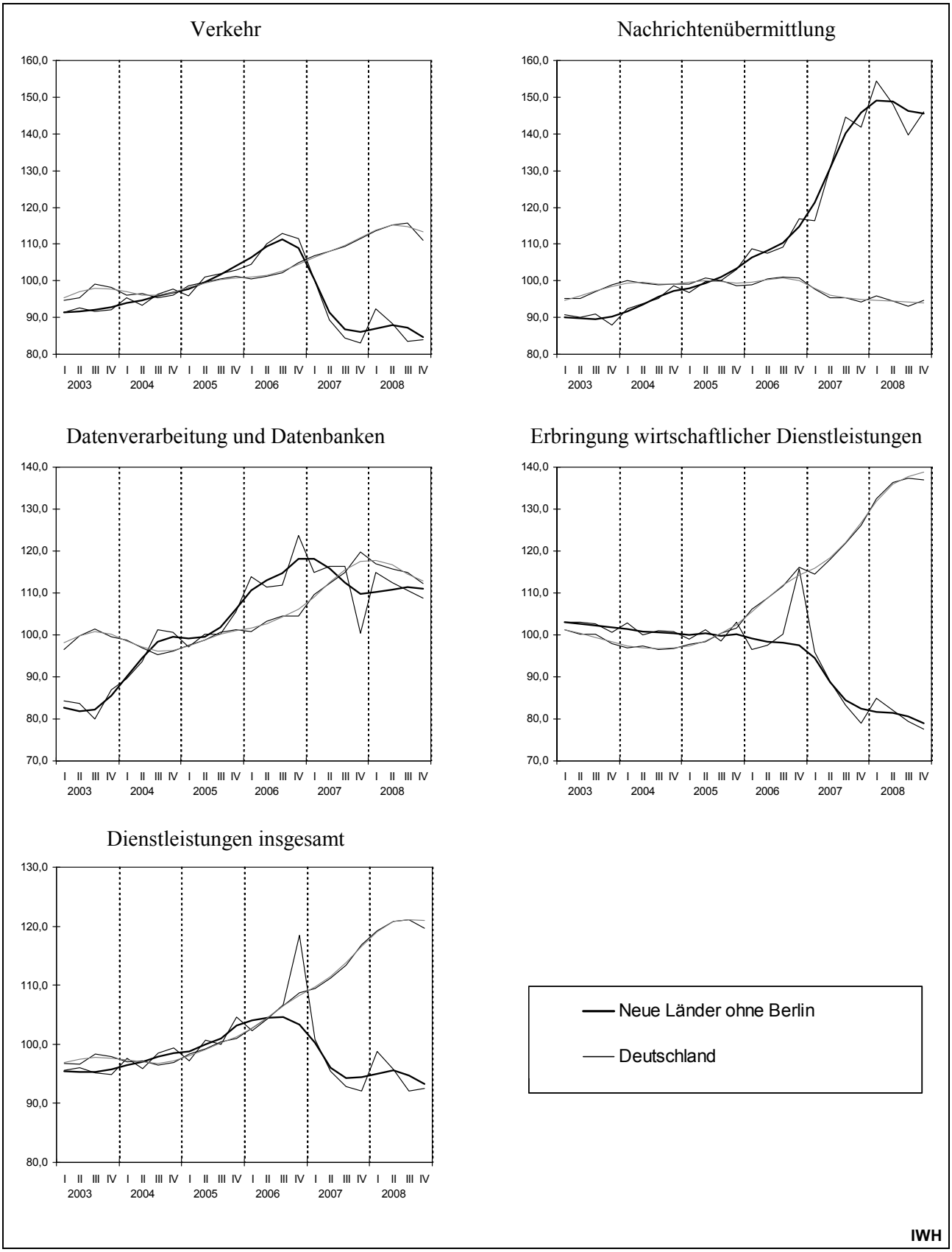


[a] Ostdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Übersicht 5: Umsatzentwicklung im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie bei Unternehmensdienstleistern

- Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in % -



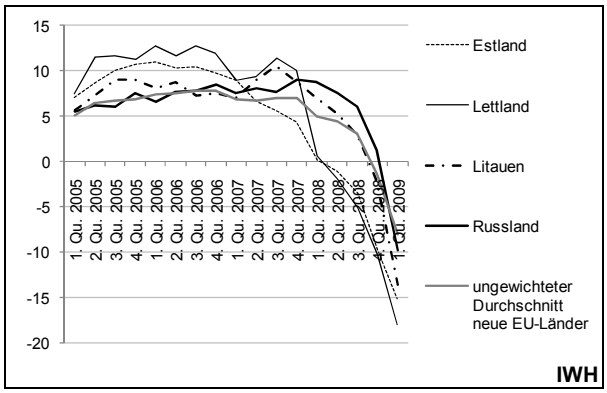
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Russland: Transformationsopfer oder Finanzkrisenopfer?

Der Rohstoffsektor als (Brand-)beschleuniger

Russland hat seit Überwindung seiner Finanzkrise im Sommer 1998 fast zehn Jahre lang ein kräftiges Wirtschaftswachstum erzielt. Im Jahr 2007 erreichte die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) mehr als 8%. Einen wesentlichen Beitrag dazu lieferte der Rohstoffsektor, insbesondere die Exporte von Rohöl und Erdgas zu den seit 2002 steigenden Weltmarktpreisen. Als Mitte 2008 die überhöhten Weltmarktpreise zu verfallen begannen, schwächte sich auch das Wirtschaftswachstum in Russland abrupt ab. Nur die guten Ergebnisse im ersten Halbjahr 2008 trugen dazu bei, dass die Wachstumsrate des BIP für das Gesamtjahr noch 5,6% erreichte. Im ersten Quartal 2009 dagegen kam das volle Ausmaß der Wirtschaftskrise zum ersten Mal zum Vorschein: Das reale BIP sank um nahezu 10% gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres. Damit verzeichnet Russland nach den baltischen Ländern unter allen Transformationsländern die stärksten Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1:
Absturz in Osteuropa
- Veränderungsraten des realen BIP in % gegenüber Vorjahresquartal -



Quellen: Statistische Ämter der Länder; Darstellung des IWH.

Auf den ersten Blick scheinen dafür die Ansteckungseffekte verantwortlich zu sein, die von der globalen Krise über den Preisverfall bei Erdöl ausgehen. Doch diese zunächst einleuchtende Erklärung hält einem zweiten Blick nicht unbedingt stand: Vergleicht man Russland mit anderen Ländern, deren Wirtschaftsleistung stark vom Erdölexport abhängig ist, so fällt der Wachstumseinbruch hier stärker aus. Norwegen zum Beispiel, dessen Exporteinnahmen ca. 18% seines BIP (2007) stellten, verzeichnete im ersten Quartal 2009 nur einen Rückgang seines realen BIP um einen Prozentpunkt. Der Anteil der Exporteinnahmen am russischen BIP betrug dagegen mit 11% weniger, doch der BIP-Rückgang fiel weit stärker aus.[38] Und noch ein anderer Aspekt muss berücksichtigt werden: Mit dem Ziel, die Bedienung der damals sehr hohen Auslandsschulden zu sichern, hatte die russische Regierung nach der Finanzkrise 1998 einen Fonds geschaffen, in den ein großer Teil der Erdöleinnahmen floss. Dieser Stabilisierungsfonds (seit Anfang 2008 zweigeteilt in einen Reserve- und einen nationalen Wohlstandsfonds) sollte als Sicherheitspolster dazu dienen, interne und externe Schocks abzufedern und außerdem eine zu hohe Aufwertung des Rubel zu verhindern. Insofern gleicht dieser Fonds dem norwegischen Vorbild, mit dem die Problematik der Holländischen Krankheit (*dutch desease*)[39] vermieden werden sollte. Der Fonds hatte Ende 2007 einen Umfang von ca. 160 Mrd. US-Dollar erreicht. Der Ölpreisverfall wäre also zu einem Großteil über diesen Fonds abgefangen worden.

Der gravierende Rückgang der Wirtschaftsleistung Russlands kann daher nicht überwiegend oder gar allein durch den Ölpreisverfall erklärt werden. Die nachfolgende Studie stellt einen anderen Übertragungskanal in den Vordergrund. Sie wird Hinweise liefern, wonach die Ansteckung Russlands mit dem Virus der Weltfinanzkrise über die hohe und kurzfristige Direktverschuldung des Unternehmenssektors im Ausland erfolgte. Darin liegt der Unterschied zu den anderen Transformationsländern, in denen sich die Ansteckung vorrangig über den inländischen Bankensektor vollzog.[40] Hinter diesem Phänomen steht die spezifische Transformation Russlands zu einer Marktwirtschaft. Die hier vorgestellte These lautet, dass die Schwere der Krise in Russland mit den Folgen der Transformation eines rohstoffreichen, aber relativ armen Landes (niedriges Pro-Kopf-Einkommen) zusammen-

[38] Berechnungen des IWH anhand von IWF-Statistiken sowie anhand der Berichte der statistischen Zentralämter beider Länder.

[39] Unter Holländischer Krankheit versteht man negative Einflüsse hoher Rohstoffexporte auf das langfristige Wachstum der einheimischen Wirtschaft (u. a. durch Aufwertungstendenzen der einheimischen Währung).

[40] Vgl. GABRISCH, H.: Die neuen EU-Länder am Abgrund: Was tun?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2009, S. 123-131.

hängt. Eine derartige Ausgangslage bietet Möglichkeiten zur Abschöpfung enormer Rohstoffrenten im Privatisierungsprozess. Das Ausmaß von Rent-Seeking-Verhalten machte den Unterschied zu anderen Transformationsländern aus. Dadurch wurden jene Strukturen im finanziellen und nicht finanziellen Sektor geschaffen, die die besondere Anfälligkeit der russischen Wirtschaft gegenüber einer Ansteckung durch die Weltfinanzkrise begründen. Diese Hypothese kann anhand eines kurzen Rückblicks auf die spezifisch russische Transformation, eines Blicks auf die Besonderheiten des russischen Finanz- und Bankensystems sowie auf die Finanzierung des Unternehmenssektors genauer dargestellt und mit wenigen Daten belegt werden. Die Analyse schließt mit einer Einschätzung des Handlungspotenzials der Regierung und mit einem Ausblick.

Kasten:
Direktverschuldung

> Eine Direktverschuldung der Unternehmen im Ausland findet dann statt, wenn eine Unternehmensfinanzierung über den inländischen Kreditmarkt (auch bei den im Inland tätigen Töchtern ausländischer Kreditinstitute) nur teuer oder gar nicht möglich ist. Die Kreditvermittlung kann zwar im Inland erfolgen, die Unternehmen bekommen Kredite jedoch direkt bei den ausländischen Geldgebern in der jeweiligen Landeswährung. Dadurch werden die Rückzahlungen derartiger Kredite sehr empfindlich gegenüber den Wechselkursschwankungen.

Rent Seeking beeinflusst Transformationsweg

Zu Beginn seiner Transformation war Russland eine rohstoffreiche Planwirtschaft mit einem Pro-Kopf-Einkommen, das deutlich unter dem von marktwirtschaftlichen Industrieländern lag.[41] Gleichwohl war das Ausmaß der Energieverschwendung – gemessen am Pro-Kopf-Verbrauch – höher.[42] Gerade dies machte es so schwer, mit einer der damals üblichen Schocktherapien die Energiepreise zu liberalisieren und den Energiesektor zu privatisieren. In der Tat verzichtete das Konzept des liberalen Reformers *Yegor Gajdar* auf beides, nicht zuletzt, weil die Freigabe der Energiepreise im Inland angesichts des niedrigen Einkommensniveaus und der dramatischen Einkommensumverteilung im Zuge der Gorbatschow'schen Reformen als riskanter Schritt im Hinblick auf die soziale Stabilität angesehen wurde. Die Ansätze einer Dezentralisierung der Wirtschaft („Perestrojka") hatten ungeahnte Voraussetzungen für die damaligen politischen und wirtschaftlichen Eliten geschaffen, die nunmehr signifikante Differenz zwischen inländischem und Weltmarktpreis für Rohstoffe, insbesondere Öl und Gas, auszubeuten, denn der Außenhandel war liberalisiert worden. Während die hohen *sunk costs* in Form von Investitions- und Instandhaltungsausgaben vom Staatshaushalt getragen wurden, ließen sich durch den Ankauf von Rohstoffen zu inländischen Preisen und ihren Weiterverkauf zu Weltmarktpreisen enorme Gewinnmargen erzielen.

Diese Gewinne wurden von ihren Eigentümern nicht zuletzt auch politisch zum Aufbau jener Strukturen im Finanz- und Unternehmenssektor eingesetzt, wie sie auch heute noch typisch für Russland sind. Wie später gezeigt wird, erfüllt der Finanzsektor seine Rolle im Hinblick auf die Akkumulation und Vermittlung des Investitionskapitals für den realwirtschaftlichen Sektor auch nach 17 Jahren noch nicht effektiv. Die Realwirtschaft ist durch eine auffällig hohe Unternehmenskonzentration in den so genannten „strategischen" Märkten gekennzeichnet, die auf die Privatisierungen in der Jelzin-Ära und die Zielsetzungen der politischen Elite in den vergangenen Jahren zurückzuführen sind. Darüber hinaus fällt eine für westliche Industrieländer ungewöhnlich enge Verflechtung der wirtschaftlichen Strukturen mit der Politik auf. Wie die aktuelle Finanzkrise zeigt, wirken sich diese transfomationsspezifischen Faktoren auf die makroökonomische Stabilität des Landes nachteilig aus und erhöhen seine Anfälligkeit für eine folgenträchtige Ansteckung durch die Weltfinanzkrise.

Finanzierung erfolgt in Russland wie in allen Transformationsländern über Kreditvergabe durch den Bankensektor. Das institutionelle und reformpolitische Chaos der Jelzin-Ära wirkte sich jedoch nachteilig auf die Entwicklung des Bankensystems als monetärer Intermediär aus. Die schnelle Privatisierung der staatseigenen Unternehmen unter dem ersten Ministerpräsidenten der Reform-Ära, *Yegor*

---

41 1991 betrug das Pro-Kopf-Einkommen nach Kaufkraftparitäten etwa 35% desjenigen in den USA. Vgl. WIIW: Current Analyses and Forecasts – Economic Prospects for Central, East and Southeast Europe 3/2009, Table A/1, p. 114.

42 Der Pro-Kopf-Verbrauch von Energie lag in den 80er Jahren etwa 20% über dem anderer Länder des damaligen Ostblocks – wohl gerade weil die sowjetische Planwirtschaft ausreichend Energiereserven zur Verfügung hatte. Vgl. GABRISCH, H.: Die Elektrizität- und Brennstoffwirtschaft im RGW-Raum unter besonderer Berücksichtigung des Energieverkehrs mit Österreich, 1988, Tabelle 8, S. 102.

Gajdar, und die fehlenden Finanzierungs- sowie Investitionsmöglichkeiten für privatisierte Unternehmen führten zur Gründung einer unübersichtlichen Vielzahl kleiner, nicht regulierter, unternehmenseigener Banken, deren Kapital aus den erzielten hohen Rohstoffrenten stammte (so genannte Pocket-Banken). Die fehlende Regulierung des Bankensektors machte diesen anfällig gegenüber der hausgemachten Finanzkrise von 1998. Zu einer ersten Konsolidierung und Regulierung kam es erst infolge dieser Krise.[43] Sie erschütterte jedoch das Vertrauen aller Wirtschaftsakteure in das Bankensystem nachhaltig.

Als Folge der Konsolidierung wurden einige institutionelle Schwächen des Bankensystems schrittweise behoben. Zu den Maßnahmen gehörte zum Beispiel die Einführung eines Einlagesicherungssystems im Jahr 2004 sowie die Verabschiedung diverser Regelwerke für Hypothekarkredite und hypothekenbesicherte Anleihen in den Jahren 2003 bis 2005.[44] Doch die Struktur des Bankensektors (wenige große staatsnahe und viele kleine Kreditinstitute)[45] hat sich in diesem Zeitraum kaum verändert. Nach wie vor gibt es Pocket- bzw. oligarchische Banken, die als allgemeine Finanzdienstleister eines einzelnen Unternehmens oder einer Unternehmensgruppe unter Kontrolle eines Oligarchen fungieren und sich weniger auf die Kreditvergabe spezialisiert haben. Demgegenüber existiert eine große Anzahl kleiner Banken (*retail economy banks)*, die über eine relativ niedrige Kapitalisierung verfügen und regional sowie sektoral auf bestimmte Marktsegmente spezialisiert sind. Die Existenz dieser Banken hängt sehr stark mit der wirtschaftlichen Entwicklung des entsprechenden Sektors oder der Region zusammen. Nur die ehemaligen Staatsbanken wie Sberbank oder Vnesheconombank sowie einige wenige große Regionalbanken wie URALSIB können wegen ihres Bekanntheitsgrads und des stark ausgebauten Filialnetzes Einlagen der Bevölkerung attrahieren. Diese Einlagen stehen der Unternehmensfinanzierung bisher jedoch nur in geringem Maß zur Verfügung. Die Kreditvergabe aller Finanzinstitute an den privaten Sektor, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), hat sich zwar seit 2004 fast verdoppelt, doch die Qualität des Risiko-Managements der Banken hat mit dieser Expansion nicht Schritt gehalten. Auch bei stärker diversifizierten Banken (wie z. B. der Alfa-Bank*)* wird auf die Erstellung von Risikoprofilen mangels Erfahrung und Notwendigkeit weitgehend verzichtet. Stattdessen erfolgt die Kreditvergabe überwiegend an die direkt angebundenen Unternehmen, an deren Partnerunternehmen oder an die Unternehmen in politisch gestützten Wirtschaftsbereichen, in denen das Kreditausfallsrisiko ohne jegliche Risikoanalyse minimiert werden kann. Mittelstand und kleinere Unternehmen haben daher nur eingeschränkte Möglichkeiten, Kredite zur Unternehmensfinanzierung im Inland aufzunehmen.[46] Sie weichen also auf das Ausland aus.

Schließlich stellt das nach wie vor mangelnde Vertrauen der wirtschaftlichen Akteure in das russische Finanzsystem ein Problem dar. Die in den Kreditinstituten akkumulierten Einlagen der Bevölkerung sind sehr gering: Nur ein Drittel der Gesamtbevölkerung unterhält ein Konto bei einer Geschäftsbank (meist bei der Sberbank).[47] Eine starke Fragmentierung des Bankensektors und eine Vielzahl an Kleinstbanken (200 von 1 108 Banken verfügen über 94,3% der Gesamtaktiva des Bankensektors)[48] führen dazu, dass der Interbankenmarkt nicht effektiv ist. Daher greifen selbst die Banken vermehrt auf ausländische Kreditgeber zurück.

Ansteckungsgefahr gering im Bankensektor, aber hoch im Unternehmenssektor

In den Post-Transformationsländern Mittel- und Osteuropas hat sich die starke Abhängigkeit des

[43] Zu den Auswirkungen der Finanz- und Währungskrise von 1998 auf den russischen Finanz- und realwirtschaftlichen Sektor sowie zur darauffolgenden Erholung der russischen Wirtschaft vgl. DIW; IWH; IfW: Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Wachstumsperspektive fehlt weiterhin, Schuldenerlaß keine Lösung. Fünfzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 10/1999. Halle (Saale) 1999.

[44] Vgl. FUNGACOVA, Z.; SOLANCO, L.: Risk Taking by Russian Banks: Do Location, Ownership and Size Matter?, Conference Paper presented at the 10th EACES Conference. Moscow, 28th-30th August 2008, pp. 4-5.

[45] Die Gesamtzahl der registrierten Kreditinstitute mit einer Bankenlizenz betrug zum 1. Februar 2009 1 108, davon fielen 46,9% der Aktiva auf die fünf größten Kreditinstitute (darunter Sberbank, Alfa-Bank und Vnesheconombank). Vgl. THE CENTRAL BANK OF THE RUSSIAN FEDERATION: Obsor Bankovskogo Sektora (Banking Sector Review), March 2009, Table 3 and 6.

[46] Vgl. GNEZDITSKAIA, A.: Russian Banks' Profit Strategies: The Evidence from Various Types of Banks, in: Communist and Post-communist Studies, 2003, No. 36, pp. 163-191.

[47] Vgl. SUERF Workshop and Special OeNB East Jour Fixe, Current Trends in the Russian Financial System, 23th January, 2009.

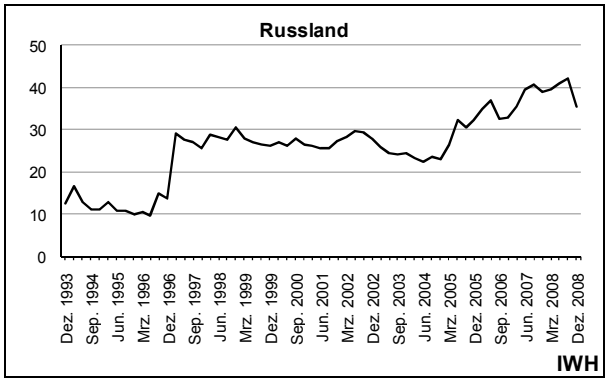
[48] Vgl. THE CENTRAL BANK OF THE RUSSIAN FEDERATION, a. a. O.

Bankensektors von internationalen Banken als einer der wichtigen Übertragungskanäle der Weltfinanzkrise erwiesen. Die Ansteckungsgefahr ist in den Ländern, die Anfang der 90er Jahre ihre Banken mit Hilfe internationaler Banken privatisiert und konsolidiert haben, umso größer, je stärker die Mutterunternehmen der Finanzinstitute in den anderen Ländern von der Krise betroffen sind. Bekommen die Mutterbanken im Zusammenhang mit der Belastung so genannter toxischer Vermögenspapiere oder mit dem Austrocknen des Interbankenmarktes Liquiditätsprobleme, sinkt auch ihre Bereitschaft, den Tochterbanken oder Beteiligungsunternehmen liquide Mittel zur Verfügung zu stellen; selbst ein Abzug von Depositen ist nicht ausgeschlossen. Dadurch wird eine Verknappung bzw. Verteuerung des Kreditangebots in den betroffenen Ländern verursacht.

Russland ist dem Weg der anderen Transformationsländer nicht gefolgt. Während etwa in den baltischen Ländern fast alle inländischen Banken internationalen Banken gehören, standen im Mai 2009 in Russland nur etwa 229 von insgesamt 1 108 Banken unter ausländischem Einfluss, und davon befanden sich nur 80 vollständig in ausländischer Hand.[49] Die Anfälligkeit des Bankensektors kann auch an der Beteiligungsquote ausländischer Banken an der inländischen Kreditvergabe abgelesen werden. Diese Quote ist in Russland in den letzten Jahren zwar kontinuierlich gewachsen (vgl. Abbildung 2), blieb in Relation zu den anderen Transformationsländern Mittel- und Osteuropas jedoch eher gering.[50]

Daher kann erwartet werden, dass die Auswirkungen einer Ansteckung durch Abflüsse aus dem Bankensystem geringer ausfallen und leichter durch die Geldmengensteuerung der Zentralbank kompensiert werden können als in einigen anderen Ländern der Region. Von diesem Übertragungskanal der Krise geht daher offenbar nicht die zentrale Ansteckungsgefahr für die russische Wirtschaft im Vergleich zu anderen Ländern Mittel- und Osteuropas aus. Diese ist eher in der Direktverschuldung des Unternehmenssektors im Ausland zu sehen. Ende Dezember 2008 waren die nicht finanziellen Unternehmen mit 285,8 Mrd. US-Dollar direkt im Ausland verschuldet. Auch wenn der Stand der Direktverschuldung des privaten Sektors im Ausland in absoluten Zahlen seit Mitte 2008 geringfügig (um 15,6 Mrd. US-Dollar) zurückgegangen war, nahm sein Anteil an der gesamten Auslandsverschuldung Russlands stetig von ca. 56% im Juli 2008 auf ca. 60% zum Ende des Jahres 2008 zu. Dabei sind ca. 15% (42,3 Mrd. US-Dollar) dieser Summe bis Ende 2009 fällig, d. h., es handelt sich vorwiegend um kurzfristige Kredite.

Abbildung 2:
Beteiligungsquote internationaler Banken an der inländischen Kreditvergabe in Russland
- Anteile in % -



Quellen: Berechnungen und Darstellung des IWH auf Basis von BIS Quarterly Review, April 2009.

Das Problem der kurzfristigen Verschuldung

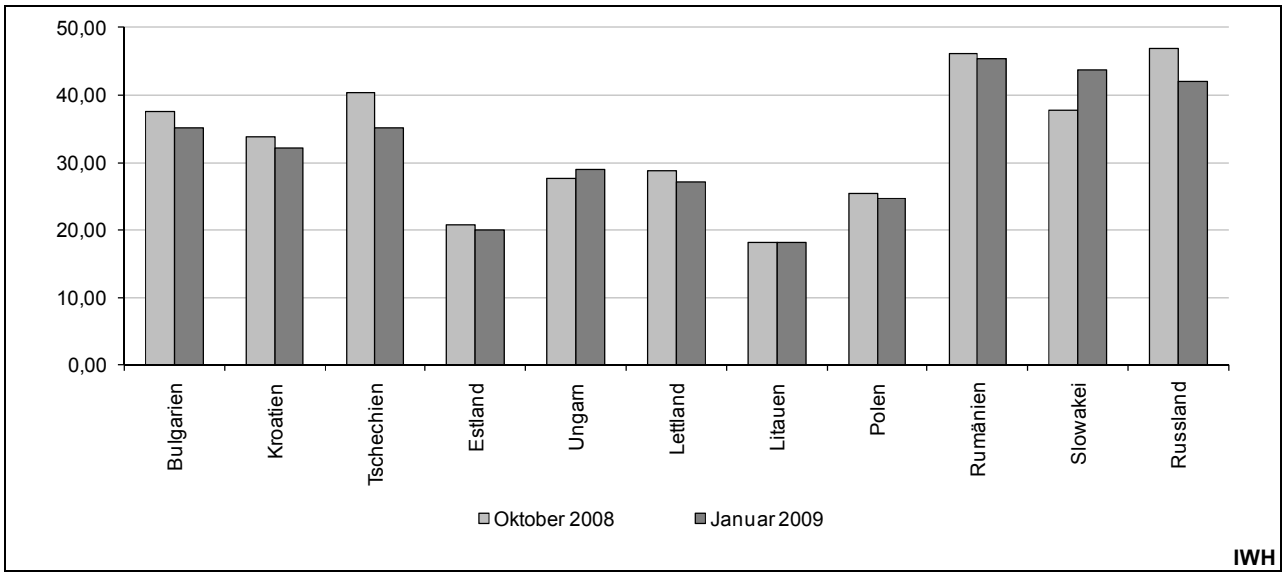
Neben der hohen Direktverschuldung des Unternehmenssektors stellt der hohe Anteil kurzfristiger Schulden aller Sektoren an der gesamten Auslandsverschuldung ein zweites zentrales Problem für Russland dar. Dieser Anteil betrug Ende Juni 2008 47% (vgl. Abbildung 3). Damit stieg die finanzielle Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten schon im Vorfeld der Finanzkrise an. Ein geringer prozentueller Rückgang kurzfristiger Kredite bis Ende 2008 kann durch die Restrukturierung der Verschuldung erklärt werden. Insgesamt bleibt der Anteil jedoch nach wie vor sehr hoch, was sich angesichts anhaltender internationaler Finanzturbulenzen negativ auf die Verfügbarkeit der Unternehmensfinanzierung auswirkt.[51]

[49] Vgl. THE CENTRAL BANK OF THE RUSSIAN FEDERATION: Information on Registration and Licensing of Credit Institutions.

[50] Vgl. GABRISCH, H., 2009, a. a. O.

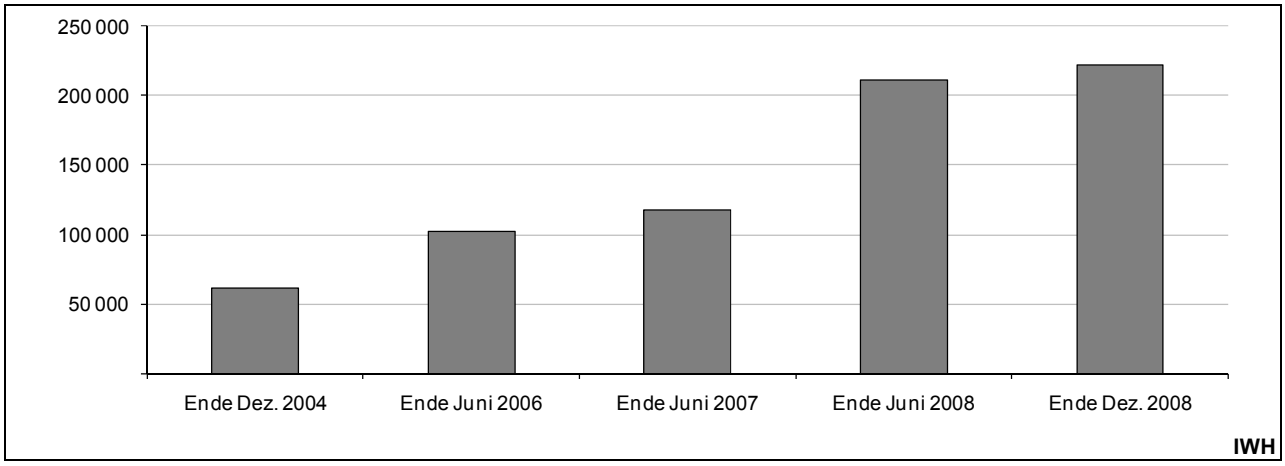
[51] Als Grundlage der Berechnung dient hier nicht die direkte Auslandsverschuldung, die durch die Zentralbank der Russischen Föderation ausgewiesen wird, sondern dienen die Daten der *reporting banks* in BIS Quarterly Review. In den statistischen Angaben der Zentralbank sind auch Forderungen internationaler Organisationen sowie anderer Staaten erhalten. Diese können möglicherweise das Bild der Abhängigkeit Russlands vom internationalen Finanzsektor verzerren.

Abbildung 3:
Anteil der kurzfristigen Kredite (Fälligkeit unter einem Jahr) an der gesamten Summe internationaler Forderungen mittel- und osteuropäischer Transformationsländer im Vergleich mit Russland (direkt und indirekt)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH auf Basis von BIS Quarterly Review, April 2009, Tabelle 6a.

Abbildung 4:
Verbindlichkeiten russischer Kreditinstitute gegenüber ausländischen Banken
- in Mrd. US-Dollar -



Quellen: Berechnungen und Darstellung des IWH auf Basis von BIS Quarterly Review, April 2009, Tabelle 9a.

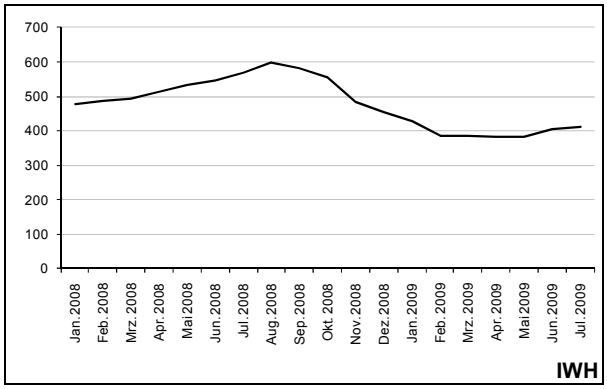
In dieser Hinsicht wird sich Russland nach dem Auslaufen der Kredite größeren Problemen gegenübersehen, wenn diese nicht mehr prolongiert werden. Aus Abbildung 4 wird ersichtlich, dass die Abhängigkeit russischer Kreditinstitute von ausländischen Banken bereits vor der Krise gestiegen ist. Die Abwertung des russischen Rubel Ende Januar 2009 hat die Abhängigkeit von internationalen Finanzströmen sogar noch verstärkt. Die Abwertung verteuert nicht nur die Bedienung der im Ausland aufgenommenen Kredite, sondern lässt auch die Beteiligungsquote der ausländischen Kreditgeber an der inländischen Kreditvergabe ansteigen. Diese Effekte brachten Russlands Erholung in den kommenden Monaten noch stärker in die Abhängigkeit von der Gesamtentwicklung der globalen Finanzmärkte.

Spielraum der Zentralbank

Vor diesem Hintergrund befindet sich die Zentralbank in einem Dilemma: Bis Anfang 2009 hatte sie den russischen Rubel gegen den seit Herbst 2008 wachsenden Abwertungsdruck gestützt, was zu ei-

nem schnellen Abschmelzen der Währungsreserven führte (vgl. Abbildung 5). Im Januar 2009 wurde der Druck auf den Rubel jedoch so stark, dass die Zentralbank eine Abwertung gegenüber US-Dollar und Euro um ca. 20% zuließ. Die Abwertung des Rubel verteuert indes den Schuldendienst jener Unternehmen, die nicht über Exporteinnahmen verfügen. Hinzu kommt, dass die sinkenden Vermögenspreise die Umschuldung auslaufender Kredite erschweren und eine zunehmend restriktive Kreditvergabe der inländischen Banken die Finanzierungs- bzw. Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen zusätzlich verringert. Die Zentralbank entschied sich, ihre geldpolitischen Prioritäten in Richtung einer Bereitstellung zusätzlicher Liquidität für den Bankensektor zu ändern.

Abbildung 5:
Reserven der russischen Zentralbank
- in Mrd. US-Dollar -



Quellen: The Central Bank of the Russian Federation; Darstellung IWH.

Aktuell ist geplant, dass die russische Zentralbank im Rahmen der staatlichen Antikrisenmaßnahmen ca. 14,2 Mrd. US-Dollar zur Liquiditätssicherung des Bankensektors sowie ca. 7,2 Mrd. US-Dollar für Kreditumschichtungen zur Verfügung stellt. Doch es ist letztlich zweifelhaft, ob die strukturellen Probleme des russischen Finanz- und Unternehmenssektors über die Geldpolitik gelöst werden können.

Position der öffentlichen Finanzen

Etwas Ähnliches gilt auch für die Finanzpolitik. Im Vergleich zur Krise von 1998 ist die russische Regierung heute finanziell ungleich handlungsfähiger. Um eine zu starke Aufwertung des Rubel zu vermeiden, sind die Einnahmen aus den Rohstoffexporten in den vergangenen Jahren in den Stabilisierungsfonds geflossen (seit 2008 aufgeteilt in Reservefonds und nationalen Wohlstandsfonds, vgl. Abbildung 6). Diese Reserven sollen jetzt zur Unterstützung der russischen Wirtschaft sowie zur Reduzierung der Engpässe im sozialen Bereich (z. B. Arbeitslosigkeit, Renten) genutzt werden. Im März dieses Jahres wurde ein neuer Haushalt in Verbindung mit Antikrisenmaßnahmen beschlossen. Das veranschlagte Budget beläuft sich auf insgesamt 3 bis 3,7 Bill. Rubel (ca. 90 bis 110 Mrd. US-Dollar), die zu einem Teil aus dem föderalen Budget (1,6 Mrd. Rubel) und zum anderen Teil aus den Wohlfahrts- und Reservefonds sowie durch die Zentralbank bereitgestellt werden.[52] Auch hier konzentriert sich die Politik fast ausschließlich auf die kurzfristige Bekämpfung der Krisenfolgen.

Die Ursachen und Auswirkungen der kurzfristigen Direktverschuldung russischer Unternehmen im Ausland werden nach wie vor von der Politik verkannt. Die Regierung hat die Kreditbesicherung bzw. Garantien für den privaten Unternehmenssektor auf 300 Mrd. Rubel (8,5 Mrd. US-Dollar) begrenzt[53] und will primär mit direkten Finanzhilfen und protektionistischen Maßnahmen eingreifen.

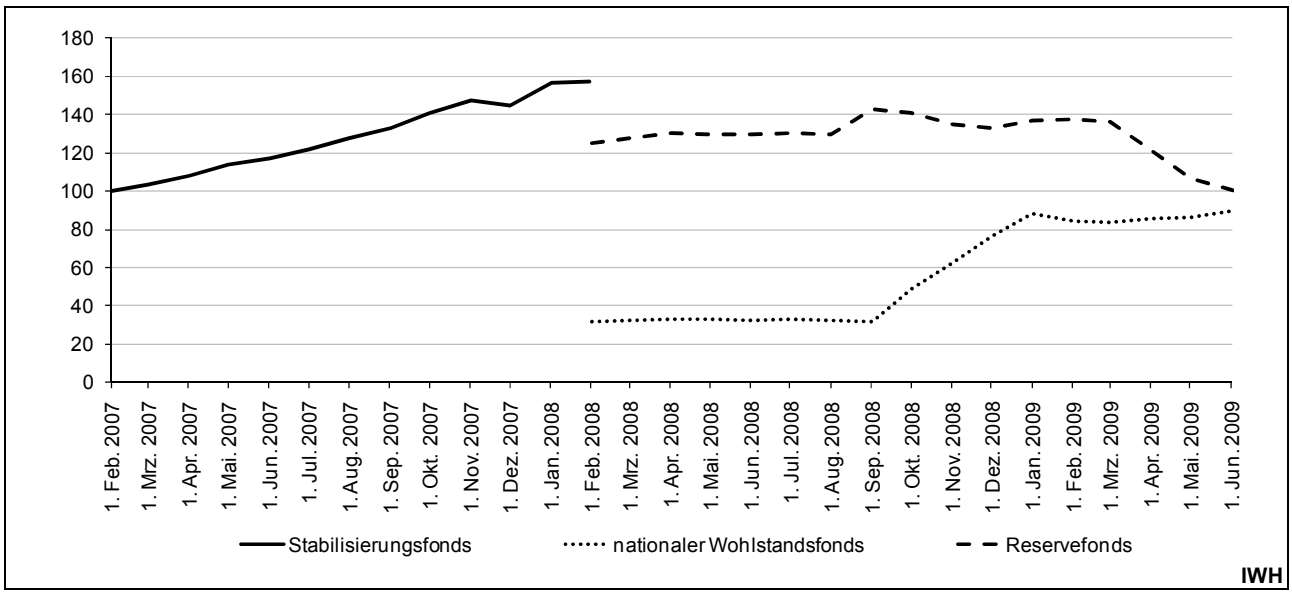
Wirtschaftsstruktur auf dem Prüfstand

Die Weltfinanzkrise hat Schwächen der russischen Wirtschaftsstruktur offenbart, die zum größten Teil dem besonderen Transformationsweg zuzuschreiben sind. Marktwirtschaftlich entwickelte Länder dürften größere Chancen besitzen, die Krise schneller und mit geringeren Schäden zu überwinden als Russland. Positiv anzumerken ist, dass der russische Staat in der aktuellen Krise finanziell wesentlich besser aufgestellt ist als in der von 1998 und über einen größeren finanziellen Spielraum zur Krisenüberwindung verfügt. Allerdings unterliegt die kurzfristig angelegte Politik der Krisenüberwindung drei Restriktionen, die eine schnelle Erholung erschweren. Erstens werden die Engpässe bei der Umschuldung laufender kurzfristiger Kredite aufgrund der weltweit gesunkenen Liquidität weiterhin den privaten Sektor belasten. Zweitens wird die Abwertung des Rubel den noch ausstehenden Schuldendienst im Ausland weiter verteuern. Und drittens wird die weltweit sinkende Nachfrage den

[52] Vgl. Russia Budgets $ 110 Bln for Anti-crisis Measures in 2009, www.rian.ru, Zugriff am 25.03.2009, und Russia to Spend $ 90 Bln on Anti-crisis Measures in 2009 – Putin, www.rian.ru, Zugriff am 06.04.2009.

[53] Vgl. Russia's Anti-crisis Package to Hit 12% of GDP in 2009 – Putin, www.rian.ru, Zugriff 12.03.2009.

Abbildung 6:
Vermögen des staatlichen Stabilisierungsfonds bis Ende Januar 2008 (später aufgeteilt in Reservefonds und nationalen Wohlstandsfonds)
- in Mrd. US-Dollar -



Quellen: Ministry of Finance of the Russian Federation; Berechnungen und Darstellung des IWH.

cash flow der russischen Unternehmen verringern sowie den Anteil zweifelhafter Forderungen im Bankensektor in die Höhe treiben.

Längerfristig ist angesichts fehlender Ansätze zur Reform des Finanz- und Unternehmenssektors zu befürchten, dass die Krise das ohnehin schon übermäßig hohe Niveau staatlicher Kontrolle über die russische Wirtschaft weiter anheben wird. In der Tendenz dürfte sich damit die bereits heute stark ausgeprägte Verflechtung zwischen dem russischen Staat und der Privatwirtschaft verstärken. Die Ursachen hierfür liegen vor allem darin, dass eine wettbewerbsorientierte und sich selbst regulierende Wirtschaft nicht dem Rent-Seeking-Bewusstsein der russischen politischen sowie wirtschaftlichen Elite entspricht. Auf der institutionellen Ebene gibt es im wirtschaftspolitischen System Russlands keine Mechanismen, die effektiv politische wie ökonomische Macht einschränken. Dieses Mal steht jedoch die Glaubwürdigkeit des politischen Systems auf dem Spiel. Daher hat die aktuelle Krise auf der wirtschaftspoltischen Ebene Umdenkprozesse angestoßen. Es wird aktuell nicht nur darüber diskutiert, wie der Staat die negativen Auswirkung der Weltfinanzkrise ausgleichen kann, sondern auch darüber, wie durch die gezielten wirtschaftspoltischen Maßnahmen die strukturellen Schwächen der russischen Wirtschaft behoben werden können. Das Augenmerk richtet sich zunehmend auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, um die wirtschaftliche Basis des russischen marktwirtschaftlichen Systems auszuweiten. Allgemein gesehen birgt die aktuelle Entwicklung sowohl in ökonomischer als auch in politischer Dimension viele Gefahren, die kaum für eine schnelle Erholung des Landes von den Folgen der Weltfinanzkrise sprechen.

Marina Gruševaja
(Marina.Grusevaja@iwh-halle.de)

Konferenzbericht: „Analysen und Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH –“

Zum Thema „Analysen und Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH –“ fand am 4. Juni 2009 zum dritten Mal in Folge eine Konferenz, diesmal in den Räumen des IWH, statt. Die Vorstellung der Forschungsergebnisse des Instituts richtete sich an die eingeladenen Abgeordneten der Landtage der Neuen Bundesländer, die Fachreferenten der Wirtschaftsministerien sowie an inter-

essierte Vertreter aus Forschung, Verwaltung und den Medien. Ziel war es, die Politik auf Grundlage wissenschaftlich belastbarer Analysen über aktuelle Entwicklungen zu informieren, diese gemeinsam zu bewerten und künftige Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer zu formulieren.

Einleitend fasste *Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Blum*, Präsident des IWH, kurz die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft in den vergangenen 20 Jahren und den erreichten Stand der Integration Ostdeutschlands in die deutsche Volkswirtschaft zusammen. Hierbei hob er hervor, dass die ostdeutsche Wirtschaft trotz eher vorleistungsorientierter, kleinteiliger Produktionsstrukturen, fehlender Headquarter großer Unternehmen und einer schwachen Binnennachfrage gute Entwicklungsdaten aufweise. So sei das Leistungsbilanzdefizit rückläufig und der Aufbau innovativer Wachstumskerne in zukunftsorientierten Branchen wie der Biotechnologie oder der erneuerbaren Energien erfolgreich. Damit habe sich Ostdeutschland gut in die globalisierten Wirtschaftsbeziehungen eingefügt, leide aufgrund dessen jedoch auch unter konjunkturellen Schwankungen, die sich durch die aktuelle Weltfinanzkrise in den nächsten Jahren erheblich auswirken werden.

Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium des Landes Sachsen-Anhalt, *Thomas Pleye*, übermittelte im Anschluss daran ein Grußwort von Wirtschaftsminister *Dr. Rainer Haseloff* und skizzierte die aktuellen Maßnahmen der Landesregierung als Reaktion auf die Krise. Die Umsatzeinbrüche im Verarbeitenden Gewerbe lägen zwar unter dem Bundesdurchschnitt, seien aber trotzdem besorgniserregend hoch. Im Zusammenhang damit seien zahlreiche Anträge auf Kurzarbeit bei der Landesregierung eingegangen, wobei die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht gesunken sei. Zur Beschleunigung der Ausschüttung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II seien die Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge erhöht und der KMU-Darlehensfond auch für größere Unternehmen geöffnet worden; zudem werde über eine Lockerung der Richtlinien zur Bewilligung von GA-Mitteln[54] nachgedacht. Abschließend wies *Pleye* auf die geplanten Investitionen in Forschungseinrichtungen im Bereich Automobil, Photovoltaik und Biotechnologie in Sachsen-Anhalt hin.

Den ersten Fachvortrag des Tages hielt *Prof. Dr. Udo Ludwig* aus der Abteilung Makroökonomik des IWH zur Wirkung der Finanzmarktkrise auf die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt. Der vom IWH aufgebaute regionale Bankenmonitor habe gezeigt, dass bei der Fremdfinanzierung der laufenden Geschäfte keine Kreditklemme existiert und die Unternehmen vor allem durch den Absatzrückgang in der Realwirtschaft von der Finanzkrise betroffen sind. Die Umsatzrückgänge seien jedoch aufgrund des geringeren Industrialisierungsgrads sowie der niedrigeren Exportintensität und der Branchenstruktur der Industrie hier weniger dramatisch als in den Alten Bundesländern. Allerdings könne ein verzögerter Produktionsrückgang nicht ausgeschlossen werden. Die Risikoeinschätzungen der Banken hätten sich bezüglich der allgemeinen Konjunktur und der Anfälligkeit der Branchen erhöht, wobei vor allem die Sparkassen und Genossenschaftsbanken Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der staatlichen Rettungsschirme beklagen.

Anschließend zog *Dr. Gerhard Heimpold* aus der Abteilung Strukturökonomik eine Bilanz der langfristigen Industrieentwicklung und der entsprechenden Förderpolitik in den Neuen Bundesländern. Als ein zentrales Element der Industriepolitik in den Neuen Ländern hob der Referent die Förderung privater Unternehmensinvestitionen hervor. Zahlreiche Studien, darunter auch solche aus dem IWH, hätten Hinweise auf positive Anstoßeffekte der Investitionsförderung gegeben.[55] Gleichwohl werde in der Literatur auch die Gefahr möglicher Fehlinvestitionen und Gewöhnungseffekte thematisiert.[56] Ausführlicher ging *Heimpold* ebenso auf die Förderung von Unternehmensnetzwerken als industriepolitischem Ansatz ein. Mit diesem Ansatz wurde und wird versucht, auf die Kleinteiligkeit der Unternehmensstrukturen in Ostdeutschland zu reagieren und die kleinen und mittleren Unternehmen durch Förderung von Vernetzungen zur ökonomischen Leistungssteigerung zu befähigen. Das Verarbeitende Gewerbe in den Neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) weise im Jahr 2008 noch immer eine Produktivitätslücke von einem knappen Fünftel im Vergleich zu den

[54] Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA).

[55] Vgl. z. B. LEHMANN, H.; STIERWALD, A.: Investitionsförderung in Ostdeutschland – Ergebnisse einer empirischen Wirkungsanalyse, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2004, S. 122-128.

[56] Vgl. DIW Berlin; IAB; IfW; IWH; ZEW: Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. IWH-Sonderheft 7/2003. Halle (Saale) 2003. S. 183-187.

Alten Bundesländern auf, in Sachsen-Anhalt seien im Jahr 2008 95,9% des westdeutschen Vergleichswertes erreicht worden. Die Lohnstückkosten des Verarbeitenden Gewerbes lägen im Durchschnitt in Ostdeutschland seit dem Jahr 2002 unter dem Niveau in den Alten Bundesländern. Zukünftige Herausforderungen bestünden in der Stärkung der industriellen Forschung und Entwicklung, der Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie der Etablierung von wissensbasierten Zukunftstechnologien.

Im zweiten Teil der Veranstaltung erörterte *Katja Wilde* aus der Abteilung Strukturökonomik die Problematik der Anpassung der Neuen Bundesländer an die abschmelzenden Transferzahlungen im Rahmen des Auslaufens des Solidarpaktes II. Verstärkt werde dieser Rückgang durch Steuerausfälle aufgrund des Bevölkerungsrückganges und durch sinkende EU-Zuwendungen, was die Landeshaushalte zu Einsparungen in der Ausgabenstruktur zwingen werde. So müsse versucht werden, die Zinslast zu senken, über Bürokratieabbau und E-Government Personal einzusparen sowie die entstehenden finanziellen Spielräume zur effizienten Wirtschaftsförderung einzusetzen.

Der demographische Wandel als Herausforderung für die Entwicklung der Kommunen am Beispiel der Kosten der leitungsgebundenen Infrastruktur in ostdeutschen Mittelstädten war Thema des Vortrags von *Dr. Peter Haug*, Abteilung Stadtökonomik. Die ausgewählten Fallstudienstädte in Sachsen und Sachsen-Anhalt seien exemplarisch für Ostdeutschland mit drei zentralen Problemen konfrontiert: der Verteilung der den Leitungsnetzen zurechenbaren Fixkosten auf immer weniger Einwohner („Fixkostenfalle"), dem regulären Erneuerungsbedarf der Netzinfrastruktur sowie den Kosten der Netzanpassung als Folge von Stadtumbaumaßnahmen. Nach den durchgeführten Simulationsrechnungen sei bis zum Jahr 2030 – vor allem im Abwasserbereich – mit Zuwächsen bei den realen Durchschnittskosten von über 40% zu rechnen. Als wesentliche Ursachen der Kostensteigerungen wurden der Bevölkerungsrückgang und der reguläre Erneuerungsbedarf benannt. Da der Leitungsnetzbestand durch die geplanten Stadtumbaumaßnahmen nur marginal verringert würde, wären die dadurch verursachten Zusatzkosten pro Kubikmeter Wasser oder Abwasser vernachlässigbar gering. Folglich bezweifelte der Referent u. a. die Sinnhaftigkeit der Förderung von Anpassungsmaßnahmen der technischen Infrastruktur im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost".

Abschließend stellte *Dr. Herbert S. Buscher* stellvertretend für die beteiligten Autoren *Dr. Eva Dettmann, Christian Schmeißer, Dr. Marco Sunder* und *Dirk Trocka* aus der Abteilung Strukturökonomik sowie der Abteilung Methoden und Datenbanken die Studie zum Fachkräftebedarf in Thüringen bis zum Jahr 2015 vor.[57] Thüringen als relativ dünn besiedeltes, aber recht hoch industrialisiertes ostdeutsches Bundesland kämpfe schon heute mit hohem Bevölkerungsrückgang und einem Pendlersaldo nach Hessen und Bayern. Zudem würden viele Branchen unterhalb ihres zukünftigen Bedarfs ausbilden und zu viele junge Leute in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten lernen. Der Arbeitskräfteneubedarf sei vor allem auf Facharbeiter im technischen Bereich und weniger auf Akademiker ausgerichtet. Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung bzw. -haltung könnten die Einstellung von älteren Arbeitnehmern bzw. deren Weiterbeschäftigung über das Renteneintrittsalter hinaus, mehr Praktikums- und Ausbildungsplätze, mehr Werbung für technische Berufe an Schulen und Hochschulen oder attraktivere Arbeitsbedingungen sein. Laut der Studie hätten die Unternehmer die Problematik erkannt und würden sich der genannten Handlungsoptionen bedienen.

Die Veranstaltung schloss mit der Diskussion über mögliche Perspektiven des demographischen Wandels in Ostdeutschland, der als wachstumshemmender Faktor in fast allen Fachvorträgen thematisiert wurde. Die niedrigen Geburtenraten und der negative Wanderungssaldo seien Probleme, deren Auswirkungen die Politik und Forschung in den nächsten Jahren noch intensiver beschäftigen werden. Zur Bewältigung und Anpassung an diesen Strukturwandel muss ein intensiver inhaltlicher Austausch zwischen den genannten Akteuren stattfinden.

Die Veranstalter bedankten sich bei allen Anwesenden für die Teilnahme- und Diskussionsbereitschaft und freuen sich darauf, die Konferenzserie im kommenden Jahr mit Präsentationen aus der aktuellen Forschung des IWH rund um die wirtschaftlichen Entwicklungen in Ostdeutschland fortsetzen zu können.

Jutta Günther
(Jutta.Guenther@iwh-halle.de)
Hannes Pfeifer
(Hannes.Pfeifer@iwh-halle.de)

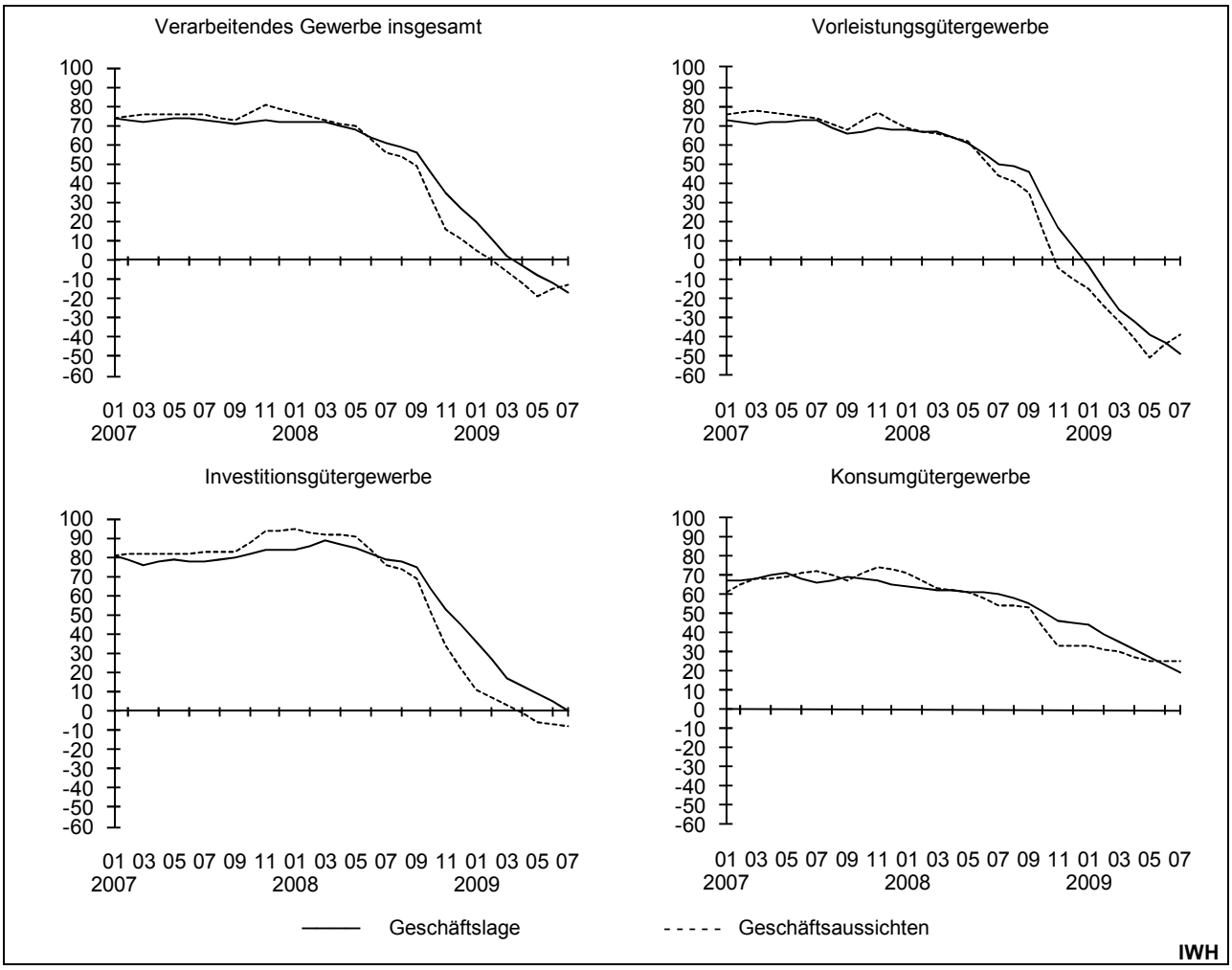
[57] BUSCHER, H. S.; DETTMANN, E.; SCHMEISSER, C.; TROCKA, D.; SUNDER, M.: Entwicklung des Fachkräftebedarfs in Thüringen bis 2015. IWH-Sonderheft 2/2009. Halle (Saale) 2009.

IWH-Industrieumfrage im Juli 2009: Noch keine Wende des Geschäftsklimas

Im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands verliert die bisher eher steile konjunkturelle Talfahrt etwas an Tempo. Darauf verweisen die Ergebnisse der IWH-Industrieumfrage vom Juli unter rund 300 Unternehmen. Zwar hat sich der Saldo aus positiven und negativen Bewertungen der aktuellen Geschäftslage gegenüber Mai nochmals um zwei Punkte verschlechtert. Doch die Geschäftsaussichten bis zum Jahresende haben sich deutlich aufgehellt, und erstmals in diesem Jahr halten sich gute und schlechte Erwartungen in etwa die Waage (vgl. Tabelle). Verantwortlich dafür sind Akzentverschiebungen in den Bewertungen aus den einzelnen Sparten. So haben unter den Herstellern von Vorleistungs- und Investitionsgütern mehr Unternehmen als in der letzten Umfrage die aktuelle Lage mit „gut“ bewertet. Dagegen gab es unter den Konsumgüterproduzenten und dabei besonders bei den Herstellern von Nahrungsgütern negativere Urteile als im Mai. Sie bewerten auch ihre Auftragslage schlechter als in der letzten Umfrage. Unter den Investitionsgüterproduzenten indessen hat sich diesbezüglich die Stimmung aufgehellt, 24% bewerten die Auftragslage mit „gut“ und 35% mit „eher gut“. Die Hersteller von Vorleistungsgütern können solche Voten nicht teilen, doch gegenüber Mai gibt es auch bei ihnen eine leichte Verbesserung.

Der Ausschluss saisonaler Effekte indes dämpft die hochgeschossenen Geschäftsaussichten in der

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Salden[a], saisonbereinigte Monatswerte -



[a] Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Industrieumfragen.

ostdeutschen Industrie. Sie sind zwar ebenfalls nach oben gerichtet, aber per saldo noch im negativen Bereich. Die Bewertung der aktuellen Lage hingegen ist weiterhin abwärtsgerichtet, wenngleich weniger steil als in den vorangegangenen Umfragen (vgl. Abbildung). Diesen Trend zeigen auch die Hersteller von Vorleistungsgütern.

Zu einer Tendenzwende bei den Geschäftserwartungen haben vor allem die Meldungen aus der Chemischen Industrie, dem Glas- und Keramikgewerbe sowie von den Metallerzeugern beigetragen. So bewerten 60% der Chemieunternehmen die Aussichten für die nächsten sechs Monate „gut“ oder „eher gut“, im Mai lag dieser Anteil bei 39%.

Im Investitionsgütergewerbe zeigt sich noch keine Tendenzumkehr. Die Auftragslage hat sich zwar gegenüber Mai etwas verbessert, vor allem im Maschinen- und Fahrzeugbau, doch insgesamt reichen diese Impulse nicht aus. Vor einem Jahr war die Sparte in absoluter Hochstimmung, nunmehr befinden sich die Erwartungen seit Monaten im negativen Bereich, und auch die Lagebewertung sinkt noch immer ab. Das Klima unter den Herstellern von Konsumgütern hat sich leicht abgekühlt: Die Lagebewertung ist schlechter geworden, die Geschäftsaussichten bis zum Jahresende bewegen sich seit Monaten auf etwa gleichem Niveau. Beide Indikatoren befinden sich aber immer noch im positiven Bereich.

Cornelia Lang
(Cornelia.Lang@iwh-halle.de)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand Juli 2009 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (−)			schlecht (−)			Saldo		
	Juli 08	Mai 09	Juli 09	Juli 08	Mai 09	Juli 09	Juli 08	Mai 09	Juli 09	Juli 08	Mai 09	Juli 09	Juli 08	Mai 09	Juli 09
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe[a]														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	***42***	***13***	***18***	***40***	***33***	***27***	***17***	***37***	***43***	***1***	***17***	***12***	***65***	***−8***	***−10***
Hauptgruppen[b]															
Vorleistungsgüter	41	6	11	39	25	21	20	44	54	0	25	14	59	−39	−36
Investitionsgüter	51	13	22	42	39	33	7	43	35	0	5	10	85	4	10
Ge- und Verbrauchsgüter	36	27	27	42	40	31	21	22	31	1	11	11	55	34	15
dar.: Nahrungsgüter	24	35	35	38	46	29	35	14	20	3	5	16	24	62	29
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	38	14	20	33	35	26	27	34	42	2	17	12	42	−1	−8
50 bis 249 Beschäftigte	41	13	20	43	37	28	16	38	40	0	12	12	68	1	−3
250 und mehr Beschäftigte	45	12	15	43	18	24	12	43	49	0	27	12	76	−39	−21
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	***36***	***12***	***14***	***46***	***30***	***37***	***17***	***47***	***41***	***1***	***11***	***8***	***63***	***−16***	***1***
Hauptgruppen[b]															
Vorleistungsgüter	33	6	9	45	18	32	21	63	48	1	13	11	56	−51	−18
Investitionsgüter	49	9	17	44	40	37	7	42	37	0	9	9	85	−2	7
Ge- und Verbrauchsgüter	27	24	20	51	42	43	20	26	35	2	8	2	55	33	27
dar.: Nahrungsgüter	22	40	33	54	47	39	18	11	28	6	2	0	52	75	45
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	30	15	15	41	31	36	27	39	41	2	15	8	41	−9	2
50 bis 249 Beschäftigte	34	11	14	49	31	40	15	51	39	2	7	7	67	−15	8
250 und mehr Beschäftigte	43	9	13	42	27	29	15	49	48	0	15	10	71	−27	−16

[a] Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Juli 2009 vorläufig. – [b] Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepasst.

Quelle: IWH-Industrieumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigungen:

„Pilgrims to the Euro Area: Romania and Other New EU Members ante Portas“
Conference from September 4 to 6, 2009, in Brasov, Romania

We invite economists to present their latest research results on the possible tensions and problems for new member countries on their road to EMU and for the enlarged Euro area. The background is the debate on an emerging split of the current EMU countries in terms of current account imbalances, different inflation rates, and unit labor cost developments nine years after the introduction of the Euro. Is there a split, and if, would new EMU members aggravate it? A related objective is to contribute to the ongoing debate on institutional reforms of the EU and the Euro area in particular. Papers with empirical, theoretical or institutional orientation are highly welcomed.

„20 Jahre Arbeitsmarkt Ostdeutschland – Erfahrungen und Perspektiven“
6. IWH-IAB Workshop zur Arbeitsmarktpolitik am 29. und 30. Oktober 2009 im IWH

Schwerpunktthema des Workshops ist der ostdeutsche Arbeitsmarkt. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer unterscheiden sich die Arbeitsmärkte in Ost und West noch immer deutlich. Dies betrifft sowohl das Beschäftigungsniveau und die Höhe der Entlohnung als auch das Niveau und die Struktur der Arbeitslosigkeit. Nach der anfänglichen Euphorie, in der ein schnelles Aufschließen Ostdeutschlands erwartet wurde, folgte eine Phase der Ernüchterung. Erst der wirtschaftliche Aufschwung von 2005 bis 2008 brachte die Hoffnung auf eine dauerhafte Verbesserung zurück. Heute, im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise, ist die zukünftige Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes wieder mit großer Unsicherheit verbunden. Es ist zu fragen, wann sich beide Regionen so weit angeglichen haben werden, dass von einer Region bzw. einem Markt gesprochen werden kann.

„Zur Zukunft der kommunalen Wohnungspolitik“
3. Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft am 5. und 6. November 2009 im IWH

Am 5. und 6. November 2009 wird das IWH wieder ein Kolloquium zu einem Themenschwerpunkt aus dem Bereich der Kommunalwirtschaft veranstalten. Das zentrale Anliegen der Konferenz besteht darin, – nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen globalen Finanzkrise, des demographischen Wandels oder der Stadtumbauproblematik – die künftige Rolle der kommunalen Wohnungswirtschaft zu diskutieren und im Vergleich zu alternativen wohnungspolitischen Instrumenten zu bewerten.
Die Veranstaltung ist grundsätzlich interdisziplinär und nicht rein akademisch ausgerichtet. Sie soll auch dem Dialog zwischen Wissenschaftlern, Politik und Praktikern dienen.
Nähere Informationen für Interessenten, die einen Vortrag halten möchten (Einreichung bitte bis 30.06.2009), finden sich unter www.iwh-halle.de, „Termine und Veranstaltungen“.

„Recent Advances in Macroeconomic Forecasting”
10th IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop from December 3 to 4, 2009, at the IWH

The Halle Institute for Economic Research and the Centre interuniversitaire de recherche en économie quantitative (CIREQ) are organizing the 10th Macroeconometric Workshop to be held in Halle (Saale) on December 3-4, 2009. The recent financial crisis reveals the importance of financial markets for the economy. Modeling and analysis of financial markets as well as forecasting of economic time series are more than ever relevant research areas. Therefore, this year’s workshop will be a platform to discuss new developments in these fields. The workshop is aimed to bring together academic researchers and practitioners. Each topic is opened by a keynote speaker, followed by contributed papers.